

Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22

Mai 1939

Heft 5

Den Rußlanddeutschen in der weiten Welt

Ist das vorliegende Heft unserer Zeitschrift „Deutschtum im Ausland“ gewidmet. Keine deutsche Volksgruppe in der Welt hat in den letzten zwanzig Jahren so viel Leid, Not und Verfolgung ertragen müssen, wie jene, dem Bolschewismus ausgelieferten Volksgenossen.

Die fast hermetische Abschließung der Sowjetunion von jedem europäischen Einblick macht es unmöglich, Genaueres über die heutige Lage des Rußlanddeuschturns auszusagen. Die wenigen Berichte jedoch, die uns durch Flüchtlinge erreichten, sprechen eine klare und unmißverständliche Sprache. Sie stellten fest, daß der Bolschewismus ganze Arbeit leistet bei der Ausrottung des Deutschturns.

So bleibt es in diesem Heft unsere Aufgabe, nach einem Überblick über die große Leistung des Deutschturns im zaristischen Rußland und einer eingehenden Darstellung der Massenflucht rußlanddeutscher Bauern im Jahre 1929, den Weg der Rußlanddeutschen über die Erde zu verfolgen, festzuhalten, wo und unter welchen Bedingungen jene Flüchtlinge eine neue Heimat fanden.

Das Heft sei weiterhin ein Gruß an die während der Jahrestagung des Deutschen Ausland-Instituts stattfindende

Jahrestagung des Verbandes der Rußlanddeutschen

in Stuttgart und die im Rahmen der sippenfundlichen Arbeit des D.A.Z. stattfindenden Vorträge und Besprechungen zur rußlanddeutschen Forschung.

Im engen Zusammenhang mit der Arbeit am Rußlanddeuschturn gibt der an erster Stelle stehende Aufsatz einen Rückblick auf jene Kämpfe vor zwanzig Jahren, in denen erstmals Deutsche, im Baltikum, den bolschewistischen Welt herrschafts- und Zerstörungsplänen eisernen Widerstand entgegensetzten und damit die deutsche Aufgabe übernahmen, Europa im Kampfe gegen den Weltbolschewismus zu führen und zu befreien.

Vor 20 Jahren

Die Befreiung Rigas am 22. Mai 1919

Wenn ich heute als Teilnehmer der Befreiungskämpfe im Baltikum einen Erlebnisbericht über diese Kämpfe, die nunmehr zwanzig Jahre zurückliegen, gebe, so kann ich nicht umhin, das Erlebte mit den Augen des heutigen Betrachters zu sehen. Das ist durchaus natürlich, denn die Um- und Neuwertung aller politischen und völkischen Begriffe, die im Vollzuge der nationalsozialistischen Revolution stattgefunden hat und immer noch stattfindet, ist so tief in unser Bewußtsein gedrungen, daß es uns ganz unmöglich ist, die Ereignisse des Jahres 1919, die in der Befreiung Rigas vom bolschewistischen Terror ihren Höhepunkt erreichten, unter einem anderen als dem nationalsozialistischen Gesichtspunkt zu sehen. Diese Betrachtungsweise ist auch deshalb besonders gerechtfertigt, weil ja jene Kämpfe tatsächlich nicht nur eine Episode von vorübergehender Bedeutung waren, sondern der Auftakt und das Vorspiel zu einer Auseinandersetzung zwischen Europa und dem Bolschewismus. Hier trat zum ersten Male ein aus russischer Kraft gewachsener deutscher Selbstbehauptungswille der bolschewistischen Verneinung und dem sie tragenden Untermenschentum entgegen.

Es wäre nicht zutreffend, wenn man behaupten wollte, daß uns schon damals dieser tiefere Sinn unseres Kampfes voll zum Bewußtsein gekommen wäre. Das war nicht der Fall. Wir waren damals noch nicht politische Soldaten im Sinne des Nationalsozialismus. Uns fehlten dazu die Erkenntnisse. Wir hatten uns wenig und nur ungenügend mit dem Wesen und den Ursachen der bolschewistischen Völkerzerfetzung beschäftigt und auseinandergesetzt. Wir meinten am Ausgange des Weltkrieges zu stehen, aus dessen Trümmern wir für unser Volk und Land etwas zu retten hofften, während wir doch, wie die spätere Entwicklung zeigte, ein Vorgefecht zu jenem großen Kriege lieferten, der damals im Entstehen begriffen war und heute in vollem Gange ist, einem Kriege zwischen dem angreifenden Bolschewismus und den unter Führung des Deutschen Reiches sich zur Wehr setzenden Kulturvölkern Europas. Obgleich wir Baltikumkämpfer die ersten Soldaten dieses Krieges waren, so konnten wir damals weder sein Ziel noch seinen Umfang übersehen. An die Stelle aber der politischen Erkenntnis trat bei uns ein instinktfeheres Empfinden, das angesichts der plötzlich auftauchenden Notlage unsere Entscheidungen und den Entschluß, zu den Waffen zu greifen, bestimmte.

Der Wert des Entschlusses, den damals die reichs- und baltendeutschen Freiwilligen faßten, wird durch die Schwierigkeiten erhöht, unter denen die Organisierung und Führung des Kampfes vor sich ging. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die Begründung der Weimarer Republik stellten das Baltikum vor eine Lage, die einer Katastrophe gleich und die dadurch besonders

verhängnisvoll war, daß man mit ihrem Eintritt weder gerechnet noch Mittel zu ihrer Abwehr bereitgestellt hatte. Das deutsche Okkupationsheer zog sich nach Abschluß des Waffenstillstandes in die Heimat zurück und seinen Spuren folgten unmittelbar die bolschewistischen Banden. Es galt, sofort Gegenmaßnahmen zu treffen. Dies war um so schwieriger, als die im Lande selbst vorhandenen Kräfte der drohenden Gefahr keineswegs gewachsen waren. Eine einheitliche Abwehrstellung war nur beim Deutschtum des Landes vorhanden, während die Letten — der Schwerpunkt der Kämpfe spielte sich auf dem Territorium des späteren Lettlands ab — eine solche vermissen ließen. Die Mehrheit des lettischen Volkes lehnte sogar den Widerstand ab. Es war durch eine marxistische Agitation, die schon vor dem Weltkrieg eingesezt hatte und sich während des Krieges noch verstärkte, so weit vom Bolschewismus verfeucht, daß weite Kreise einer Angliederung des Baltikums an die Sowjetunion nicht nur nicht ablehnend gegenüberstanden, sondern sie sogar begrüßten.

Die Initiative und der Entschluß, das Land zu verteidigen, ging damals ausschließlich vom Deutschtum aus, das die verständnisvolle Unterstützung reichsdeutscher Kommandostellen fand. So wurden aus reichsdeutschen und baltendeutschen Freiwilligen militärische Formationen gebildet. Die baltendeutschen Truppenteile wurden in der Baltischen Landeswehr, die reichsdeutschen in der Eisernen Brigade, später Eisernen Division, zusammengeschlossen. Diese Trennung wurde aus taktischen Erwägungen vorgenommen, um der Entente gegenüber, die argwöhnisch das Verhalten der deutschen Okkupationstruppen verfolgte und im Baltikum die Bildung von Ansätzen einer deutschen Wiedererhebung befürchtete, jeden Vorwand zum Einschreiten zu nehmen. Sie war aber nur eine Außerlichkeit. Dem Wesen nach waren baltendeutsche und reichsdeutsche Formationen eine große Einheit, die einem gemeinsamen Oberbefehl unterstand. Auch dienten in der Baltischen Landeswehr Reichsdeutsche und umgekehrt.

Anfang 1919 verfügte die Baltische Landeswehr über nicht mehr als etwa 500 Mann. Im Mai, vor der Einnahme Rigas, hatte sie eine Stärke von 4000 Mann erreicht. Auch die Gefechtsstärke der reichsdeutschen Formationen wuchs erst allmählich an. Zum entscheidenden Faktor wurden sie, als General Graf v. d. Goltz am 1. Februar 1919 das Kommando über alle Truppen übernahm und es seinen Bemühungen gelang, ihren Bestand durch die aus dem Reich herangebrachte 1. Garde-Reservedivision zu verstärken. Der der Baltischen Landeswehr angegliederte lettische Truppenteil wuchs entsprechend von etwa 200 auf 1700 Mann.

Das waren die militärischen Kräfte, die dem Bolschewismus entgegengesetzt werden konnten. Ihnen stand ein zahlenmäßig weit überlegener Gegner gegenüber. Trotzdem wurde der Kampf zu einem siegreichen Ende geführt. Sein Ziel, die Befreiung Rigas, wurde am 22. Mai 1919 erreicht. Sie war aber nicht eine

einmalige Leistung, sondern das letzte Glied einer Reihe gewaltiger Kraftanstrengungen und Strapazen, die ihr vorausgingen und denen die reichs- und baltendeutschen Freiwilligen sich willig unterzogen. Um ihren Wert zu erkennen, erscheint es notwendig, den Ablauf der Ereignisse, die zur Einnahme Rigas führten, kurz festzuhalten.

Bereits im November 1918 räumte die deutsche Okkupationsarmee das Land. Ihr folgten auf dem Fuß die Bolschewisten, die in der Hauptsache aus im Weltkrieg formierten lettischen Schützenregimentern bestanden. Die lettischen Schützen bildeten eine Elitetruppe und den Leibschuß der bolschewistischen Machthaber und wurden in der Regel nur an bedeutsamen Kampfabschnitten eingesetzt. Ihr Einsatz im Baltikum zeigt daher die Bedeutung, die der Bolschewismus dem Vormarsch in dieser Richtung beilegte. Er sollte aber auch zugleich eine propagandistische Maßnahme sein, ein Appell an das Nationalbewußtsein der lettischen Bevölkerung, der die Gründung einer lettischen Räterepublik, über deren Wesen sich das Volk noch keine klaren Vorstellungen machen konnte, in Aussicht gestellt wurde. Diese Maßnahme verfehlte nicht ihre Wirkung. Im Land erhoben sich bolschewistisch geleitete Elemente und rissen stellenweise die Macht an sich, indem sie die bisherigen örtlichen Autoritäten umbrachten oder vertrieben. Die abziehenden deutschen Truppen wurden so von zwei Seiten bedroht: von den nachdrängenden bolschewistischen Truppen und von den im Lande selbst auftauchenden bolschewistischen Vortrupps, die die Rückzugswege der Okkupationsarmee bedrohten. War unter diesen Umständen schon der Abtransport der deutschen Besatzungstruppen schwierig, so mußte es fast als Unmöglichkeit erscheinen, unter den gegebenen Verhältnissen eine Freiwilligentruppe aufzustellen und auszubilden, deren Aufgabe es sein sollte, nicht nur den Abtransport sicherzustellen, sondern ihrerseits zum Gegenangriff überzugehen. Und doch wurde diese Aufgabe in Angriff genommen und gelöst. Anfang November 1918 begann man mit der Aufstellung der Baltischen Landeswehr. Ihr folgte Ende November die Gründung der Eisernen Brigade. Besonders schwierig war die Ausbildungsfrage zu lösen. Grundsatz war die Freiwilligkeit. Zum Eintritt in die Baltische Landeswehr meldeten sich Angehörige aller Stände, Berufe und Altersklassen, meist unausgebildete Soldaten, denen in wenigen Tagen das Notwendigste beigebracht werden mußte. Der Kasernierung folgte unmittelbar der Abmarsch ins Feld. Mit der Ausrüstung stand es nicht besser. Vor allem fehlte es an einer dem winterlichen Wetter entsprechenden warmen Kleidung. Diese Mängel jedoch haben keinen Augenblick die Haltung der Truppe beeinflussen können. Vor der überwältigenden Übermacht des Gegners mußte sie zwar anfangs zurückweichen, doch wurde sie niemals von Bestürzung oder Panik ergriffen. Das war um so höher zu werten, als sie auch vom Rücken bedroht und die Aussicht auf Verstärkungen aus dem Reich zunächst ganz gering war. Unter dauernden Rückzugesgefechten zog die Truppe in vollkommener Ordnung sich durch Kurland bis zur Windaulinie zurück. Hier wurde Halt gemacht.

Die Gefährlichkeit der Lage hatte ihren Höhepunkt erreicht. Doch nun trat eine Wendung ein. Mittlerweile waren aus dem Reich Verstärkungen eingetroffen, wenn auch vorläufig in unbedeutendem Umfang. Dazu kamen neugebildete baltendeutsche Formationen, die in Libau ausgebildet worden waren. Diese Kräfte genügten, um nicht nur den bolschewistischen Vormarsch zum Stillstand zu bringen, sondern um zum Gegenstoß anzusetzen. Die ersten Erfolge waren die Eroberung Goldingens und Windaus.

Doch der Vormarsch mit dem Ziel der Befreiung Rigas konnte erst beginnen, nachdem aus dem Reich die 1. Garde-Reservedivision eingetroffen war, die gemeinsam mit der Eisernen Division Anfang März 1919 längs der litauisch-lettischen Grenze in der Richtung nach Osten unter heftigen Kämpfen vordrang und auf diese Weise den Vormarsch der baltischen Landeswehr in Kurland vorbereitete und sicherte. Dieser Vormarsch vollzog sich in zwei Etappen. Die erste führte zur Einnahme Mitaus und war Ende März abgeschlossen. Die vorrückenden Truppen bezogen damals etwa die Linie Schloß-Mitau-Bauske. Die zweite Etappe begann am 21. Mai. Sie wurde gemeinsam von der Baltischen Landeswehr und reichsdeutschen Formationen durchgeführt und fand ihren Abschluß mit der Eroberung Rigas.

War schon der Vormarsch durch Kurland in Eilmärschen erfolgt, so vollzog sich das Vorgehen auf Riga in einem geradezu atemberaubenden Tempo, das den vorher gefaßten militärischen Operationsplan sprengte und doch zum guten Ende führte, weil die Führung sich der jeweiligen Situation gewachsen zeigte. Besonders schnell und entschlossen stieß die unter dem Befehl des Majors *Fletcher* stehende Kolonne vor. Ihr gehörte die baltendeutsche 1. Schwadron des Stotrupps und der reichsdeutsche Artilleriezug *Medeman*, die als erste die Vorstädte Rigas erreichten und über die Düna-Brücke in die Innenstadt eindrangen.

Die Schnelligkeit, mit der der Angriff sich vollzog, verwirrte die Bolschewisten in einem solchen Maße, daß ihr Widerstand bald gebrochen werden konnte, ohne daß die Befreier allzu schwere Verluste zu beklagen hatten. Vor allem aber wurde viel deutsches Leben gerettet, das in bolschewistischen Kertern saß und den roten Henkern ausgeliefert war. Zwar gelang es nicht, alle Opfer der Mordgier des Untermenschentums zu entreißen, doch wurde seine Absicht, das ganze Baltendeutschtum durch Mord und Hunger zu vernichten, vereitelt.

Der Verlust Rigas war die erste empfindliche Niederlage, die der nach Westeuropa vordringende Bolschewismus einstecken mußte. Dabei zeigte sich, wie innerlich wert- und machtlos die Welt war, die er vertrat. Eine kleine entschlossene Minderheit genügte, um nicht nur sein Vordringen zum Stillstand zu bringen, sondern ihn zu vertreiben. Daß diese Minderheit aus Deutschen bestand, war, wie die spätere Entwicklung zeigte, kein Zufall. Sie waren die ersten Träger eines Schicksals, das dem deutschen Volk die Aufgabe gestellt

hat, die Führung Europas im Kampfe gegen den Weltbolfschewismus zu übernehmen und dieses Problem zu lösen.

Die Kämpfe im Baltikum und der Fall Rigas erlangten aber auch durch den Boden, auf dem sie ausgetragen wurden, eine tiefere Bedeutsamkeit. Das Baltikum ist geschichtlich mit dem Deutschtum eng verbunden. Hier fielen schon im Mittelalter Entscheidungen, in denen das Deutschtum Europa vor dem Ansturm aus dem Osten bewahrte. Hier gaben der deutsche Orden und die Hanse dem Lande ihren Stempel. Deutsche waren es, die ihm sein Gepräge gaben, und Deutsche führten es in allen Augenblicken der Gefahr. Diese Verantwortlichkeit für das Schicksal des Landes war auch noch lebendig in den Kämpfen des Jahres 1919.

Alle Kämpfer deutschen Blutes aber, die daran teilgenommen haben, können mit Stolz sagen, daß sie dabei gewesen sind.

Friedrich T illburg.

Leistungen und Bedeutung der deutschen Kolonisten in Rußland

Von Karl Stumpp

Neben dem städtischen Deutschtum, das in ganz Rußland seit den frühesten Zeiten zerstreut lebt und immer eine große Rolle sowohl im Wirtschafts- und Kultur-, als auch im politischen Leben gespielt hat, sind in Rußland seit 1763 folgende geschlossene bäuerliche Siedlungsgebiete entstanden:

	1914	1926
1. Baltische Gruppe	165 500	—
2. Wolgadeutsche	600 000	379 630
3. Petersburger Gruppe	21 790	30 470
4. Schwarzmeerdeutsche: (einschließlich Dongebiet)	600 000	355 500
a) Nordkaukasus	100 000	93 915
b) Südkaukasus	21 000	25 327
5. Wolhynien (einschließlich dem polnischen Teil)	200 000	
6. Kongreßpolen	500 000	
7. Sibirien	102 000	136 750 (mit Mittel- asien)
8. Städtisches Deutschtum	106 000	
9. Bei Astrachan, Sarazin und Kalmykien		18 261
10. Bei Orenburg, Ufa und im Uralgebiet		23 420
11. Weißrußland		7 075
12. In Mittelrußland zerstreut		130 712
	<hr/> 2 416 290	<hr/> 1 238 540

In dieser gedrängten Abhandlung wird die wirtschaftliche und kulturelle Leistung und, soweit Zahlenmaterial vorhanden ist, die volkswirtschaftliche Kraft hauptsächlich der beiden Siedlungsgebiete an der Wolga und am Schwarzen Meer (einschließlich Südkaukasus) aufgezeigt werden.

Die Ansiedlungen an der Wolga erstrecken sich auf die Zeit 1763—1768, im Schwarzmeergebiet 1789—1842. Alle deutschen Siedler wurden unter Gesetzesbestimmungen angesiedelt, die unserem heutigen Erbhofgesetz ähneln (gekürzt wiedergegeben):

1. Die von der Krone zugeteilten Ländereien durften nur auf einen, meist den jüngsten Sohn vererbt werden, und zwar ungeteilt.

2. Alle den Kolonisten zur Ansiedlung zugewiesenen Ländereien sind denselben zugeeignet als unbestreitbares, ewiges und erbliches Besitztum, jedoch nicht als Eigentum irgendeiner Person, sondern als Eigentum der ganzen Gemeinde.

3. Auf Grund dieses können die Kolonisten auch nicht den kleinsten Teil ihres Landes ohne Einwilligung der ganzen Gemeinde abtreten oder verpfänden, damit diese Ländereien nicht in fremde Hände gelangen.

Die *W o l g a d e u t s c h e n* sind 1816 von diesem Gesetz abgerückt und haben bei sich den Gemeindebesitz (ähnlich dem späteren russischen Mirsystem) eingeführt. Das Land wurde auf die Seelen verteilt, und jeder erhielt 15,5 Desjatinen¹⁾. In dem Maße aber, wie die Bevölkerung sich vermehrte, mußte das Land immer neu aufgeteilt werden, und der Anteil des einzelnen nahm ab. Auf der Bergseite kamen 1789 auf die Person 15,5 Desj.; 1816: 10,4 Desj., 1835: 5,6 Desj.; 1850: 3,8 Desj.; 1857: 3,2 Desj.; und 1869: 1,5 Desj.

Die Bevölkerungszahl nahm rasch zu, so daß das Land nicht ausreichte. Die Regierung mußte daher schon 1848 zu den ursprünglich zugeteilten 498 000 weitere 498 000 und später noch einmal 500 000 Desj. Land zuteilen. Insgesamt also 1 496 000 Desj. Nach Angabe von Pastor *S c h l e u n i g* betrug der Landbesitz 1919 bei den Wolgadeutschen 2 500 000 Desj., d. h. zu dem rund 1 500 000 Desj. zugeteilten Landes wurden rund 1 Million hinzugekauft. Angebaut wurden hauptsächlich Weizen (61,0 %), Roggen (28 %), Gerste (5 %), Hafer (1,5 %), Kartoffeln (1,5 %), verschiedene andere Kulturen (3,1 %). Das Gebiet der Wolgadeutschen hat vor dem Kriege 12—20 Millionen Pud²⁾ Getreide auf den Markt gebracht.

Eine besondere Rolle spielte bei den Wolgadeutschen der Tabakbau. Vor dem Kriege sind von den Wolgadeutschen 300 000—500 000 Desj. mit Tabak angepflanzt und Ernteerträge bis zu 300 000 Pud (= rund 4 900 000 kg oder 49 000 dz) erzielt worden.

Bei der starken Vermehrung der Bevölkerung und der Landordnung im Wolgagebiet mußte bald eine große Zahl von Landlosen entstehen. Hier konnte nur dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß eine starke *A u s w a n d e r u n g*, hauptsächlich nach Sibirien und Übersee, einsetzte³⁾.

Im Gegensatz zu den Schwarzmeerkolonisten, wo die Landwirtschaft fast die ausschließliche Beschäftigung war, entwickelte sich bei den Wolgadeutschen schon frühzeitig die Klein- und Hausindustrie, sowie der Handel. An der Spitze steht die Mühlenindustrie, vor allem in Saratow. Neben den vielen Wind- und Wassermühlen gab es eine größere Anzahl (55) von Motor- und Dampfmühlen (25). Die Kolonisten an der Wolga verarbeiteten vor dem Kriege 425 000 Tonnen Getreide und lieferten feinste Mehlsorten nach ganz Rußland.

An größeren Fabriken waren vorhanden: 3 Pflug- und 2 landwirtschaftliche Fabriken, 3 Webereien und 10 Filzereien. Allein die Fabrik „Wiedergeburt“ hatte im Jahr 1913 300—400 Arbeiter beschäftigt und in diesem Jahr 2045 Puzmühlen,

1) 1 Desjatine = 1,09 ha.

2) 1 Pud = 16,38 kg.

3) Vgl. meinen Beitrag in „Jahrbuch der Hauptstelle für die Sippenkunde des Deutschtums im Ausland“, Stuttgart 1938.

2080 Pflüge, 600 Wagen, 50 Hirschesäler (eigenes System) und 50 Mühlen gebaut. In der Kriegszeit hat diese Fabrik für die Armee gearbeitet. Vor dem Kriege wurden in vielen Dörfern, vor allem der Bergseite, Putzmühlen hergestellt, und jährlich insgesamt 30 000—40 000 Stück nach Sibirien, Turkestan, Schwarzmeergebiet usw. verkauft.

Eine besondere Bedeutung hatten noch die Sägemühlen, auf denen das von der oberen Wolga auf sogenannten „Beljanen“ (eine Art Barke) hergebrachte Holz zu Brettern verfäkt wurde.

Hochgeschäft in ganz Rußland wurde die im Wolgagebiet als Spezialität hergestellte „Sarpinka“, ein Baumwollstoff. Schon 1866 entstanden 69 Unternehmungen mit 6000 Webstühlen. In den 90er Jahren wurden auf 7000 Webstühlen rund 12 000 Arschin (= 8500 m) Sarpinka hergestellt, 1912 schon 250 000 Arschin (= 178 000 m). Seit 1898 hat sich die Sarpinkaweberei auf die umliegenden russischen Dörfer verbreitet.

Eine große Rolle spielte noch die Korbflechterei (in den Dörfern: Achmat, Preis, Neu-Kolonie, Hölzel), Strohflechterei (die Drlowstoker Hüte und andere Strohgeflechte kamen bis Warschau und Rostow), Töpferei (Kulkus), Spinnräderbau (Müller, Moor), Schlittenbau (Galka, Stefan . . .), Wagnerei. Nicht vergessen werden darf die Herstellung von Pfeifen verschiedenster Formen. Daß diese Kleinindustrie auch einen gut entwickelten Handel zur Folge haben mußte, versteht sich von selbst. Das Genossenschaftswesen war schon vor dem Kriege gut entwickelt.

So sehen wir, daß im Wolgagebiet neben der Landwirtschaft die Industrie, das Gewerbe und der Handel in hoher Blüte standen. Das Wolgadeutschtum hat auf landwirtschaftlichem, ja vielleicht noch mehr auf dem Gebiete der Industrie, des Gewerbes und des Handels, auf die Umwelt einen befruchtenden Einfluß ausgeübt. In dem im Jahr 1923 erschienenen Buch von T i e z e ⁴⁾ kennzeichnet dieser die Bedeutung des Wolgadeutschtums auch für die russischen Bauern und die russische Wirtschaft, wie folgt:

„Die Wolgakolonien bilden einen wesentlichen Faktor im russischen Wirtschaftsleben. Sie beeinflussen durch ihre Produktion und ihre tatkräftige Arbeit auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens das ganze Wolgagebiet. Saratow, vor 150 Jahren ein elendes Nest von kaum 10 000 Einwohnern, ist heute das geistige und wirtschaftliche Zentrum nicht nur des Wolgagebietes, sondern weit darüber hinaus. Bei über 200 000 Einwohnern zählte es vor dem Kriege gegen 30 000 Deutsche und bildete den Mittelpunkt der Kolonien. Es ist nicht zufällig, daß die schönsten Teile der Stadt, wie die Deutsche Straße, wo sich die stattliche katholische Kirche, und die Nikolskaja Straße, wo sich die große evangelische Kirche mit ihrem wunderbar schlanken, gotischen Turme erhebt,

4) T i e z e, E.: „Die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in den Steppengebieten Südrußlands“, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, Bd. 8, 1923, S. 251 ff.

das Deutsche Viertel bilden, denn es ist aus deutschen Niederlassungen entstanden. Durch das deutsche Handwerk und den rührigen deutschen Kaufmann, aber auch durch die gesteigerten wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Ansprüche und Bedürfnisse der Deutschen, mußte hier, wie auch in Samara, regstes Verkehrs- und Handelsleben entstehen. Tatkräftige und unternehmende Kolonisten gründeten hier ihre Kontore und Geschäftshäuser und vermittelten die regsten Handelsbeziehungen zwischen Dorf und Stadt. Semstwo, Stadtduma, Börse und Gouvernementsverwaltungen müssen mit den Wünschen der Deutschen als einem wesentlichen Faktor rechnen. Charakteristisch für die ganze Lage ist der Umstand, daß die Saratower Börse selbst in den Jahren der schlimmsten Deutschenheze während des Krieges einen Kolonisten zu ihrem Präsidenten wählen mußte, wohl der einzige Fall nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt.“

Noch günstiger und in anderer Richtung haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Schwarzmeerdeutschen entwickelt. Schon bei der Auswahl war die Einwanderungsgenehmigung an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Nur tüchtige Landwirte und Handwerker sollten geworben werden. Jeder mußte mindestens 300 Gulden oder sonstiges Vermögen mitbringen. Bei den Schwarzmeerdeutschen wurde das oben erwähnte Erbhofgesetz beibehalten. Das Land war in diesem Gebiet Eigentum der Gemeinde und der Ansiedler Besitzer mit erblichem Nutzungsrecht. Die Wirtschaft durfte nicht aufgeteilt und ohne Zustimmung der Gemeinde verkauft werden. Bis 1841 siedelten rund 55 000 Seelen auf einem von der Regierung zugeteilten Landquantum von 674 000 Desj. (Bessarabien: 142 000; Cherson: 263 000; Taurien: 214 000 und Jekaterinoslaw 55 000). Weiter wurde von der russischen Regierung kein Land zugeteilt, sondern das andere Land kauften sich die Kolonisten aus eigenen Kräften.

Die Schwarzmeerdeutschen, einschließlich Don- und Nordkaukasusdeutschen, besaßen vor dem Kriege 4 900 000 Desj. Land (das entspricht dem Flächeninhalt von Elsaß-Lothringen, Baden und Württemberg), so daß sie also aus eigener Kraft 4 226 000 Desj. erwarben. Die Zahl erhöht sich noch wesentlich, wenn man die zerstreuten Güter mitrechnet, die nicht festgestellt werden konnten.

	Anteil des Landes	Anteil der deutschen Bevölkerung:
Gouvernement Jekaterinoslaw	23,5 %	3,9 %
Gouvernement Taurien	38 %	6,9 %
Kreis Taganrog	22 %	3,5 %
Kreis Simferopol	77,8 %	9,2 %
Kreis Odeßa	60 %	17 % (?)
Kreis Aikerman (Bessarabien)	40 %	

Diese für unsere Begriffe kaum vorstellbare Leistung ist auf folgende Umstände zurückzuführen:

1. Infolge des Erbhofgesetzes waren die Eltern genötigt, für die anderen Söhne, und es waren ihrer nicht wenige, oft 4—8, Land zu kaufen.

2. Die Kolonisten hatten ihre eigenen Verwaltungen — die Wolgadeutschen „Das Kontor der Vormundschaftskanzlei der Ausländer“ in Saratow und die Schwarzmeerdeutschen das „Fürsorgekomitee“, zuerst in Zekaterinoslaw, dann Odessa —, die mit Strenge darauf achteten, daß Ordnung und Fleiß herrschten.

3. Die meisten Gemeinden im Schwarzmeergebiet hatten einen Teil des Landes als Schäfereiland abgeteilt, das später in Ackerland umgewandelt wurde, als die Landwirtschaft sich rentabler erwies. Der Ertrag von der Schafzucht und Landwirtschaft wurde ausschließlich zum Ankauf von Land für die junge Generation und Anlegung von Tochterkolonien verwendet. Als ein leuchtendes Beispiel kann das Prischiber Gebiet, das aus 27 Mutterkolonien besteht, angeführt werden. Diese Mutterkolonien kauften aus dem gemeinsam ersparten Kapital in verschiedenen Jahren folgende Menge Landes und gründeten Tochterkolonien:

1862 bei Nikopol, Gouvernement Zekaterinoslaw	5460 Desj.	=	3 Kolonien,
1869 das Kronauer Gebiet (Gouv. Cherson)	18000 „	=	12 „
1882 Konkriner Gebiet	17191 „	=	11 „
1889 im Gouv. Poltawa	6033 „	=	4 „
1904 Ufa	12350 „	=	11 „

59034 Desj. = 41 Tochterkolonien.

Professor Lindeman zählt in seinem Buch: „Von den deutschen Kolonisten in Rußland“ eine Reihe von Beispielen auf, die die Leistungen der deutschen Kolonisten eindringlich zeigen. Im Kreise Onjeprow, Gouv. Cherson, gab es ein kleines Gut von 310 Desj. Land. Vergebens versuchte die russische Landverwaltung mit Hilfe von russischen Bauern diese Sandwüste, deren Flugsand die Umgebung unfruchtbar machte, zu kultivieren. Trotz des billigen Landpreises wollten die russischen Bauern diese Sandwüste nicht kaufen. Da kamen 1890 deutsche Kolonisten aus Bessarabien, die große Erfahrung im Weinbau hatten, und die Sandwüste wandelte sich in eine blühende Wein- und Obstgegend. 1910 besuchten der damalige Landwirtschaftsminister Zermolo und der Fürst Trubezkoi dieses Gut und bewunderten diese Leistungen der deutschen Kolonisten als Vorbild für die russischen Landwirte. Ähnlich verhält es sich mit einem anderen Gut im Kreise Cherson, das von der Familie August aus einer Sandwüste in eine fruchtbare Weingegend umgewandelt worden ist.

1862—1864 gingen einige Familien von Taurien ins Kubangebiet und gründeten dort die zwei deutschen Siedlungen Welikofnjascheskoje und Alexandrodar. Außer dem von der Regierung zugeteilten Land von 4360 Desj. kauften diese Landwirte noch 3950 Desj. dazu. Da die eingeborenen Bauern ihnen keinerlei Ratsschläge erteilen konnten, mußten sie sich aus eigener Kraft und nach vielen mühevollen und ergebnislosen Versuchen mit Vieh-, Schaf-, dann

Seidenzucht und Weinbau schließlich eine Erwerbsquelle im Obstbau erkämpfen. Man legte Baumschulen an und die Wirtschaft „Kaukasus“ verkaufte alljährlich bis zu 150 000 veredelte Obstbäume. In 20 Jahren (1896—1916) haben diese zwei Kolonien 20 Millionen Obstbäume und fast ebensoviel Beeresträucher und Parkbäume verkauft. Gleichzeitig entwickelte sich hier eine in weitester Umgegend bekannte Pferde- und Viehzucht. Die hier gezüchteten Traber und schweren Ardenner hatten großen Absatz bei der Kriegsverwaltung gefunden, wo sie als Reit- und Artilleriepferde gesucht waren.

Ähnliche Erfolge in der Kolonie Olgino, Gouv. Staworopol, gaben dem Duma-Abgeordneten Lochnitsky Anlaß zu folgender Feststellung in der Zeitung „Nördlicher Kaukasus“ (russisch) für das Jahr 1910: „Die Kolonisten kamen ohne große Kapitalien und begannen hier zu wirtschaften, die einen mit eigenen Kräften, die anderen in Gesellschaften, und erreichten bald einen beneidenswerten Wohlstand. Was aber haben wir Russen mit unserer Administration Nützliches und Bedeutendes für unser Gebiet geleistet?“

Eins von vielen Beispielen sind die Güter der Familie Baaz (vgl. Deutsche Post aus dem Osten 1939, Heft 3). Der Vorfahre der Familie Baaz kam als Schäfer nach Rußland. Durch Fleiß und Sparsamkeit erwarben sich die Baaz in drei Generationen 15 550 Desj. Land. Der Landpreis betrug in den Jahren 1860: 40 Rubel, 1890: 100 Rubel, 1899: 200 Rubel, 1913: 500 Rubel pro Desj. (ohne Hof und Inventar), 1913: 600 Rubel pro Desj. (mit Inventar und Hof).

Die Landpreissteigerung ist fast ausschließlich auf die deutschen Bauern zurückzuführen. Eine Glanzleistung deutschen Geistes und Fleißes ist das Gut Askania Nova von Falz-Fein in Taurien. Die schwäbische Familie Fein hatte 1856 das Besitztum des Herzogs von Anhalt-Röthen, Askania Nova, erworben. Schon vorher erwarb sich Fein das Gut Elisabethfeld bei Melitopol mit 20 000 Morgen, dann Preobraschenka, Iwanowka im Gouv. Cherson, Gawrilowka und Michailowka am Dnjepr. Später kamen dazu die Güter: Eschirik und Denkeltschik auf der Halbinsel Krim, sowie Ispenta nördlich von Askania Nova, dann Darowka, Maximowka, Alexandrowka, Escherno Morje, Wesseloje, schließlich Naliboki im Gouv. Wilna. Die gesamte Fläche des Nutzungsgebietes betrug rund 1 Million preußische Morgen. Neben der Landwirtschaft legten die Nachkommen von Fein (später Falz-Fein) das Hauptgewicht auf die Schafzucht. Beim Kauf des Gutes übernahmen sie 49 123 Schafe. Später wurde diese Zahl auf 750 000 Stück „edler und edelster“ Schafe erhöht. Der Tiergarten von Falz-Fein war wohl der größte freie Tiergarten Europas.

Wenn auch im Schwarzmeergebiet Handel und Industrie nicht die Rolle spielten wie im Wolgagebiet, so waren sie doch neben der Landwirtschaft bedeutungsvoll. Deutsche Handwerker waren es, die beim Aufbau der für das

gesamte Schwarzmeerdeutschum so wichtigen Hafenstadt O d e s s a maßgeblich mitwirkten. In vielen Klein- und Großbetrieben wurden Maschinen und Wagen hergestellt. Der Kolonistenwagen war in ganz Rußland bekannt und begehrt. Weltruf genoß die deutsche Pflugfabrik S ö h n in Odessa.

Besonders erwähnt werden müssen die Schwabensolonien im Südkaukasus; sie entstanden seit 1817. In 27 Kolonien wohnten vor dem Krieg rund 21 000 Deutsche mit einem Landbesitz von 45 500 Desj. Die Kaukasusdeutschen befaßten sich vorwiegend mit Weinbau; Ackerbau spielte eine untergeordnete Rolle. Für das Jahr 1915 sind die Ernteergebnisse: Getreide: 229 500 Pud; Kartoffel: 252 580 Pud; Traubenwein: 2 314 900 Eimer oder Wedro (1 Wedro = 12,3 Liter); Weinsprit (unrektifiziert): 2 118 000 Grad, Weinsprit (rektifiziert): 3 000 000 Grad; Kognak: 1 030 000 Grad. Dieses Ergebnis von nur 45 000 Desj. muß als eine Glanzleistung gewertet werden. Die Weinerzeugung in ganz Rußland belief sich auf 27 Millionen Wedro, demnach fiel auf die Kaukasusdeutschen (etwa 12000 befaßten sich mit Weinbau) 8,5% der Weinerzeugung Rußlands oder 14 % einer Durchschnittsernte in ganz Deutschland. Wissenschaftliche Versuchstationen sorgten dafür, daß eine sachgemäße Pflege und vor allem regelmäßige Schädlingsbekämpfung angewandt wurde. So nur war es möglich, einen solch hohen Ernteertrag zu erzielen. Die Durchschnittsernte in den Jahren 1925—1927 betrug bei den Kaukasusdeutschen rund 110 hl je Hektar, in Deutschland nur 18 hl. Die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1922—1925 für andere Länder lauten: Deutschland 23,3 hl; Spanien 17,2 hl; Frankreich 42,6 hl; Algier 43,1 hl; Italien 24,3 hl. Die georgischen, armenischen und tatarischen Winzer erzielten in den Jahren 1925—1927 einen Durchschnittsertrag von nur 18 hl je Hektar. Gerade die letzte Zahl verdeutlicht recht eindrucksvoll die gewaltige Leistung der Kaukasusdeutschen, da ja hier gleiche natürliche Bedingungen waren.

Die zwei Genossenschaften „K o n k o r d i a“ in Helenendorf und „A n i o n“ in Katharinensfeld sorgten für den regelmäßigen Absatz und hatten in allen größeren Städten Rußlands, so auch in Moskau, ihre Filialen.

Aber die zwei anderen Gruppen um P e t e r s b u r g und in W o l h y n i e n besitzen wir keine genauen statistischen Angaben. Die Petersburger Gruppe siedelte sich 1766 an. Schon Anfang des 19. Jahrhunderts kamen in Wolhynien Mennoniten an. Im Gegensatz zu den großen Kolonisationsbewegungen des 17. und 18. Jahrhunderts, die von Staats wegen geregelt worden sind, haben wir es in Wolhynien mit einer Kolonisationsbewegung zu tun, die auf freiwilliger und persönlicher Unternehmungslust beruht. Das Land wurde von Gutsbesitzern gepachtet und große Waldflächen gerodet. Die Haupteinwanderung fand seit 1865 aus Polen statt. Statt großer Statistiken seien eine Schilderung und einige Redensarten der Ukrainer wiedergegeben, die die Leistungen der deutschen Kolonisten in Wolhynien verdeutlichen. In einer polnischen Schilderung heißt es u. a.: „... Heute sind freilich die früher riesenhaften Wälder fast ganz

gerodet und verschwinden von Jahr zu Jahr immer mehr... Seitdem belebte sich der Verkehr durch die zahlreichen deutschen Kolonisten. Wenn man heute dieselbe Straße in der Richtung nach Kiew fährt, erscheint es den Reisenden, als fahre er durch ein einziges, lückenloses Dorf, das entlang der Straße ordnungsmäßig aufgebaut worden ist. Tatsächlich schließt sich ohne Unterbrechung eine Kolonie an die andere, so dicht haben sich die Deutschen hier angesiedelt. Sie fällen und roden überall die letzten Überreste der Wälder und verwandeln sie in Ackerland..." Dr. Lück schätzt in seinem Buch: „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens“, daß die Deutschen allein in dem zu Polen gehörenden Teil Wolhyniens 120 000 ha Waldland urbar gemacht haben. Die ukrainischen Bauern (Ruschiken) haben von den Deutschen gelernt, sie geachtet und ihre Leistung bewundert. „Setzet den Deutschen auf einen Stumpfen (Baumstumpf) oder einen Stein, und er wird wachsen und Brot haben“, oder „Den Deutschen geht es gerade so, als ob es ihnen der liebe Gott vom Himmel herunterschmeißen täte“. Diese und ähnliche Sprichwörter zeigen, wie hoch die Leistungen der Deutschen von seiten der Einwohner eingeschätzt worden sind.

Die Leistungen eines Volkes dürfen aber nicht nur nach dem Landbesitz beurteilt werden, sondern nach der volksbiologischen Kraft, den sozialen und kulturellen Einrichtungen.

Das Rußlanddeutschtum steht von allen Volksgruppen in bezug auf Kinderreichtum an der Spitze. Die Wolgadeutschen haben sich von 1788—1914 von 27 000 auf rund 600 000 vermehrt, das sind 2200 %. Der Prozentsatz würde sich noch erhöhen, wenn die Ausgewanderten mit eingerechnet wären. Praetorius hat für Galka für die Jahre 1869—1873 berechnet, daß auf 100 Einwohner 59 Geburten kommen. In anderen Quellen wird für die Wolgadeutschen die Zahl 72 genannt. Mit der Einführung des Gemeindebesitzes hat die Kinderzahl zugenommen. 1788 kamen 6,5 Personen auf die Familie; 1816: 7,28; 1834: 8,24; 1850: 9,65 und 1857: 10,28.

Der durchschnittliche Jahreszuwachs der Schwarzmeerdeutschen betrug von 1897—1911 etwa 20 280, d. i. ein Geburtenüberschuß von 20 auf 1000. Laut der Volkszählung von 1926 betrug die Geburtenziffer der deutschen Kolonisten für den europäischen Teil von Sowjetrußland 43,8, für die Ukraine sogar 47,3.

In Wolhynien betrug die Zahl der Geburten im Jahr 1932: 36 auf 100, der Geburtenüberschuß 22,2. In Bessarabien sind die entsprechenden Zahlen folgende: 1926: 36,46; 1927: 38,44; 1931: 33,73; 1935: 30,83. Zum Vergleich sei angegeben, daß die Zahlen für Deutschland (1930) 17,1, Danzig (1920) 19,9 lauten. Für das Deutschtum in Lettland (1930) 13,1, Estland (1929) 7,7, Polen (1930) 28,7, Ungarn 24,1.

Als Folge der starken Vermehrung des Deutschtums in Rußland hat sich sowohl der Landbesitz als auch die Zahl der deutschen Siedlungen entsprechend vergrößert — es entstanden Tochterkolonien. Seit 1870 begann die Besiedlung des Dongebietes; 1880 des nördlichen Kaukasus, Kuban- und Terekgebietes; 1890 des Gouvernements Orenburg und, besonders seit 1905, Sibiriens. Die Zahl der deutschen Kolonien stieg allein im Schwarzmeergebiet von 214 seit der Gründung auf weit über 1000, wobei die vielen Einzelhöfe (Chutor) hier nicht inbegriffen sind. Die deutsche Bevölkerung Rußlands stieg von 90 000 der ursprünglichen Ansiedlungen in 150 Jahren auf rund 1 600 000 ohne Baltikum und Kongresspolen. Der deutsche Landbesitz betrug 1914 im:

Baltikum	4 900 000 ha
Wolgagebiet	2 500 000 ha
Schwarzmeergebiet (einschl. Don- gebiet und Nordkaukasus)	4 900 000 ha
Südkaukasus	80 000 ha
Wolhynien	1 080 000 ha
Peterssburg	490 000 ha
Sibirien	800 000 ha

14 750 000 ha, d. f. 147 000 qkm.

Will man sowohl die wirtschaftliche Leistung als auch die volksbiologische Kraft des Rußlanddeutschtums richtig einschätzen, so muß man noch die starke Auswanderung, besonders nach Übersee, berücksichtigen. Genaue Zahlen lassen sich nicht mehr feststellen. Allein für Bessarabien konnte ich für die Zeit von 1857—1927 namentlich rund 19 152 Auswanderer (die wirkliche Zahl dürfte 22 000—24 000 betragen), davon 11 322 nach Amerika, feststellen. Der Zensus der USA für 1920 weist 116 535 Personen auf, die in Rußland geboren und deutscher Muttersprache sind, sowie 186 997 in Amerika geborene Nachkommen. Zuverlässig wird die Zahl der Rußlanddeutschen heute in Amerika, wie folgt, geschätzt:

Kanada	200 000
USA	400 000
Mexiko	10 000
Brasilien	250 000
Paraguay	4 000
Uruguay	2 500
Argentinien	150 000

Zusammen 1 016 500

Schon seit frühester Zeit wurde in den deutschen Siedlungen für soziale Einrichtungen gesorgt. In allen größeren Siedlungsgebieten waren Siechenheime, Armen-, Waisen- und Krankenhäuser eingerichtet, von denen

einige Berühmtheit erlangten, so das im Jahre 1892 erbaute evangelische Hospital in Odessa, das nicht nur von Deutschen, sondern auch von Russen in Anspruch genommen wurde.

In vielen Dörfern war ein Getreidemagazin, wo immer Getreidevorräte für Mißerntejahre aufbewahrt wurden. Jeder Bauer war verpflichtet, nach der Dreschzeit seinem Landbesitz entsprechende Mengen Weizen abzuliefern. In Notjahren wurde dieses Getreide an bedürftige Einwohner verteilt.

Die deutschen Kolonisten hatten ihre eigene Zivil- und Schulverwaltung. In den Instruktionen für die Ansiedlung heißt es, daß „auch die Schulmeister von den Gemeinden unabänderlich unterhalten werden müssen“. Seit Beginn der Ansiedlung ist überall der Schulunterricht eingeführt worden. Während bei den übrigen Völkern Rußlands bis zu 80 % Analphabeten waren, gab es bei den Deutschen so gut wie keine. In jedem Dorf war eine Schule, die bis 1881 in deutscher Selbstverwaltung war und seit diesem Jahr an das Ministerium für Volksaufklärung überging. Wenn es auch in den Schulen oft primitiv zuging, so muß in Anbetracht der langjährigen Abgeschlossenheit vom Mutterland die schulische Leistung doch anerkannt werden. Mit dem steigenden Wohlstand wuchsen auch die kulturellen Ansprüche. Man gab sich nicht mehr mit den Volksschulen zufrieden, sondern seit 1834 wurden in mehreren Siedlungsgebieten Fortbildungsschulen, „Zentralschulen“, gegründet. Auf diesen Schulen wurde der Lehrernachwuchs und die deutschen Dorfschreiber ausgebildet.

Im Wolgagebiet bestanden zwei solcher Zentralschulen in Katharinenstadt und Grimm. 1876 wurde in Saratow das katholische Priesterseminar gegründet.

Im Schwarzmeergebiet gab es vor dem Kriege, 1913, 19 Zentralschulen und 6 Mädchenschulen, und zwar in Bessarabien 1 Zentralschule mit 135 Schülern in Sarata; diese wurde in ein Lehrerseminar umgewandelt, auf dem die Volksschullehrer von ganz Südrußland ausgebildet wurden, außerdem eine Mädchenschule in Tarutino.

Cherson: 4 Zentralschulen: Großliebental mit 111, Hoffnungstal mit 38, Landau mit 74, Neuschönsee mit 32 Schülern, und 1 Mädchenschule in Großliebental.

Taurien: 6 Zentralschulen: Prischib mit 124, Halbstadt mit 153, Orloff mit 90, Alexanderkrone mit 90, Gnadenfeld mit 63, Schönfeld mit 80 Schülern, außerdem 1 Mädchenschule in Neu-Halbstadt.

Krim: 4 Zentralschulen: Neufay mit 105, Zürichtal mit 110, Karajan und Spat mit je 70 Schülern und 1 Mädchenschule in Okretsch.

Jekaterino'slaw: 4 Zentralschulen: Chortiza mit 166 (hier außerdem eine Musterschule mit 36 Schülern), Grunau mit 70, Neuyork mit 70, Nikolai-pol mit 150 Schülern, außerdem 1 Mädchenschule in Chortiza und 1 in Neuyork.

In 19 Zentralschulen waren somit im Jahre 1913 rund 1850 Schüler; zusammen mit den Schülerinnen in den Mädchenschulen kommen wir auf eine Gesamtzahl von rund 2300 Schülern und Schülerinnen. Besonders erwähnt werden muß die Ackerbauschule in Eugenfeld (Taurien). Im Lauf der Zeit wurden dann in den einzelnen Siedlungsgebieten Gymnasien errichtet. Im Wolgagebiet bestand 1 Gymnasium und 1 höhere Mädchenschule in Katharinenstadt. Im Schwarzmeergebiet 1 Gymnasium in Tarutino. Die Kaukasusdeutschen unterhielten 1 Realgymnasium in Tiflis, 1 Oberrealschule in Selenendorf und 1 Mittelschule in Katharinenfeld.

Im Laufe der Jahre ist in den einzelnen Siedlungsgebieten eine ansehnliche deutsche Presse entstanden, die auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung einen fördernden Einfluß ausübte. Die älteste und politisch einflußreichste Zeitung, die nicht nur vom städtischen, sondern auch vom ländlichen Deutschtum gelesen wurde, war die „St. Petersburger Zeitung“, die ununterbrochen von 1727—1914 erschien. Von den bäuerlichen Siedlungsgebieten seien nur die wichtigsten Zeitungen und Kalender aufgeführt. Im Wolgagebiet: „Deutsche Volkszeitung“, Saratow 1906—1916; „Saratower Deutsche Zeitung“ 1906—1915; „Friedensbote“ 1885—1915; „Klemens“, Wochenblatt 1897 bis 1914; „Der Wolgabote“, Saratow 1883—1915; „Friedensboten-Kalender“ 1873—1914; „Wolgadeutscher Kalender“ 1873—1915. Im Schwarzmeergebiet: „Deutsche Rundschau“ 1906—1914; „Odeßaer Zeitung“ 1863—1918; „Unterhaltungsblatt für die deutschen Ansiedler im südlichen Rußland“, Odeßa 1846 bis 1870; „Molotschnaer Volkskalender für die deutschen Ansiedler in Südrußland“ 1881—1914; „Neuer Haus- und Landwirtschaftskalender für die deutschen Ansiedler im südlichen Rußland“, Odeßa 1865—1915. Im Kaukasus: „Deutsche Zeitung für den Kaukasus“ 1906—1914; „Kaukasische Post“ 1906 bis 1914.

Deutsche Städte in dem Sinne wie im Baltikum (Riga, Dorpat) oder Rumänien (Hermannstadt, Kronstadt) gab es in den rußlanddeutschen Siedlungen nicht. Dennoch spielte das Deutschtum in den Städten eine große Rolle, die hier nur noch angedeutet werden kann. Zahlenmäßig trat das Deutschtum in den Städten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kaum in Erscheinung, seine Leistungen aber sind beachtenswert und der Einfluß auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben bedeutungsvoll. In Odeßa gab es die St. Pauli-Schule und eine höhere deutsche Mädchenschule. Beide Schulen hatten eine große Zahl von Schülern aus den umliegenden deutschen Bauerndörfern aufzuweisen. Deutsche Handwerker wirkten beim Aufbau der Stadt maßgebend mit und die Handwerkerstraße (Remeslennaja) beherbergte deutsche Handwerker hauptsächlich aus Württemberg. Über 100 deutsche Geschäfte gab es in Odeßa vor dem Krieg, darunter 2 deutsche Buchhandlungen.

In Petersburg gab es laut Angaben von Carlo von Rügclgen 9 Kirchengemeinden, darunter die berühmten St. Petri-, St. Annen-, St. Katharinen- und St. Michaelis-Gemeinden. Jede dieser Gemeinden hatte ihre eigene höhere Schule, die einen guten Ruf hatte und nicht nur von Deutschen, sondern sehr häufig von Kindern der russischen Intelligenz und hoher Beamter besucht wurde. Insgesamt wurden in Petersburg über 5000 Kinder jährlich in deutschen Lehr- und Erziehungsanstalten geschult. Allein die Petrischule umfaßte 1910 42 Klassen mit 1667 Schülern und 69 Lehrern. 29 Wohltätigkeitsanstalten, darunter Waisen- und Krankenhäuser, waren allgemein bekannt und von der Gesamtbevölkerung Petersburgs in Anspruch genommen. Die „St. Petersburger Zeitung“ wurde schon in einem anderen Zusammenhang erwähnt.

In Moskau gab es zwei deutsche Gemeinden, die Petri-Pauli- und die St. Michaelis-Gemeinde, die auch ihre Schulen und ein Presseorgan besaßen, sowie die „Moskauer Deutsche Zeitung“.

So können wir zusammenfassend feststellen, daß sowohl das städtische als noch mehr das ländliche Deutschtum in Rußland vor dem Kriege in den 150 Jahren seiner Geschichte wahrhaft Großes auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet geleistet hat.

Benutzte Literatur

- Beiträge zur Heimatkunde des deutschen Wolgagebietes, Potrowff.
Beraz, G., Die deutschen Kolonien an der unteren Wolga in ihrer Entstehung und ersten Entwicklung.
Hummel, Theodor, 100 Jahre Erbhofrecht der deutschen Kolonisten in Rußland.
König, L., Die Deutschtumsinseln an der Wolga.
Kuhn, Walter, Deutsche und Ukrainer, in: „Deutsche Blätter in Polen“, Jahrgang 3, 1926, Heft 11/12.
Lindeman, Professor, Von deutschen Kolonisten in Rußland.
Mergenthaler, Das Rußlanddeutschtum in Zahlen in D.D. 1938.
Seraphim, S. J., Rodungssiedler, Agrarverfassung und Wirtschaftsentwicklung des deutschen Bauertums in Wolhynien.
Schmid, Edmund, Die deutschen Kolonien in Sibirien und Mittelasien.
Stumpp, Karl: Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet.

Die Urenkel kehren heim

Die Massenflucht der rußlanddeutschen Bauern 1929

Von Walter Quiring

Im Herbst 1929 unternimmt das gequälte bäuerliche Deutschtum in Rußland einen letzten verzweifeltsten Versuch, dem ganz sicheren Untergang zu entkommen. Führerlos strömen in jenen Monaten rund 14 000 Kolonisten aus fast allen deutschen Ansiedlungen des Landes bei Moskau zusammen. Sie hoffen, hier an höchster Stelle die Erlaubnis zur Auswanderung doch noch erbitten oder durch ihre Massendemonstration erzwingen zu können.

Aber nicht einmal der Hälfte von ihnen gelingt es, über die rettende Grenze nach Deutschland zu gelangen. Rund 8000 werden von Moskau zwangsweise in ihre Dörfer zurückbefördert und dem furchtbarsten Elend ausgeliefert. Den meisten von ihnen macht die GPU, später unter nichtigem Vorwand den Prozeß, und wohl der größte Teil von ihnen hat den Verzweiflungsschritt mit dem Leben bezahlen müssen.

Das tragische Geschick der rußlanddeutschen Bauern ist engstens verflochten mit dem der russischen Bauernschaft und bestimmt durch die bolschewistische Wirtschaftspolitik. Das Ziel der jüdischen Führerschicht in Rußland ist die Ausbeutung der 160 Millionen russischer Menschen. Als Mittel hierzu dient das Wirtschaftskollektiv, das sowohl eine straffere Zusammenfassung und Kontrolle der Arbeitskräfte als auch eine sichere und vollständige Erfassung des Ertrages der Arbeit ermöglichen soll. Die Kollektivierung sollte im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes (1928—1933) durchgeführt werden. Moskau beschließt zunächst, die ganze private Landwirtschaft in ein bis zwei Jahren bis auf den Grund zu zerstören, sie totzusteuern, um die Bauern so für das Kollektiv reif zu machen. Dabei sind sich die roten Machthaber von vornherein darüber klar, daß es ihnen niemals gelingen wird, die gesamte russische bäuerliche Bevölkerung ihren Plänen gefügig zu machen, geschweige denn, sie für diese zu gewinnen. Sie wissen, daß sich die oberste russische Bauernschicht, zu der alle deutschen Kolonisten gehören, mit der bolschewistischen Wirtschaftsform niemals wird ausöhnen oder auch nur abfinden können. Die Sowjetregierung beschließt daher, diese Schicht — sie zählt rund 20 Millionen Menschen — „physisch zu vernichten“, bzw. sie, um in der Sowjetterminologie zu reden, zu „liquidieren“. Moskau prägt den Begriff des „Kulaken“, des Volkschädling, der vernichtet werden müsse, und zwar durch die „Entkulakisierung“. Diese Säuberung der Bauernschaft von den „kulakischen Elementen“ soll Hand in Hand gehen mit der Vorbereitung des Restes der Bauern auf die Kollektivwirtschaft. Die gesamte Landwirtschaft soll, wie gesagt, in ein bis zwei Jahren totgesteuert werden. Die zur „Liquidierung“ bestimmten „Kulaken“ können dabei zusätzlich

„individuell“ besteuert werden. Diese Besteuerung besteht darin, daß dem Betroffenen in kürzester Aufeinanderfolge immer größere Steuern an Getreide und Geld auferlegt werden, so daß er oft in wenigen Tagen wirtschaftlich völlig ruiniert ist. Der Rest seines Besitzes kommt dann um ein Spottgeld unter den Hammer.

Dabei ist es den Sowjetbehörden gar nicht etwa darum zu tun, nun die nach ihrer Terminologie als „Kulaken“ bezeichneten Bauern zu erfassen, sie wollen vielmehr mit einem Schläge alle diejenigen Elemente vernichten, die dem Sowjetregime hinderlich sind, oder die ihm irgendwann einmal gefährlich werden könnten. Es wird daher ein gewisser Hundertsatz der gesamten Bevölkerung entkulakisiert, und zwar im allgemeinen 3—7 v.H., in manchen deutschen Dörfern aber über 50 v.H.!

Wohin nun mit der großen Masse der „Entkulakisierten“? 1928—1933 ist es ohne lästige Rückwirkungen auf das Ausland nicht mehr möglich, rund zwanzig Millionen Menschen zu erschießen, so wie man die Elite des russischen Volkes, rund zwei Millionen Menschen, in der Zeit des Kriegskommunismus (1917—1922) „liquidiert“ hatte. Jedoch Moskau ist um eine zweckmäßige Lösung nicht verlegen.

Schon in der Zeit des Kriegskommunismus waren aus den deutschen Kolonien ehemals reiche Bauern und besonders die früheren Gutsbesitzer, die bald nach dem bolschewistischen Umsturz in die Dörfer hinübergesiedelt waren, „ausgewiesen“ worden in entlegene Gebiete: in den Norden, den Kaukasus, nach Turkestan oder Sibirien. Später schätzten sich diese Ausgewiesenen übrigens glücklich, vorläufig in Sicherheit zu sein, sofern sie von der G.P.U. nicht doch noch irgendwo gefaßt wurden.

Eine unvergleichlich viel härtere Maßnahme als die Ausweisung ist die sog. *Aus-sied-lung*, die im Zuge der Kollektivierung zur Anwendung kommt. Die zur „physischen Vernichtung“ bestimmten Familien werden, ausgerüstet mit nur einer Art, einem Spaten und einem Eimer, an einen in der Nähe der Ansiedlung gelegenen Berg geführt, um sich dort „anzusiedeln“. Eine Verbindung mit dem Dorf ist strengstens untersagt. Wer von den Dorfbewohnern versucht, das grausame Los der Ausgestoßenen zu erleichtern, muß ihr Schicksal teilen. Die Ausgesiedelten kommen denn auch in kürzester Zeit um, sofern es ihnen nicht gelingt, zu fliehen.

Die wichtigste und grausamste Maßnahme aber, durch die jene „physische Vernichtung“ der für die Kollektive ungeeigneten Bauernmasse erreicht wird, ist die *Verban-nung* in die Urwälder des Nordens. Die Aufforderung an einen „Kulaken“, sich für die Fahrt in den Norden bereit zu halten, kommt immer dem Todesurteil gleich. Denn die Bauern werden nicht in die Sumpfsgebiete geschickt, um dort etwa eine Strafe abzusißen, sondern um auf eine nach außen möglichst unauffällige Weise „liquidiert“ zu werden. Dabei wird die Kraft dieser Unglücklichen bis zum letzten Atemzuge ausgebeutet. Jeder Verbannte, ob Mann

oder Frau, hat eine festgesetzte Arbeitsnorm auszufüllen. Wer dazu körperlich nicht mehr imstande ist, bekommt die 400 Gramm Brot nicht zugeteilt, ja vielfach wird ihm nachts sogar der Zutritt in die Baracken verwehrt. Er muß draußen erfrieren oder langsam verhungern. Aber sterben müssen die Verbannten ohne Ausnahme alle, die einen früher, die anderen später.

Es ist verständlich, daß die 1926 1 238 540 Köpfe zählende deutsche Volksgruppe von diesem gewaltigen Umbruch noch viel härter betroffen wird als die russische Bevölkerung. Schon anfangs Dezember 1929 wurde die Zahl der deutschen „Kulaken“ auf 5 v. H. der deutschen Kolonistenbevölkerung geschätzt. Im ganzen sollen bis 1933 von den rund 1,1 Millionen auf dem Lande lebenden Deutschen 11 000 Familien mit rund 65 000 Personen der „physischen Vernichtung“ anheimgefallen sein. In Wirklichkeit aber ist der Hundertsatz der vernichteten Rußlanddeutschen unvergleichlich viel höher. —

Über nicht nur materiell, sondern auch subjektiv leidet der Deutsche unter der sowjetrussischen Agrarpolitik mehr als der Russe. Ihn trifft der Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit viel härter, ebenso empfindet er auch die Auflösung der Familie, die Entkirchlichung und die Zerstörung seiner Kultur viel schwerer als die Landesklinder. Die Massenverbannungen auch der Deutschen in die riesigen Zwangsarbeitslager des Nordens beginnen im Januar 1930, nachdem im Vorjahre diesen Todesweg erst einzelne und kleinere Gruppen hatten gehen müssen. Nach einer Rede Molotows auf dem Rätekongreß 1936 waren bis dahin 17,5 Millionen Kulaken „liquidiert“ worden, unter diesen schätzungsweise 300 000 Deutsche.

Allmählich beginnt der rußlanddeutsche Bauer denn auch zu erkennen, daß keineswegs nur seine wirtschaftliche Existenz vernichtet werden soll, sondern daß er selber, der Mensch, das Ziel dieses furchtbaren Ansturmes ist. Er steht der Kollektivierung im Wege, weil aus ihm niemals ein landwirtschaftlicher Industriearbeiter werden kann. Mit zäher Verbissenheit hat sich der Kolonist ein Jahrzehnt lang gegen den drohenden Untergang gewehrt. Lange hat er den Bolschewismus für eine vorübergehende Erscheinung gehalten und jahraus jahrein hat er auf den Umsturz gewartet, der irgendwann einmal doch kommen müsse. Allmählich aber beginnt er, die Aussichtslosigkeit seines ungleichen Kampfes einzusehen, um so mehr, als die Bolschewisten keineswegs geneigt sind, mit den deutschen Bauern auf irgendeinen Vergleich einzugehen oder ihrretwegen gar eine Ausnahme zuzulassen. Bei dem unerschöpflichen Menschenreichtum Rußlands spielen die deutschen Kolonisten als Kollektivbauern zahlenmäßig nur eine geringe Rolle. Und alle die wertvollsten Eigenschaften des deutschen Bauern: Unternehmungsgeist, Tatkraft, Fleiß und Sparsamkeit sind für die kollektive Landwirtschaft nicht nur kein Positivum, sondern eher ein Hindernis. Für das primitive Kollektiv sind unpersonliche Sklavenarbeiter am geeignetsten.

Da, in zwölfter Stunde, als jegliche Hoffnung auf die ersehnte politische Wende begraben werden muß, greifen die Kolonisten zu einem Mittel, zu dem

sie in 150 Jahren schon wiederholt hatten Zuflucht nehmen müssen: zur Auswanderung, zur Flucht.

An eine gesetzliche Ausreise nach Deutschland oder nach Amerika ist nicht zu denken, da Auswanderungslustige in Rußland seit langem als Staatsfeinde gelten. Alle die anhaltenden Bemühungen der Kolonisten, bei den örtlichen Behörden die Erlaubnis zur Ausreise zu erhalten, blieben denn auch ohne Erfolg. Infolgedessen beginnen die deutschen Bauern bald, ihre Blicke auf Moskau zu richten. Schon im Januar 1929 haben sich einzelne Familien aus Sibirien auf den Weg gemacht in die Hauptstadt. Ein Teil von ihnen hat tatsächlich Glück: er erhält die Auslandspässe, einzig, weil man die Bittsteller los sein will. Bis zum Juni jenes Jahres haben 35 deutsche Familien Rußland verlassen dürfen. Die Nachricht hiervon verbreitet sich im Nu in allen deutschen Ansiedlungen des Landes. Das drangsalierte Rußlanddeutschtum horcht auf. Dort bei Moskau beginnt sich ein Ausweg abzuzeichnen, der unter Umständen eine Rettung für alle bedeuten könnte.

Im Sommer 1929 wird der Zustrom deutscher Bauern in die Hauptstadt langsam stärker. In den Dörfern sitzen Tausende der gehehnten Familien auf dem Sprunge. Dabei sind es keineswegs nur ehemalige Großbauern, die sich um eine Auswanderung bemühen, sondern vorwiegend Mittel- und Kleinbauern; auch viele Landlose und Landarbeiter sind dabei. In den Monaten August bis Oktober schicken verschiedene deutsche Gruppen heimlich Rundschafter in die Hauptstadt, um die Lage dort zu erkunden. Die Nachrichten, die sie bringen, sind nicht unbedingt hoffnungslos. Allerdings sind die heimkehrenden Abgeordneten immer überaus mißtrauisch und sehr zugeknöpft. Denn eine Verhaftung wegen „konterrevolutionärer Agitation“ (§ 58, 10) zieht vieljährige Verbannung nach sich. Verbannung aber bedeutet den Tod. Die Versteigerungen in den Dörfern werden von Woche zu Woche häufiger. Infolgedessen muß der Rest des beweglichen Vermögens für ein Spottgeld abgestoßen werden. 1928 können die Wirtschaften noch um 5—8 v. H. ihres tatsächlichen Wertes verkauft werden, ein Jahr später aber ist auch das nicht mehr möglich. Am den 1. November 1929 werden die Versteigerungen des beweglichen Vermögens verboten. Da bald auch das Verkaufen unter der Hand untersagt ist, sind viele Kolonisten gezwungen, Hausrat, Wirtschaftsgeräte usw. herrenlos zurückzulassen. Wer bei den Vorbereitungen zur Flucht überrascht wird, wandert ins Gefängnis, und mancher deutsche Bauer ist wegen dieses „Verbrechens“ nach Archangelsk oder nach Sibirien verbannt worden.

Am 29. Oktober glückt es einer Gruppe von 57 Familien mit 329 Personen von Moskau über Petersburg nach Kiel abzureisen. Dadurch erhält die Bewegung in die Hauptstadt einen mächtigen Auftrieb. Sofort machen sich aus vielen deutschen Siedlungen hunderte Familien auf den Weg. Die meisten kommen aus Sibirien, aus Orenburg am Ural, aus der Krim usw.

Moskau hat die Gefährlichkeit dieser Bewegung längst erkannt. Es ergreift umfassende Gegenmaßnahmen zu ihrer Eindämmung. Am den 1. November erhalten alle Bahnstationen Anweisung, an deutsche Kolonisten Fahrkarten in die Hauptstadt unter keinen Umständen abzugeben. Auch Gepäck darf von ihnen nicht angenommen werden. Die örtlichen Behörden dürfen an Deutsche außerdem keinerlei Ausweise und Bescheinigungen mehr ausstellen. Aber die Flüchtlinge sind mit den sowjetrussischen Methoden bestens vertraut. Sie wissen sich zu helfen und lösen jetzt die Fahrkarten nur noch für Teilstrecken. Außerdem treten sie die Reise nicht mehr von ihrem Heimatbahnhof an, sie fahren vielmehr oft 100 bis 300 Kilometer weit mit Pferdefuhrwerken, in Gebiete, wo die Deutschen weniger bekannt sind. Vielfach steigen sie auch einige Stationen vor Moskau aus und lassen sich auf Pferdefuhrwerken oder Lastwagen in die Vororte der Hauptstadt fahren. Durch die Kolonistenöhne, die während des Krieges in Moskau beim Militär gewesen sind, und auch durch die Rundschafter werden die Flüchtlinge auf die Sommervillen in den Vororten der Stadt aufmerksam. Dort bieten sich in den seit dem bolschewistischen Umsturz leerstehenden, leichtgebauten Landhäusern geeignete Unterkunstmöglichkeiten.

Erster Sammelort der Flüchtlinge wird Dschamgarowka, ein Dorf an der Moskau-Jaroslavl-Wologdabahn, etwa 16 Kilometer von Moskau entfernt. Als dort in kurzer Zeit alle freien Zimmer und Wohnungen belegt sind, gehen die Ankömmlinge die erwähnte Bahn entlang weiter weg von Moskau und Perlowkt, und zwar schließlich bis zu der etwa 30 Kilometer entfernten Station Puschkino.

Wochenlang geben die eintreffenden Kolonistenfamilien dem Treiben an den Vorortsbahnhöfen das Gepräge. Überall stehen sie in ihrer bekannten nachlässig-selbstbewußten Haltung herum, die Hände meist tief in den Hosentaschen. Viele haben Schafpelze oder alte Militärmäntel an und die hohen russischen Pelzmützen auf dem Kopf. Während die Frauen in ihre großen sog. Kopftücher gehüllt und den meist schwarzen Sonntagschürzen am Bahnhof auf den Gepäckstücken wartend sitzen oder um die Kinder und Sachen bemüht sind, eilen die Männer durch die Straßen der Vororte und suchen Unterkunft. Um an der hohen Miete zu sparen, wohnen die Kolonisten so eng wie möglich zusammen. Raum eine der meist kinderreichen Familien hat mehr als ein Zimmer, das Schlaf- und Wohnzimmer, Küche und Gepäckraum zugleich sein muß. In den meisten Wohnungen schlafen die Flüchtlinge auf dem Fußboden. Zum Überfluß sind die Zimmer stark verwanzt, und natürlich wimmelt es überall auch von Läusen und Flöhen. Als es im Oktober kälter zu werden beginnt, entsteht eine neue Schwierigkeit. In vielen der Sommerhäuser sind die Öfen schlecht instand oder sie fehlen auch ganz. Viele Kolonisten haben zudem kein Geld, sich Brennmaterial zu beschaffen, um so weniger, als ein Kubikfaden ungespaltenes Holz 80 Rubel (160 RM.) kostet! Hier bei Moskau hat unter diesen ungünstigen Lebensverhältnissen die Epidemie ihren Anfang genommen, die wenige Wochen

später in den deutschen Flüchtlingslagern Hammerstein und Prenzlau über 150 Kinder dahinraffen sollte.

In den ersten Wochen reichen die Flüchtlinge ihre Gesuche wegen der Ausreiselerlaubnis an die Auslandsabteilung des Volkskommissariats des Innern ein. Im Spätherbst gibt diese Abteilung die Flüchtlingsakten an die Administrative Abteilung ab. Diese Abteilung untersteht dem Chef der GPU, dem berüchtigten Juden Jagoda (Jehuda). Die Gesuche der Flüchtlinge um Erlaubnis der Auswanderung werden ausnahmslos abgelehnt. Aber dann reichen sie sofort ein zweites Gesuch ein, und zwar bei der höchsten Regierungsstelle, dem Allrussischen Zentralen Vollzugskomitee (WZSK.). Jedoch auch hier finden die Kolonisten kein Gehör. Währenddessen dauert der Zustrom der Flüchtlinge an. Waren es Mitte August erst 28 Familien, die bei Moskau versammelt sind, so zählt man in der ersten Oktoberhälfte bereits 900 Familien mit über 5000 Personen. Noch im selben Monat steigt die Zahl auf über 6000 „Seelen“, nach dem russischen Sprachgebrauch der Kolonisten.

Als die Auswanderungsgesuche von der genannten Stelle nicht mehr angenommen werden, übersenden die Kolonisten sie mit der Post. Erfolgt eine schriftliche Absage, so wird das Gesuch ein zweites und auch ein drittes Mal eingereicht. Um nicht unabsehbar lange untätig warten zu müssen, beschließen die Kolonisten auf einer geheimen Versammlung im Dschamgarower Walde die Behörden zu „belästigen“ (russ. nadojedatj), um sie ihren Wünschen geneigter zu machen. Das ist eine primitive Methode, die nur aus der russischen Mentalität und den russischen Verhältnissen zu verstehen ist. Auch die Mütter und Kinder sollen sich den „Bittgängen“ in die Stadt anschließen. Wer dort Verbindungen irgendwelcher Art hat, nutzt sie aus. Sogar bis zum Kriegskommissar Woroschilow dringt ein Kolonist vor, und ein anderer klagt dem Leibarzt Stalins ihr Leid. Natürlich ohne irgendwelchen Erfolg.

Das tragische Geschick der Flüchtlinge wird auch unter der Moskauer Bevölkerung allmählich bekannt. Ihre Sympathien sind durchaus auf seiten der Kolonisten. Bald finden sie in der Stadt Freunde und Gönner. Durch einen Tolstowez, einen Anhänger des Schriftstellers Leo Tolstoj, kommen sie in Verbindung mit der Leiterin des politischen Roten Kreuzes, Jekaterina Pawlowna Peschkowa. Sie ist die Frau des „proletarischen“ Schriftstellers Maxim Gorkij. Frau Peschkowa rät den Kolonisten, zwei Gesuche an das WZSK. einzureichen und eines davon an ihren Mann zur Weiterleitung abzugeben. Gern nimmt Frau Peschkowa auch eintaufend Rubel entgegen, die unter den Kolonisten für sie gesammelt worden sind. Außerdem dürfen die Flüchtlinge in einem von ihr bezeichneten Hause einige Schweineschinken und ein Paket mit Butter abgeben. Das Gesuch wird von 400 Flüchtlingsfrauen unterzeichnet und Frau Peschkowa überreicht. Doch haben die Flüchtlinge niemals erfahren, ob sich Gorkij tatsächlich für sie eingesetzt hat. Durch die Tolstowze lernen einige Kolonisten auch einen höheren Beamten kennen, der ihnen die Monate hindurch mit Rat

beisteht. Er rät den Kolonisten, Mitte Oktober an sechs höchste Regierungsstellen Gesuche wegen der Erlaubnis zur Auswanderung einzureichen, und zwar mit möglichst vielen Unterschriften. Dem in der Krim zurückgebliebenen Bruder eines der Kolonisten, der bei diesen Eingaben mitwirkt, kostet dieses Vorgehen Freiheit und Leben. Er wird für seinen Bruder, der glücklich nach Deutschland entkommt, für lange Jahre in den Norden verbannt.

Die Blicke aller bei Moskau versammelten 14 000 Flüchtlinge richten sich naturgemäß auf D e u t s c h l a n d. In dieser großen Not kann nur noch das deutsche Mutterland helfen. Der größte Teil der Kolonisten sind D e u t s c h e m e n n o n i t i s c h e n B e k e n n t n i s s e s. Sie bemühen sich, mit dem Leiter der Europäischen Zentralstelle der Mennonitischen Hilfsorganisationen in Karlsruhe, D. Lic. U n r u h, in Verbindung zu kommen. Dieser unterrichtet sofort auch das Mennonite Central Committee in den Vereinigten Staaten und den Canadian Mennonite Board of Colonization. Am 10. Oktober hat D. Lic. Unruh zusammen mit P. S. v o n R ü g e l g e n, dem Vorsitzenden des Vertrauensausschusses für Ostkolonisten und Balten, eine Unterredung im Auswärtigen Amt in Berlin mit dem Konsul Dr. D i e n s t m a n n. Am selben Tage macht D. Unruh eine schriftliche Eingabe an das Auswärtige Amt und weist auf die Möglichkeit der Weiterwanderung nach Abersee mit Hilfe der Canadian Pacific Railway hin. Er schlägt Kreditverträge der mennonitischen Organisationen mit der CPR. vor; es lägen in Moskau bereits etwa 3000 Kreditpassagen für mennonitische Flüchtlinge bereit.

Gleich darauf fährt Konsul Dr. Dienstmann nach Moskau ab. Dort finden zwischen ihm und dem zuständigen Beamten des Außenkommissariats, Boris Stein, am 15. und 19. Oktober Besprechungen statt. Die Bolschewiken lehnen es ab, nichtrussischen Hilfsorganisationen zu erlauben, den Flüchtlingen Hilfe zu bringen. Es sei bereits eine russische Regierungskommission mit entsprechenden Mitteln und Vollmachten gebildet worden, so führt der Vertreter des Außenkommissariats aus, die Angelegenheit zu regeln. Diese Kommission habe der Regierung vorgeschlagen, allen bei Moskau lagernden deutschen Flüchtlingen und auch allen denjenigen, die bereits auf dem Wege nach Moskau seien, die Ausreise zu gestatten. Um Zeit zu sparen, werde man ihnen keine Pässe ausständigigen, sondern sie nach Listen ausreisen lassen. Diese Kommission ist allerdings niemals in Aktion getreten.

In Deutschland rechnet man damit, alle Flüchtlinge durch die CPR. nach Kanada verbringen zu können und gibt nach Moskau Order, zunächst tausend Sichtvermerke auszustellen.

Nach einem Drahtbericht der Deutschen Botschaft in Moskau beginnt der Abtransport der Flüchtlinge an die Grenze bereits am 28. Oktober (sog. Kieler Gruppe). Die Sichtvermerke werden unentgeltlich ausgestellt, wogegen der russische Papiersatz für jede erwachsene Person mit 200 Rubel bezahlt werden muß. Hinzu kommen 20 Rubel Rote-Kreuz-Steuer!

Am gleichen Tage drahtet der deutsche Generalkonsul in Montreal, daß die kanadische Regierung eine Einwanderung der rußlanddeutschen Flüchtlinge erst für den kommenden Frühling ins Auge fassen wolle, sofern man ihren Unterhalt über den Winter nicht garantiere. Drei Tage später bittet auch die CPR., man möge keine Einwanderer zur Beförderung bringen, solange nicht alle Fragen geklärt und die Verträge abgeschlossen seien. Am gleichen Tage teilt der Vorsitzende des CMBofC., *Töws*, aber mit, daß er sich noch einmal bemühen wolle, die Einwanderungserlaubnis nach Kanada für alle Flüchtlinge zu erhalten. Da aber diese Frage so rasch nicht gelöst werden kann, gerät die ganze Bewegung ins Stocken. Das Auswärtige Amt ordnet am 29. Oktober an, daß in Moskau vorerst weitere Sichtvermerke nicht erteilt werden. Dieser Beschluß bringt über Tausende Moskauer Flüchtlinge namenloses Elend. Die russischen Behörden stellen die Transporte sofort ein, nachdem der zweite sog. Swinemünder Transport noch das Glück gehabt hat, am 2. November nach Petersburg auf den Weg gebracht zu werden.

Am 30. Oktober trifft in Berlin endlich die Antwort der kanadischen Regierung ein. Sie teilt mit, daß sie zwar bereit sei, einen deutschen Passersatz anzuerkennen, daß sie aber nicht in der Lage sei, die Kolonisten für den Winter aufzunehmen. Sofort zieht sich auch die CPR. endgültig zurück, indem sie erklärt, daß sie sich nicht in der Lage sehe, auch nur einen Flüchtling zu übernehmen, solange eine generelle Einwanderungserlaubnis ihrer Regierung nicht vorliege. Am 2. November wird in Berlin bekannt, daß die Sowjetregierung ein Ultimatum gestellt hat: entweder werden die Flüchtlinge sofort von Deutschland übernommen, oder sie werden nach Sibirien geschickt. Diese Entwicklung bedeutet für die bei Moskau wartenden Kolonisten eine Katastrophe. Sie selber vermögen natürlich nicht zu übersehen, warum der sog. Kieler Gruppe die Ausreiseerlaubnis gewährt worden ist und warum man dem zweiten, dem Swinemünder Transport, schon große Schwierigkeiten bereitet, um dann die Erlaubnis zur Auswanderung endgültig zurückzuziehen. Trotz dieser unglücklichen Entwicklung kann sich die deutsche Regierung nicht entschließen, alle Flüchtlinge auch auf die Gefahr hin zu übernehmen, daß sie längere Zeit im Reich würden unterhalten werden müssen.

Neben den amtlichen Verhandlungen der deutschen Regierung mit den kanadischen Behörden laufen, wie angedeutet wurde, diejenigen des CMBofC. Die endgültige Entscheidung soll in Kanada am 4. November fallen. Dabei scheinen die Aussichten für eine Einwanderung dorthin in dem Maße zu wachsen, indem es den konfessionellen Komitees gelingt, wirksame Garantien dafür aufzubringen, daß die Flüchtlinge dem Staate nicht zur Last fallen werden.

Töws spricht am 5. November in Rosthern (Sask.) den gerade dort weilenden Dominion-Ministerpräsidenten King. Dieser empfiehlt ihm, sofort nach Montreal zu fahren, um dort mit dem Einwanderungsminister Rücksprache zu

nehmen. Der Minister rät, zunächst mit den Provinzialregierungen zu verhandeln, die für die Zulassung von Einwanderern in die Provinzen zuständig seien.

Am 8. November meldet der deutsche Generalkonsul aus Montreal, daß die kanadische Regierung dem CMBofC. nicht gestatte, irgendwelche Garantien zu übernehmen, da es durch verschiedene Verpflichtungen schon überlastet sei. Dabei war diese Bürgschaft die Grundlage der ganzen Aktion. Später hinterlegt dann die deutsche Regierung in Ottawa 150 000 Dollar als Garantie, allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

Währenddessen sind auch die deutschen Hilfsorganisationen mobilisiert worden. Die „Deutsche Nothilfe“ veröffentlicht einen Aufruf, ebenso der neugegründete Ausschuß „Brüder in Not“. Am 6. Januar 1930 beträgt das Ergebnis der veranstalteten Sammlung RM. 295 887.36; im ganzen sammelt „Brüder in Not“ RM. 896 044.17.

Die Verhandlungen des Herrn Töws bleiben ohne Erfolg. Er erreicht lediglich, daß die CPR. ihre ganze Quote von 200 Familien auf die russlanddeutschen Flüchtlinge verlegt. Aber das ist kaum ein Sechstel der ganzen Gruppe.

Die durch die Weigerung der kanadischen Regierung, die deutschen Flüchtlinge aufzunehmen, entstandene Lage stellt die Weimarer Regierung vor eine Entscheidung. Sie muß sich nunmehr darüber schlüssig werden, ob sie die rund 14 000 Flüchtlinge trotzdem aufnehmen will oder nicht.

Am 14. November findet in Berlin im Beisein einiger Minister eine Beratung mit den Parteiführern des Reichstages statt, der am 18. eine Kabinett-sitzung folgt. Auf dieser Sitzung wird beschlossen, 6 Millionen RM. für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung zu stellen..

Währenddessen aber haben die Bolschewiken ihre Drohung wahrgemacht und haben am 17. November mit dem zwangsweisen Rücktransport der Kolonisten begonnen. Am 22. nimmt Moskau die Ausreiseerlaubnis offiziell zurück, vorbehaltlich der Entscheidung des Rates der Volkskommissare, der am 25. zusammentreten soll. Die deutsche Regierung läßt durch ihren Geschäftsträger in Moskau, von T w a r d o w s k y, gegen die Zurücknahme der Ausreiseerlaubnis Protest einlegen. Der am 23. November aus Deutschland in Moskau eingetroffene Botschafter von D i r k s e n hat den Auftrag, auf Grund der früheren von Moskau gegebenen Zusage bei der Sowjetregierung vorstellig zu werden. Deutschland hat sich nun endlich doch entschlossen, die Flüchtlinge aufzunehmen.

Mit brennender Ungeduld sehen die Flüchtlinge dem Ergebnis der Verhandlungen, von denen nur spärliche Nachrichten zu ihnen durchsickern, entgegen. Bis Ende Oktober ist es ihnen ohne Schwierigkeiten möglich, mit der Deutschen Botschaft in Verbindung zu bleiben. Sofort nach der Abreise des Swinemünder Transportes scheinen die Sowjetbehörden den Beschluß gefaßt zu haben, weitere Gruppen nicht ausreisen zu lassen. Der Zugang zur Botschaft wird von der GPU. überwacht, und alle Kolonisten, die sich vor dem Botschaftsgebäude blicken lassen, werden verhaftet.

Zum Unglück beginnt der Zustrom der deutschen Bauern infolge der Abreise der ersten beiden Gruppen ungeheuer anzuschwellen. Gerade in der Zeit vom 5. bis 15. November treffen die meisten Kolonisten in der Hauptstadt ein. An manchen Tagen sind es siebzig und mehr Familien! Am 16. November, dem Tage vor dem Beginn des Rücktransportes, leben in den Vororten 12 439 deutsche Flüchtlinge! Zieht man in Betracht, daß der Zuzug um den 15. November abzunehmen beginnt und zählen wir die 323 Personen der Kieler und 291 der Swinemünder Gruppen hinzu, so ergibt sich die Gesamtzahl von mindestens 14 000 Köpfen.

Vor Beginn des gewaltsamen Rücktransportes haben die Bolschewiken versucht, die Kolonisten in Güte zu überreden, in ihre Ansiedlungen zurückzukehren. Aber trotzdem sie ihre besten deutschsprechenden Redner einsetzen und auch die in Moskau studierende kolonistische Jugend zuziehen, predigen sie tauben Ohren. Die Kolonisten sind in den verflossenen zwölf Jahren so oft betrogen worden, daß sie der G.P.U. kein einziges Wort mehr glauben. Sie wissen längst, daß eine kommunistische Beteuerung gar keinen Wert hat.

Als die Zwecklosigkeit der Bemühungen, eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge zu erreichen, offenbar ist, verlegen sich die Kommunisten auf die Suche nach den Führern. Aber auch hier greifen sie ins Leere, denn nirgends ist auch nur die Spur irgend einer Organisation oder einer Gesamtleitung zu erkennen. Die G.P.U. steht vor einem Rätsel. Ganz unfassbar ist es ihr, daß sie es hier tatsächlich mit einer führerlosen Massenflucht zu tun haben soll.

Etwa am 6. November kehrt Stalin aus seinem Urlaub zurück. Man erstattet ihm Bericht über die Vorgänge zwischen Perlowka und Puschkino. Sofort beginnt die G.P.U. zu arbeiten und zu ihrem ersten Schlage auszuholen. In der Nacht vom 13. auf den 14. November verhaftet sie in Perlowka, Dschamgarowka und Tajninka mehrere hundert Familienväter. In der Nacht vom 15. auf den 16. werden die Verhaftungen auch in Kjasma und Umgebung vorgenommen. Viele der Verhafteten werden gleich an Ort und Stelle verhört, während andere in die berüchtigten Gefängnisse Lubjanka, Buterka und Taganka verbracht werden. Nun hören die Verhaftungen bis zum 25. November nicht mehr auf. Viele der nach dem 10. November eintreffenden Kolonistenfamilien werden gleich am Bahnhof verhaftet und in die Gefängnisse gefahren. Andere werden sofort wieder in den Zug gesetzt und auf den Weg gebracht in ihre Ansiedlungen. Nur ganz wenige der Verhafteten kehren zu ihren Familien zurück; die meisten werden vom Gefängnis an die Bahn gefahren, in Güterwagen verladen und abtransportiert in ihre Dörfer. Nur wer sich durch Unterschrift verpflichtet, in drei Tagen freiwillig in sein Heimatdorf zurückzukehren, wird auf freien Fuß gesetzt.

Die Kolonisten leben wie im Fieber. Manche können nicht mehr schlafen, sie packen abends ihre Habseligkeiten und sitzen die Nacht hindurch wach und warten auf die G.P.U. Viele verlassen für die Nacht auch ihre Wohnungen und halten

sich in den nahen Wäldern oder Gartenanlagen auf. Andere sitzen bis um Mitternacht im Kino und ziehen erst dann hinaus in die Nacht. Einige Kolonisten fahren die Nacht hindurch auf der Ringbahn immer um die Stadt herum, um während der vielen nächtlichen Hausfuchungen nicht zu Hause zu sein.

Am Sonntag, dem 17. November, beginnt, wie gesagt wurde, der *z w a n g s - w e i s e R ü c k t r a n s p o r t*. Mehrere Züge mit etwa 2000 Personen stehen am Morgen des 18. abfahrtsbereit. Vielfach werden zunächst die Familienväter verhaftet und in die bereitgestellten Eisenbahnwagen verladen. Den Familien wird darauffhin mitgeteilt, daß ihre Väter sich bereits freiwillig am Bahnhof eingefunden hätten und daß auch sie sofort an die Bahn gefahren werden müßten.

Zuerst werden die Moskau zunächstliegenden Vororte Perlowka, Dschamgarowka, Malo Metischtschi und Tarasowka ausgeräumt. Manche der Familien, die sich weigern, die Wagen freiwillig zu besteigen, werden von der GPU. getäuscht. Sie würden auf den Weg gebracht nach Deutschland, sagt man ihnen. Denn niemand von den Kolonisten weiß, was eigentlich vor sich geht. Der Rücktransport dauert mit kleinen Unterbrechungen an bis zum 25. November. An dem Tage werden morgens früh aus Mamontowka die letzten Familien zurückgeschickt. Es ist der Tag der Rückkehr des deutschen Botschafters nach Moskau.

Furchtbar ist die Heimreise dieser rund 8000 Zurückgeschickten. Zu den seelischen Qualen kommen noch die Strapazen der Reise. Die Kolonisten werden in Güterzüge verladen, und zwar immer 40—60 Personen in einen Wagen. Eng zusammengepfercht sitzen sie in den ungeheizten Wagen. Diese sind geschlossen, und es bleibt der Laune der Begleitmannschaften überlassen, ob sie irgendwann einmal geöffnet werden. Niemand kümmert sich auch um die Verpflegung der Flüchtlinge; wer kein Brot hat, muß hungern, sofern ihm seine Reisegefährten nicht etwas abgeben. Unerträglich quält besonders auch der Durst. Bitten sie die Wache, ihnen wenigstens etwas Schnee hereinzureichen, so bekommen sie meistens zur Antwort: „Krepiert doch, ihr ... Kulaken!“

Draußen an den Türen aber ist in großen Buchstaben zu lesen: „Freiwillige Übersiedler!“

Interwegs beginnen Kinder zu sterben. Viele sind schon in Moskau an den Masern erkrankt. Auf einer Station werden aus einem Sibiriengzug 35 Kinderleichen ausgeladen und auf dem Bahnsteig aufgeschichtet.

Das Los dieser „Heimkehrer“ ist grauenhaft. Sie sind für alle Zeiten gezeichnet. Sie wissen, daß sie die GPU. niemals mehr aus den Augen lassen wird; und früher oder später muß sich ihr Schicksal in den Wäldern des Nordens erfüllen.

Die tragische Wendung der Dinge bei Moskau wirkt sich auch auf die in den Ansiedlungen Zurückgebliebenen aus. Wer dort auch nur von Auswanderern oder von den Moskauer Flüchtlingen spricht, wird verhaftet. Alle Rundschafter, die früher in Moskau waren, werden herausgesucht und ins Gefängnis geworfen.

Ein erneutes großes Flüchten der Kolonisten setzt ein. Schutzlos sind die Deutschen der Rache der jüdischen Kommissare preisgegeben.

In einem Brief vom 2. Februar 1930 heißt es:

„Krim, den 2. Februar 1930. Verloren! Verloren! Verloren sind wir in Rußland! O Gott, warum so grausam in unserem Lande die Ungerechtigkeit!

Liebe Geschwister, wir verzagen hier fast. Es ist zu schlimm! Man treibt hier einen nach dem anderen ohne ein Stück Brot oder eine Decke auf die Straße. Fast ein jeder, der bis dahin Stimmrecht hatte, verliert es. Es ist unglaublich! Denkt doch an uns Zurückgebliebene und achtet auf unsere Bitten.

Solche, die im Herbst nicht an Auswandern dachten, die sechzen jetzt darnach fortzukommen, einerlei wohin, wenn nur ein Meter über die Grenze. Alle: Russen, Armenier, Kirgisen und Tataren, alle wollen fort! Es sind keine drei Prozent der Bevölkerung, die nicht hinaus möchten. Hier sind Fälle vorgekommen, daß die Miliz die Bauern halb satt vom Tisch auf die Straße jagt und keine Minute Frist gibt. Wer stimmlos ist, wird auf die Straße getrieben, täglich werden mehr Stimmlose gemacht. Mit einem Wort: hier wütet der Teufel mit voller Kraft . . .“

Am 23. November hat der Vertreter der Deutschen Botschaft dem Außenkommissariat mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, alle Flüchtlinge aufzunehmen. Trotzdem aber dauern die Rücktransporte an. Endlich, am 25. November, wird das undurchdringliche Dunkel von einem Lichtstrahl erhellt. Schon einige Tage vorher ist von irgendwoher die Nachricht durchgesickert, daß die Erlaubnis zur Auswanderung doch noch gegeben werden. Auf den 25. ist auch eine Sitzung des Rates der Volkskommissare angesetzt; auf diese setzen die Kolonisten ihre Hoffnung. Aber schon am 24. spät abends kommt die ersehnte Nachricht. GPK-Männer gehen in den Vororten von Haus zu Haus und teilen den Kolonisten mit, daß sie nunmehr ins Ausland reisen dürften. Der gequälten Menschen bemächtigt sich eine unbändige Freude. Niemand denkt mehr an Schlafen. Manche kleiden sich an und gehen hinüber zu den Nachbarn, um sich zu vergewissern, ob die Nachricht auch wahr sei. Am anderen Morgen, dem 25., einem Montag, schallt's auf allen Gassen und ruft es in jedes Haus: „Wir dürfen fahren! Nü zeit et!“ Der Leiter der Administrativen Abteilung nutzt den Umstand, daß er offenbar schon einige Tage vor dem 25. von der vorliegenden Ausreiseerlaubnis unterrichtet ist, aus zu einer Erpressung. Er verlangt von den Flüchtlingen 50 000 Rubel (100 000 RM.) „für die Erlaubnis zur Ausreise“. Trotz größter Anstrengungen ist es den Kolonisten nicht möglich, die Summe zusammenzubringen. Aber der Russe läßt mit sich handeln. Er will sich auch mit 19 000 Rubel zufriedengeben. Die Kolonisten sammeln darauf ein zweitesmal, und um 10 Uhr abends des festgesetzten Tages ist die Summe beisammen. Unter Beobachtung größter Vorsicht wird das Geld auf Umwegen in die Stadt gebracht. Der Leiter der Administrativen Abteilung teilt das Geld,

wie er den Mittelsmännern erklärt, mit zweien seiner Mitarbeiter. Als sich die kolonistischen Unterhändler von ihm verabschieden, meint er zynisch: „Wir mußten natürlich eine so hohe Summe fordern, da Ihre Leute sonst überhaupt nichts hergegeben hätten . . .“

Die Sprecher der Gruppen haben nunmehr alle Hände voll zu tun. Fragebogen müssen ausgefüllt, Paßgelder eingesammelt und die Rote-Kreuz-Steuer muß eingezogen werden. Wer kein Geld mehr hat, bekommt welches von Bekannten oder aus einer gemeinsamen Kasse vorgestreckt.

Von kaum vorstellbarer Spannung sind die Augenblicke, wenn von der GPK am Bahnhof die Liste der Abreisenden, für die die Pässe bewilligt worden sind, verlesen wird. Wie ein Keulenschlag trifft dann irgend einen „politisch Unzuverlässigen“ die Eröffnung: „Ihr Paß ist nicht dabei!“

Sofort nach der Abreise der letzten, der neunten Gruppe, am 9. Dezember, beginnt die GPK mit dem Rücktransport der Abrißgebliebenen. Die Flüchtlinge werden angewiesen, die Hauptstadt in drei Tagen zu verlassen; wer den Aufforderungen nicht nachkommt, soll zwangsweise zurückgeschickt werden in sein Heimatdorf.

In dreißigstündiger Fahrt von Moskau ist die russische Grenzstation Sebestj erreicht. Ihr gegenüber liegt das lettische Zilupes. Schon lange vor der Grenze beginnt die Kontrolle durch die GPK. Und die GPK versteht ihr Handwerk. Nichts bleibt ihr verborgen. Sie zerbricht Brot und Kuchen in kleine Stücke, zerschneidet die Seife, läßt hier die Betten abziehen und dort Fett und Butter aus den Büchsen kragen, um versteckte Wertgegenstände zu finden. Besonders erpicht ist sie auf Notiz- und Tagebücher und Devisen. Alles Geld muß abgeliefert werden. Kurz vor der Grenze, es ist dunkle Nacht, wird das Licht ausgelöscht. Die Türen sind abgeschlossen. Auf den Treppen der Wagen stehen Milizmänner mit aufgepflanztem Seitengewehr. Kurz vor dem „Roten Tor“ hält der Zug; Hinausschauen ist streng untersagt. Schneckenlangsam schleicht der Zug über die Grenze. Es sind für die Flüchtlinge Augenblicke höchster Spannung. Endlich ist das „Rote Tor“ erreicht. Die Russen springen von den Trittbrettern ab, und lettische Beamte besteigen den Zug. Jemand von den Kolonisten stimmt den Choral an: „Nun danket alle Gott!“ Rasch pflanzt sich der Gesang durch alle Wagen fort.

Lettische Grenzbeamte gehen durch den Zug.

„Guten Abend, meine Herrschaften!“

Wie das klingt: „Meine Herrschaften!“, nicht mehr „Towarischtschi“ (Genossen) oder „prikljateje Kulaki“ (verfluchte Kulaken).

Die Fahrt geht über Riga und Rauen nach Eydtkuhnen. Endlich nähern sie sich der Grenze ihres Mutterlandes. Es ist kurz nach Mitternacht, als sie die deutsche Grenze passieren. Vielleicht sind auch ihre Vorfahren vor 150 Jahren gerade an dieser Stelle über die Grenze ostwärts gewandert. Arm wie jene

seinerzeit nach Rußland hinausgingen, kehren die Urenkel wieder in die Heimat ihres Herzens zurück.

Gleich am nächsten Tage geht die Reise weiter über Marienburg nach **S a m m e r s t e i n**. Diese erste Fahrt durch Deutschland wird für alle die Heimkehrer ein unvergeßliches Erlebnis.

Kurz vor Weihnachten bricht unter den kleinen Kindern im Lager Hammerstein eine Masernepidemie aus, der über 150 Kinder zum Opfer fallen. Infolge der Entbehrungen der letzten Jahre waren die Flüchtlinge körperlich stark heruntergekommen. Der Nervenverschleiß durch die aufreibenden Erlebnisse des letzten Jahrzehnts war ungeheuerlich gewesen. Auch die seelischen Aufregungen, Strapazen und Entbehrungen, die sie während der Reise in Rußland und bei ihrem Aufenthalt vor Moskau ertragen mußten, hatten den Kräftezustand sowohl bei den Erwachsenen, als auch bei den Kindern stark herabgemindert. Vor allem hatte die schlechte, unzureichende, oft genug nur vom bloßen Zufall abhängige Ernährung vor Moskau zur Schädigung der Gesundheit beigetragen. Die Kost bestand dort oft nur aus minderwertigem Brot, Kaffee und Tee; Milch und Butter, frisches Obst und Gemüse konnten sich die Flüchtlinge fast nie beschaffen. Selbstverständlich mußte diese allgemeine Verfassung bei den Kindern bis zu zehn Jahren in besonders schweren Formen in Erscheinung treten. In der Tat sahen Kinder von anderthalb Jahren oft aus wie Säuglinge, Kinder von drei Jahren wie Zweijährige. Eine Ausnahme machten nur die aus Rußland mitgebrachten und die im Lager geborenen Säuglinge, weil sie von den Müttern gestillt wurden. Im allgemeinen sind es denn auch die Kinder zwischen zwei bis sechs Jahren, die der Krankheit erliegen. An manchen der schwersten Tage sterben sechs bis zehn Kinder, und fast jeden Tag finden unter großer Beteiligung die Beerdigungen statt. Die halbwüchsigen Kinder und die Erwachsenen bleiben von der Krankheit verschont. Trotz großer Anstrengungen kann die Epidemie erst in einigen Monaten zum Erlöschen gebracht werden.

In aller Eile ist in der ehemaligen Unteroffizierschule in **M ö l l n** ein Sammellager eingerichtet worden, wohin bis zum 20. März 1930 alle Flüchtlinge aus Hammerstein und Prenzlau, es sind Mitte Januar zusammen 5671 Personen, verbracht werden.

Da sie in Deutschland nicht bleiben dürfen, ist das Ziel der meisten dieser Kolonisten **K a n a d a**. Als jenes Land ihnen seine Tore aber verschließt, muß ihre Unterbringung nach Südamerika erwogen werden. Als Zielland kommt dort außer Brasilien noch Paraguay in Betracht. Dieses Land ist bereit, Rußlanddeutsche in beliebig großer Zahl aufzunehmen, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand. Im menschenleeren Westparaguay, im Chaco, siedeln seit 1926/27 rund 1800 Deutsche aus Kanada, deren Großväter 1874 aus Südrußland nach Nordamerika übergesiedelt waren. In den Chaco wird auch ein Teil der rußlanddeutschen Flüchtlinge verbracht, während sie sich in Brasilien in den Staaten Santa Catharina und Rio Grande do Sul ansiedeln. Die

Aus der Heimat russland- deutscher Siedler

Steppenlandschaft
in der Krim



Leipzig in Bessarabien



Siedlung
am Schwarzen Meer



Saubere Straßen und große
Häuser — das Kennzeichen
des deutschen Kolonisten-
dorfes

Rußlanddeutsche Bauernhöfe

Siedlung Darmstadt
in Südrußland



In der Kolonie
Oranienbaum



Deutscher Bauernhof
in Großliebental



Das älteste Kolonistenhaus
der Kolonien um St. Petersburg.
Es ist das letzte heute
noch in Neu-Saratowka
stehende Haus, das auf Be-
fehl der Kaiserin Katha-
rina II. für die deutschen
Kolonisten erbaut und im
Jahre 1766 vollendet wurde



Deutsche Leistung im alten Rußland



Pflügende Bauern
im Schwarzmeergebiet



Getreidespeicher
an der Wolga. Sie stehen
schon seit Jahren leer und
gehen dem Verfall entgegen



Wolgadeutscher Bauer
vor der Ausfahrt ins Feld



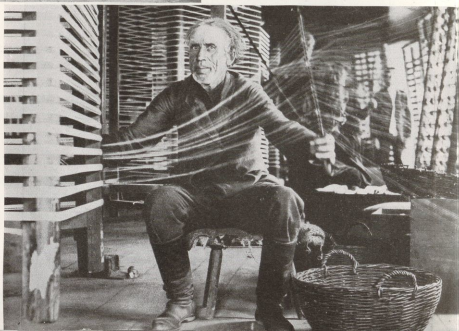
Deutsche Mühle
an der Wolga

Deutsche Bauern
aus dem Wolgagebiet



Kolonistenfamilie
in Alexanderhilf bei Odessa

In der Winterzeit
arbeiten viele Bauern
an der Wolga in der
Serpinkaindustrie



ganze Gruppe verteilt sich mit den 1930—1932 aus Rußland eingetroffenen „Splintern“ auf die einzelnen Länder folgendermaßen:

Brasilien	2529
Paraguay	1572
Kanada	1344
Argentinien	6
Mexiko	4
Vereinigte Staaten	4
Deutschland	458
	<hr/>
	5917

Die führerlose Massenflucht der Rußlanddeutschen nach Moskau ist nur eine Episode, eine einzige Szene in dem furchtbaren Drama, das jene deutsche Gruppe seit über zwanzig Jahren zu leben gezwungen ist. Hunderttausende wertvollster deutscher Menschen wurden erbarmungslos zugrunde gerichtet, nur weil das bolschewistische Kollektiv für diesen deutschen Bauernadel keine Verwendung hat. Ungezählte Tausende fielen nach 1933 dem brennenden Deutschenhaß der bolschewistischen Juden zum Opfer. Trotzdem aber ist das Rußlanddeutschtum nicht tot und nicht verloren. Aus seinem unzerstörbaren Kern wird diese leidgeprüfte Volksgruppe einmal aufblühen zu neuem, freiem Leben, um dann einzumünden in die große deutsche Volksgemeinschaft, an deren Entstehen sie heute noch keinen Anteil nehmen darf.

Die Rußlanddeutschen in den Vereinigten Staaten

Die Siedlungen der Rußlanddeutschen in den Vereinigten Staaten erstrecken sich hauptsächlich über den Mittelwesten. Die wolgadeutsche Großstadtsiedlung von Chicago, Ill., und einige kleinere in den Staaten, Michigan und Wisconsin ausgenommen, ist die Masse der Rußlanddeutschen zwischen dem Missouriflusse und dem Felsengebirge ansässig. Im Nordwesten über dieses Gebirge dringend, erreichen die Rußlanddeutschen durch ihre Siedlungen in Washington, Oregon und Kalifornien die Küste des Pazifischen Ozeans. Die Schwarzmeerdeutschen siedeln überwiegend in den beiden Dakotastaaten, als deren eigentliche Erschließler sie betrachtet werden dürfen. Die Wolgadeutschen sind zum kleineren Teil in Kansas zu finden. Der größte Teil von ihnen wohnt in den Staaten Nebraska, Colorado, Wyoming, Montana und den genannten drei an der pazifischen Küste. Neben einer Anzahl von Großstadtniederlassungen, wie z. B. Chicago Ill., Lincoln Nebr., Denver Colo., Portland Ore., Fresno Kalif., die von ihnen gegründet wurden, siedeln sie in überwiegender Zahl in den Bewässerungsgebieten der Staaten des Mittelwestens. Die stärksten Niederlassungen der Mennoniten finden wir in Kansas, Nebraska, Minnesota, Oklahoma und Süd-Dakota.

Nur kurz sei hier erwähnt, daß die eigentliche Geschichte der Rußlanddeutschen nicht erst, wie man allgemein annimmt, mit dem Jahre 1872 beginnt, sondern schon erheblich früher, und zwar im 1844 herum, als ein Johannistaler Kolonist, Ludwig Bette, mit einer kleinen Anzahl von Verwandten nach den USA. auswanderte und sich auf der Insel Kelleys Island im Erie-See, in Ohio, niederließ, um dort Weinbau zu betreiben. 1872 besuchte Bette seine Verwandten in Johannistal. Am jene Zeit war in den Kolonien wegen der Aufhebung der Privilegien große Aufregung. Für Bette ergab sich daraus die beste Gelegenheit, für die Auswanderung nach den Staaten zu werben, was er denn auch so gründlich besorgte, daß er bei Nacht und Nebel Johannistal verlassen mußte. Das angezündete Feuer aber begann zu brennen. Die erste Auswandererpartie verließ Rußland noch im gleichen Herbst, um nach Sandusky, Ohio, gegenüber Kelleys Island, zu gehen. Die etwa 25 Personen zählende Gruppe bestand aus Bettés Verwandten aus Johannistal und einigen Familien aus Worms und Rohrbach. Im Frühling 1873 ging diese Schar nach Bankton, Süd-Dakota, und gründete etwa 8 Meilen nördlich dieses Städtchens die erste Siedlung: „Dessa“. Damit war der Anfang von einer Einwanderung gemacht, die dem deutschen Bauerntum in Rußland ungeheure Verluste gebracht hat. Die Statistiken der amerikanischen Bundesregierung lassen erkennen, daß 10 % der rußlanddeutschen Bauern in den Jahren von 1872 bis 1914 nach den Vereinigten Staaten eingewandert sind. Erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges kam diese Bewegung zum Abschluß.

Die allgemeine Lage der Rußlanddeutschen ist heute in den Vereinigten Staaten nicht gerade sehr verheißungsvoll. In den Dakotas folgte in den letzten fünf bis sechs Jahren eine Missernte der andern. Die Farmer haben hier ihren wirtschaftlichen Tiefstand erreicht. Nicht unwesentlich trug dazu die finanzielle Überbürdung durch Anschaffung von Maschinen und Transportmitteln bei. Die Farmen sind wohl nur noch zur Hälfte in den Händen ihrer Eigentümer. Die andere Hälfte ist praktisch durch Hypotheken in den Besitz finanzieller Unternehmungen übergegangen. Wenn es dem Eigentümer gelingt, sich wenigstens nominell im Besitze der Farm zu behaupten, so tut er gut. In vielen Fällen

gelingt das nicht und dann beginnt die Suche nach einer Pachtfarm. Auf jede zu verpachtende Farm sind immer Dutzende von Bewerbern vorhanden. So gering das Einkommen auch sein mag, so ist doch die Not so groß, daß man sich mit dem bescheidensten Einkommen begnügt.

Besser sind die Verhältnisse in den Rübenbaugegenden. Zwar bezahlen die Zuckergesellschaften, unter denen die Great Western und Holly Sugar Co. die größten sind, lange nicht mehr die Preise wie vor Jahren, aber dennoch erhält der Farmer auch jetzt noch etwa 4,50 bis 5 Dollar pro Tonne Rüben. Damit sichert er sich immer noch ein gutes Auskommen. Weil er aber dank der Bewässerung Jahr für Jahr mit einer sicheren Ernte rechnen kann, so ist die Lage des wolgadeutschen Rübenbauers bei weitem besser als die des schwarzmeer-deutschen Weizenfarmers.

Die wolgadeutschen Stadtsiedlungen erwerben ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Rüben- und Industriearbeit. Die Rübenarbeit wird pro Acker mit etwa 15 bis 17 Dollar bezahlt. Der Fabrikarbeiter ist unterbezahlt und so müssen Frau und Kind kräftig herhalten und mitverdienen.

Von allen in den Vereinigten Staaten wohnenden deutschen Gruppen ist die rußlanddeutsche diejenige, die noch am wenigsten unter dem Anglisierungsprozeß gelitten hat. Der Rußlanddeutsche hat auch in Amerika ein stark ausgeprägtes Deutschtumsbewußtsein. Als während des Weltkrieges in einigen Staaten der Gebrauch der deutschen Sprache beim Gottesdienst verboten wurde, zogen es die Rußlanddeutschen vor, die Gottesdienste lieber einzustellen, als sie in einer fremden Sprache zu halten. Aus geschichtlichen Gründen ist der Rußlanddeutsche gewohnt, die Kirche als Schützerin seiner Kulturgüter zu betrachten. Diese Auffassung hat er behalten. Indessen tritt nun auch immer schärfer das Problem heran, welches über die Gemeinden der Deutschen aus dem Reiche namenloses Leid und Nachteile gebracht hat — die Sprachenfrage. Noch vor zehn, fünfzehn Jahren war die Lage eine ganz andere. Im Laufe derselben aber hat sie sich ganz zu Ungunsten des Deutschturns entwickelt.

Zunächst ist es die amerikanische Volksschule, die dem Deutschturn langsam, aber stetig Abbruch tut. In den USA. gibt es, so sagt man uns, kein Nationalitätenproblem. Jeder Bürger ist für den Staat kurzweg ein „Amerikaner“. Darunter wird ein dem angelsächsischen Kulturkreise angehörender Mensch verstanden, und basta. Demnach ist die Volksschule diejenige Anstalt, die den in Amerika geborenen Kindern aller Nationalitäten nicht allein das Wissen, sondern auch die angelsächsische Kultur und Lebensauffassung zu vermitteln hat. Beim deutschen Kinde kommt also hier nur die Entdeutschung in Frage. Sie wird ziel- und planmäßig betrieben. In keiner Schule wird heute deutsch gelehrt — das heißt in keiner staatlichen Volksschule. In den älteren rußlanddeutschen Siedlungen ist diese Arbeit schon so stark fühlbar, daß das Deutschturn dort bereits abzusterben beginnt. In den jüngeren Siedlungen dagegen liegen die Verhältnisse noch besser.

Die Gefahr droht dem Deutschturn indessen nicht allein von dieser Seite, sondern gerade von dort her, wo er es am wenigsten erwarten müßte — von seiner Kirche. Das ist zwar sehr traurig, aber leider wahr. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die Kirche an sich in den Vereinigten Staaten nicht zugleich auch Deutschturnsträger sein will. Vor dem Kriege war es darin allerdings besser. Nach demselben aber beginnt sie jämmerlich zu versagen. Die Rußlanddeutschen gehören nicht nur ursprünglich deutschen Kirchen, oder wie

man hier sagt, Denominationen, an, sondern auch sogenannten deutschen Zweigen rein englischer Kirchen. Folgende ursprünglich deutsche Kirchen arbeiten unter den Rußlanddeutschen, um nur die bedeutendsten zu nennen: Amerikanische Lutherische Kirche, Evangelische und Reformierte Kirche, Missourisynode, Wisconsinynode, Albrechtsgemeinschaft, Nebraska synode. Von den englischen Kirchen haben folgende unter den Rußlanddeutschen Eingang gefunden: Kongregationalisten, Baptisten, Methodisten, Adventisten und einige andere mehr. Die rußlanddeutschen Mennoniten stehen darin bei weitem besser, weil sie im Zentralkomitee zusammengefaßt sind. Aus obigem ist ersichtlich, daß die kirchliche Zerrissenheit unter den Deutschen aus Rußland erschreckend groß ist. Es kommt vor, daß in einer Siedlung z. B. bis zu einem halben Duzend verschiedener rußlanddeutscher Gemeinden bestehen, die zu verschiedenen Denominationen gehören und sich gegenseitig befehden. Ist schon diese Zersplitterung an sich ein großer Nachteil, so besteht die noch größere Gefahr darin, daß alle Denominationen den festen und entschlossenen Willen haben, ihre Pfarrkinder liebevoll zu entvolken und dem Angelsächsentum in die Arme zu führen.

Zur Erreichung dieses Zieles schlägt jede Denomination ihren eigenen Weg ein. Die einen gehen rigoros, die andern milder vor. Der Fortschritt einer Gemeinde wird jedenfalls nach der Zahl der monatlich dort eingeführten englischen Gottesdienste beurteilt. Junge Pastoren werden angestellt, die deutsche Gemeindefschulen bewußt vernachlässigt, in den Jugendgottesdiensten — Sonntagschulen — englische Klassen ohne zwingende Notwendigkeit eingerichtet, englische Singbücher kostenlos eingeführt usw. In den methodistischen und albrechtsbrüderischen Gemeinden wurde besonders forsch vorgegangen. Hier findet man selten eine Gemeinde, die nicht alle Jugendgottesdienste in englischer Sprache abhalten würde. Für die Erwachsenen ist aber gewöhnlich nur noch an einem Sonntage im Monat deutscher Gottesdienst.

Die Missourisynode macht es genau so; sie ist nicht weniger forsch in ihrer Anglisierungsarbeit. Andere mögen etwas langsamer fahren, sie steuern aber demselben Ziele zu. Der Anglisierungsprozeß, der sich unter der sogenannten Amerikanisierung verbirgt, wird von den zentralen Behörden der Kirchen aus gefördert und weitgehend unterstützt. Man behauptet, man wolle die Jugend nicht verlieren; der Grund liegt aber wo ganz anders. Jedenfalls läßt sich die protestantische Kirche hier eine große Schuld auf und es muß ihr einmal schwer fallen, gegen den Stachel zu löcken. Die Katholiken ihrerseits betreiben ebenso eine bewußte Entvolkung unserer Stammesgenossen.

Bedeutende, einflußreiche Kulturorganisationen gibt es zur Zeit unter den Deutschen aus Rußland in den Staaten nicht. Es bestehen unter den Wolgadeutschen einige Vereine, die aber nicht einmal lokale Bedeutung gewinnen können. Der Sache wegen seien hier aufgeführt: Der Wolgadeutsche Verein in Chicago Ill., der Vorwärts- und Wohlfahrtsverein in Lincoln Nebr., der Wolgadeutsche Verein in Fresno Calif. Die Schwarzmeerdeutschen haben überhaupt keine Vereine. Alle Kulturtätigkeit beschränkt sich im allgemeinen auf die Gemeinde. — Die Presse kämpft einen schweren Kampf um ihren Bestand. Als bedeutendste und führende Zeitungen der Rußlanddeutschen seien erwähnt: die „Dakota Freie Presse“, Winona, Minn., „Die Welt-Post“, Omaha, Nebr., die wöchentlich erscheinen. In Fresno Calif. erscheint der „California Vorwärts“. Die Blätter der Mennoniten sind: „Der Herold“, Newton, Kansas, und „Vorwärts“, Hillsboro, Kansas. G. Rath, Pastor.

Das Rußlanddeutschtum in Kanada

Die etwa 150 000 Rußlanddeutschen in Kanada, die größtenteils in den drei Prärieprovinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta, dort allerdings in ziemlich großer räumlicher Zersplitterung siedeln, teilen wirtschaftlich und völkspolitisch das Schicksal des kanadischen Gesamtdeutschtums.

Wirtschaftlich leiden der kanadische Westen und mit ihm die rußlanddeutschen Bauern noch immer schwer unter der bereits 1930 einsetzenden Krise. Der Preissturz als Folge des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft und die fast gleichzeitig beginnende lange Reihe schwerer Mißernten (1931 und 1933–1937) haben schon beinahe jede Erinnerung an die „prosperity“ der Kriegs- und Nachkriegsjahre ausgelöscht und die Farmer auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeworfen. In der Halbtrockenzone, wie etwa im sog. Happyland im Südwesten Saskatchewan, wo zahlreiche Rußlanddeutsche, vor allem Katholiken aus dem Schwarzmeergebiet, gesiedelt haben, sind durch die anhaltende Dürre und die dadurch verursachten Staubstürme die Äcker vielleicht endgültig unfruchtbar geworden, so daß die dortigen Siedler schon seit Jahren in die günstigeren Waldsteppen- und Waldgebiete des Nordens abwandern. Auch auf der halbfeuchten Grassteppe, wo die Mehrzahl der Deutschen aus Südrußland und von der Wolga siedeln, werden die Mißernten infolge der Dürre und des jahrzehntelang betriebenen Raubbaus immer häufiger. Vor allem ist man hier wegen des Fehlens ausreichenden Wiesenlandes größtenteils auf den reinen Weizenbau angewiesen; die wirtschaftliche Gefahr der Monokultur aber hat sich jetzt auch für den kanadischen Weizenbauern nur zu deutlich gezeigt. Am besten ist die Lage noch im Waldsteppengebiet (Parkland), der Übergangszone zwischen Prärie und Waldland, wo sich vor allem die Wolhyniendeutschen, aber auch ein großer Teil der aus Südrußland stammenden Mennoniten, angesiedelt haben. Hier ist die Ergänzung des Weizenbaus durch Viehzucht, hier und da auch durch Gemüsebau, möglich. Nur auf der Grundlage gemischter Landwirtschaft aber wird der Siedler drüben auch weiterhin mit Sicherheit auf ein bescheidenes Auskommen rechnen können, wenn auch die Wohlhabenheit der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre nicht wiederkommen wird.

Am organisatorischen Leben des Gesamtdeutschtums, das in erster Linie von Auswanderern aus dem Reich und dem ehemaligen Österreich-Ungarn (Bukowina, Galizien, Banat) getragen wird, beteiligt sich das fast rein ländliche Rußlanddeutschtum bisher noch wenig. Noch ist bei ihnen die Kirchengemeinde beinahe überall die einzige Organisationsform. Überhaupt erschöpft sich das geistige Leben noch fast ganz im Religiösen; die Volksbildung ist gering; alle Kraft scheint bisher im harten Kampf um das materielle Dasein verbraucht zu werden. Der Aufstieg in geistige Berufe (Geistliche, Lehrer) wird bisher nur selten versucht, ist dann aber häufig mit der Aufgabe des angestammten Volkstums verbunden. Dies gilt wenigstens für die katholischen und lutherischen Rußlanddeutschen. Günstiger ist die Lage bei den Mennoniten. Sie verfügen über ein lebendiges Gemeinschaftsleben, einen höheren Stand der Volksbildung, mehrere Wochenzeitungen („Mennonitische Rundschau“ in Winnipeg, „Die Post“ in Steinbach/Man., und „Der Bote“ in Rosthern/Sask.), die Anfänge eines eigenen Schrifttums, besitzen in ihren Bibelschulen ein gut arbeitendes Fortbildungsschulwesen für ihre künftigen Laienprediger, und haben vor allem in den teilweise recht gebildeten Nachkriegseinwanderern eine größere Anzahl

geistiger Führer gefunden, die durch die aufrüttelnde völkische Not der Kriegs- und Nachkriegszeit in Sowjetrußland ein klares deutsches Volksbewußtsein gefunden haben und das kanadische Mennonitentum in seiner Gesamtheit vor der Gefahr der allmählichen Assimilation bewahren möchten, die daher auch am stärksten für organisatorische Zusammenarbeit mit dem übrigen Kanada-Deutschtum eintreten.

Sehr bedenklich ist, daß seit dem Weltkrieg die ganze Jugend die einsprachig-englische Volksschule besuchen muß. Der private deutsche Lese- und Schreibunterricht, den in den rußlanddeutschen Farmbezirken die Geistlichen oder gelegentlich auch ein Kolonist an den schulfreien Sonnabenden und Sonntagen bzw. in den Schulferien abhalten, ist leider kein ausreichendes Gegengewicht. Die größte Gefahr der englischen Schule ist, daß sie in der deutschen Jugend ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt, wenn diese das religiös-gebundene, anspruchslose Kolonistendasein der Eltern mit den ihnen in der Schule nahegebrachten fremden angelsächsischen Kulturwerten vergleichen. Ein solches Minderwertigkeitsgefühl führt gerade bei den sozial aufstrebenden Jugendlichen nur zu leicht zur Aufgabe des angestammten Volkstums, zumal auch die ältere Generation, mit Ausnahme der Nachkriegseinwanderer aus Sowjetrußland, diesen Lockungen der höher erscheinenden angelsächsischen Kultur ja leider kein wirklich lebendiges kämpferisches Deutschbewußtsein entgegenzusetzen hat. Wohl fehlt es bei den älteren Rußlanddeutschen wegen ihres tief eingewurzelten Abscheus gegen Judentum und Bolschewismus nirgends an ehrlicher Bewunderung für das Dritte Reich und für die Leistungen unseres Führers. Trotzdem ist schwer zu sagen, wie weit die Rußlanddeutschen von den auch im Kanada-Deutschtum seit 1933 sich regenden neuen Kräften des Volkstums tatsächlich auf die Dauer zu erfassen sind. Auch weiterhin besteht m. E. die Gefahr, daß die sozial aufstrebende Jugend assimiliert wird, die rußlanddeutsche Volksgruppe rein bäuerlich bleibt und eben wegen ihrer Führerlosigkeit und kulturellen Enge schon in der nächsten oder übernächsten Generation auch auf dem Lande sein Volkstum verliert.

Bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die besonders die Nachkriegseinwanderer um die Hoffnung betrogen haben, jemals in Kanada eine gesicherte Existenz auf eigener Scholle zu gewinnen, bei den trüben volkspolitischen Aussichten und bei der neuerdings wieder stark zunehmenden Mißstimmung der anglo-kanadischen Öffentlichkeit gegen alles Deutsche, ist es kein Wunder, daß ebenso wie zahlreiche andere Kanadadeutsche, auch viele Rußlanddeutsche, besonders natürlich die Nachkriegseinwanderer, sich mit dem Gedanken der Rückwanderung tragen und den Augenblick herbeisehnen, wo sie in Europa unter dem Schutz des Reiches oder auch, nach ihrer etwaigen Rückgabe, in den deutschen Kolonien noch einmal einen neuen glücklicheren Anfang machen können.

Heinz Lehmann.

16 Jahre rußlanddeutscher Mennonitentolonisation in Mexiko

Schon an anderer Stelle wurde darauf hingewiesen, daß die Mennoniten, für die Mexiko Siedlungsland geworden ist, Rußlanddeutsche im weiteren Sinne des Wortes seien. Das heißt, sie sind nicht auf direktem Wege und als Flüchtlinge aus Sowjetrußland hier eingetroffen, sondern auf dem Umwege über Kanada, wo sie ihre Wanderung für über ein Menschenalter unterbrachen, um dann, beginnend mit dem Jahre 1922, nach Mexiko zu ziehen. Hier haben sie ihre Hauptfiedlung bei Cuauhémoc, im Staate Chihuahua gegründet, und eine zweite, bedeutend kleinere, bei Patos in Durango. Die Regierung gewährte ihnen die Sonderkonzessionen, die sie in strengem Festhalten an ihre Überlieferung zur Grundbedingung ihrer Einwanderung erhoben, und die, kurz gefaßt, lauten: Völlige Befreiung von jedem Militärdienst, Befreiung von der Pflicht des Schwures, ungehinderte Ausübung ihrer Religion und Errichtung ihrer eigenen Kirchen, Beibehaltung ihrer eigenen deutschen Schulen und Lehrer, sowie eine Art innerer Selbstverwaltung für wirtschaftliche Zwecke.

Es sind die sogenannten Altkolonier, die es gewagt haben, in diesem neuen und noch so unerschlossenen Gastlande südlich des Rio Grande ihre erprobte Pionierarbeit von neuem anzusetzen. Nicht eben mit Anrecht hat man die Entwicklung dieser Siedlung in allen denjenigen Kreisen mit einiger Besorgnis verfolgt, die an dem Wohlergehen dieses deutschstämmigen Siedlervölkchens Anteil nehmen, denn Mexiko ist und bleibt nun einmal die große Unbekannte in jeder Rechnung, die von Europäern aufgestellt werden kann! Tatsache ist, daß seit 50 Jahren kein einziges der zahlreichen Kolonisationsunternehmungen in diesem Lande Erfolg gehabt hat, wenn wir von der Siedlung der amerikanischen Mormonen absehen wollen, die weiter nördlich im Staate Chihuahua eine anfänglich erfolgreiche Kolonie gründen konnten. Aber die große Revolution von 1910 bis 1920 hat nur noch zerbrochene Reste davon übrig gelassen. Immerhin, seit 1920 können die Verhältnisse, zum mindesten im Norden des Landes, trotz verschiedentlich Revolutionen mehr oder weniger lokalen Charakters und trotz der Durchführung aller möglichen Agrar- und Sozialreformen als annähernd geordnet bezeichnet werden, und ich glaube nicht, daß der Sache durch zu große Schwarzseherei gedient wird, wie dies zum Teil in mennonitischen Kreisen selbst der Fall ist. Gewiß, man darf die Gefahren für das Unternehmen in Mexiko nicht verkennen und sollte sich beizeiten vorbereiten auf Überraschungen und irgendeine grundlegende Änderung, die eines Tages kommen kann. Deswegen soll auch in diesem Bericht nicht von der Zukunft gesprochen werden, sondern von der Gegenwart, und die ergibt im ganzen keineswegs ein so unerfreuliches Bild.

Die Möglichkeit der Landenteignung und Entziehung der Schulkonzession sind die beiden Hauptpunkte, die im Zuge der sozialen Umformungen in der mexikanischen Republik als Schreckgespenste über der Kolonie geschwebt haben bzw. für die Zukunft befürchtet werden. Doch kann wohl ruhig angenommen werden, daß die mexikanische Regierung gar nicht daran denkt, die Mennoniten etwa ihrer Ländereien zu enteignen, womit sie ja ihrer Lebensmöglichkeit beraubt würden, oder sie auch nur zu belästigen. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß die Altkolonier in den letzten zwei Jahren viel weniger Schwierig-

keiten gehabt haben als je zuvor, so daß sogar verschiedene Rückwanderer, die während vergangener Krisen nach Kanada abgewandert waren, jetzt wieder zurückkehren. Während der letzten sehr ernsten Krise vor zwei Jahren sah es in der Tat nicht allzu rosig aus um den Bestand der Kolonie, und als es so schien, als ob man die Konzession der eigenen deutschen Schulen verlieren würde, da wurde schon allenthalben von Abwanderung gesprochen. Durch stetiges Bohren unfreundlicher Elemente war die Stimmung unter den Mexikanern zum Teil recht ungünstig beeinflusst worden. Man gefiel sich darin, die Mennoniten wegen ihrer Sonderrechte anzuseinden; denn diese behielten ihre Kirchen und Prediger und ihre eigenen Schulen, während die Landeskinder sich den Regierungsbestimmungen über Kirchenverbote, Schließung und „Sozialisierung“ von Privatschulen und Priesterverbannung zu fügen hatten. Man schloß also die Mennoniten als privilegierte Ausländer mit ein in die allgemeine Antiausländerbewegung, die nun einmal in dem auf der einen Seite nationalistisch ausgerichteten, auf der andern aber marxistisch inspirierten und geleiteten Mexiko besteht. Aber die Schulfrage wurde erfreulicherweise durchaus zufriedenstellend gelöst, und darüber hinaus hat man heute jedenfalls im allgemeinen eingesehen, daß der mennonitische Altkolonier doch auf keinen Fall nach Mexiko gekommen ist, um dieses Land etwa als Großkapitalist auszufaugen oder die Landesbewohner auch nur in der leisesten Weise auszubeuten, sondern vielmehr, um ihnen zu helfen! Um ihre endlosen brachliegenden Ländereien der Kultur zu erschließen, um ihnen mit gutem Beispiel als Lehrmeister in der Landwirtschaft voranzugehen, und um ihren vollen Teil beizutragen für die wirtschaftliche Besserentwicklung ihrer neuen Umgebung. Alles dies haben verständige Mexikaner auch ohne weiteres eingesehen und scheuen sich schließlich auch nicht, es öffentlich auszusprechen. Vielleicht sieht man am besten, wie es um die Kolonie steht, was von ihrem Verhältnis zu Volk und Regierung zu sagen ist, wenn ich einen Mexikaner selbst zu Worte kommen lasse. Es darf uns alle, und damit ist gemeint das ganze Deutschland Mexikos, mit Genugtuung, ja mit berechtigtem Stolz erfüllen, was vor einigen Monaten der Leiter der Klassen für Nationalökonomie am wissenschaftlichen Institut von Chihuahua, Herr R. Ornelas R., in der größten Tageszeitung des Staates Chihuahua veröffentlichte. Dieser an wichtiger Stelle stehende Mexikaner schreibt unter anderem:

„... Heute müssen wir, soweit uns das möglich ist, die Verdienste der mennonitischen Siedler als Bürger des Staates Chihuahua voll und ganz würdigen. Diese Kolonisten, angesiedelt in der Gegend von Cuauhtémoc, haben mit ihren mannigfachen Tugenden als unermüdlige Arbeiter und Kenner der Landwirtschaft und der Viehzucht in wenigen Jahren das einstmals wüste und verlassene Land in eine reiche Landwirtschaftszone verwandelt, die von großer Wichtigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung von Chihuahua, und damit Mexiko, geworden ist. Die Mennoniten haben folgende Dinge in die Praxis umgesetzt:

1. Sie haben bei einer ursprünglich nicht übermäßig starken Kapitalsanlage erreicht, eine erfolgreiche Siedlung zu schaffen, und zwar trotz unbewässerbaren Landes und klimatischer Schwierigkeiten, trotz anfangs rückständiger Verkehrsmöglichkeiten und Absatzschwierigkeiten, und ohne irgendwelche geschäftliche oder gar politische Probleme geschaffen zu haben.

2. Ihr Fleiß hat uns in der besten aller Schulen, also in der Praxis, gelehrt, welche landwirtschaftlichen Produkte in dieser noch weithin unerschlossenen Gegend unseres Staates erfolgreich gezogen werden können. Heute schon sind ihre Beiträge der Stolz unserer landwirtschaftlichen Ausstellungen.

3. Sie haben ausgezeichnetes Vieh- und Pferdmaterial mitgebracht, das sich sehr vorteilhaft von dem kümmerlichen Bestand unserer eigenen Bauern unterscheidet, und dessen weitere Fortpflanzung für die Zukunft unseres Viehbestandes von großem Nutzen sein kann.

4. Sie beginnen mit besten Erfolgen eine gleichzeitige Industrialisierung ihrer Rohproduktion, so z. B. die Verpackung fertiger Butter, die Herstellung guter Käse und Schinken, die sie bereits im ganzen Lande verkaufen.

Alles dies muß um so bedeutungsvoller erscheinen, wenn man bedenkt, daß keiner anderen Gruppe von Siedlern (hiermit gemeint sind die mexikanischen sogenannten Ejidal-siedlungen) auch nur annähernd gelungen ist, was die Mennoniten zum Vorteil des Staates erreicht haben. Während unserer mexikanischen Revolution stand es auf unsern Fahnen geschrieben: 'Das Land gehört dem, der es bearbeitet!' Das Land von Chihuahua wird von den Mennoniten bearbeitet. Sind sie also würdige Bürger Chihuahuas oder nicht?

Und nichts von Werten, die etwa ins Ausland abgeführt werden! Sie verbrauchen Stoffe aus Puebla, Schuhe aus Leon und Arbeitsmaterial aus Chihuahua. Wenn es ihnen gut geht, bereichert sich nicht Newyork und Wall-Street, sondern unser Cuauhtémoc! Aber das ist noch nicht alles. Darüber hinaus muß ihr Beispiel unseren eigenen rückständigen Bauern als Ansporn und Vorbild dienen. In der Mennonitensiedlung besitzt unsere Regierung geradezu eine Musterschule, in der man unsere Bauern anlernen sollte. Hier wird gezeigt, und jeder kann sich mit eigenen Augen davon überzeugen, was aus dem Lande von Chihuahua gemacht werden kann, wenn es richtig bearbeitet wird. Hier kann man lernen, wie und was gesät werden muß, wie das Vieh gezüchtet und behandelt wird, und wie man seine Produkte auf den Markt bringt oder selbst weiter bearbeitet, um besseren Verdienst und größere Werte zu erzielen..."

Der Verfasser schließt mit der Hoffnung, daß die Regierung in richtiger Erkenntnis des Wertes dieser Mennonitensiedlung zu ihrer Förderung und wohlwollenden Unterstützung beitragen möchte.

R. Ornelas R., der sich so anerkennend über die Altkolonier äußert, steht mit seinen Ansichten nicht allein da. Sie werden von vielen Mexikanern in vollem Umfange geteilt, wo es sich um Leute handelt, die Gelegenheit haben, das Kolonisationsunternehmen aus nächster Nähe zu beobachten, ganz zu schweigen von denen, die das Aufblühen ihrer Geschäfte dem Handel und Verkehr mit der Kolonie zu verdanken haben. Im vorigen Jahre wurde unter dem Titel „Chihuahua“ ein Heft veröffentlicht, in dem ein gewisser Rafael M. de Pinillos, Regierungsbeamter, einen Artikel über die Altkolonie veröffentlichte. In ihm beschreibt er in großen Umrissen das Wesentliche der Ansiedlung, geht kurz auf die Sitten und Gebräuche der Altkolonier ein und hebt ihr Verdienst um die wirtschaftliche Erschließung des Landes hervor. Er betont in kultureller Beziehung — und dies ist etwas sehr Seltenes — besonders auch das Festhalten an der deutschen Sprache, die eine Tradition darstelle, „deren Bewahrung die Mennoniten auszeichne und ehre“. An anderer Stelle heißt es wörtlich:

„... Diese fortschrittliche Kolonie beobachtet strengstens die Bestimmungen unseres Landes und seine Geseze. Ein schönes Beispiel für unser Volk stellt dieses Stück Erde in unserem Vaterlande dar, das von einer Rasse kolonisiert und bearbeitet wird, die, wie diese Mennoniten, stark ist in ihren Prinzipien und in ihrem Arbeitsfleiß..“

So dürfen wir also nach sechzehnjähriger entbehrungsreicher, aber nicht erfolgloser Kolonisationsarbeit feststellen, daß sich die Altkolonier trotz aller Widrigkeiten langsam ihren Plas in ihrem neuen Gaslande erobern und immer mehr hineinwachsen in das Verständnis ihrer neuen Umgebung. Der Same, den jene ersten Wegbereiter im Jahre 1922 mit der gläubigen Zuversicht der Heimatsucher aussäten, ist nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. Und so hat sich der echte deutsche Pioniergeist und der unermüdlche Kolonistenfleiß unserer Altkolonier auch in ihrer neuen Heimat Mexiko mit Erfolg durchsetzen können ... trotz allem!

Walter Schmie de ha u s.

Rußlanddeutsche Siedlungen in Brasilien

Nach Kanada beherbergt Brasilien die zweitgrößte rußlanddeutsche Gruppe in Aberssee, die, wie das übrige brasilianische Deuschtum, in den klimatisch günstigsten drei Südstaaten Parana, Santa Catharina und Rio Grande do Sul lebt.

Als erste geschlossene rußlanddeutsche Gruppe kamen W o l g a d e u t s c h e über den Ozean, die infolge der ungünstigen Auswirkungen des russischen Mir-Systems und wegen der Aufhebung der für „ewige Zeiten“ ihnen zugesicherten Befreiung vom Militärdienst im Jahre 1874 ihre Heimat verließen. Nach ihrer gewohnten Siedelweise in russischem Steppengebiet erwählten sie sich auch in Brasilien die ebene Kamplandschaft auf dem Hochland von P a r a n a , in der Meinung, diese mit hohem Gras bewachsene Pampaflächen seien fruchtbarer als die Urwaldgebiete, zu denen wohlwollende Sachverständige ihnen geraten hatten. Infolge ihres starren Festhaltens am überlieferten Weizenbau blieben Mißerfolge nicht aus, obwohl der damalige Kaiser Dom Pedro II., der Sohn einer österreichischen Erzherzogin, ein warmer Freund der Deutschen, an den „Seuto-Russos“, wie man die Neuankömmlinge nannte, warmen Anteil nahm. Nur sehr allmählich erfolgte eine Umstellung auf Handel und Gewerbe. Ponta Grossa, die größte Stadt in Parana nach der Hauptstadt Curitiba, wurde der Mittelpunkt des Frachtwagenverkehrs zwischen Parana und dem nächstfolgenden Staate São Paulo, an dem die Wolgadeutschen den stärksten Anteil behielten. Die ersten wolgadeutschen Kolonien Moema, Guarauna, Botuquara und Taquary sind heute mit Italienern und Polen durchmisch. Geschlossene wolgadeutsche Kolonien, mit selbstgeschaffenen kirchlichen Organisationen und deutschen Schulen blieben Imbituva (1100 Seelen), Papagaios Novos (1000 Seelen), Quero-Quero, Entre Rios, Palmeira und Fachinalsinho. In Ponta Grossa ist die größere Hälfte der Seelenzahl der lutherischen Gemeinde von wolgadeutscher Abstammung. Katholische Niederlassungen wolgadeutscher Herkunft sind die heute noch geschlossenen Gemeinden Mariental, Johannisdorf, Lago und Pugas bei Paleitra.

W o l h y n i e n d e u t s c h e kamen nach Parana wesentlich später. 1932 legten Deutsche aus Wolhynien im Norden des Staates die Kolonie H e i m t a l an, die nach dem gleichnamigen Kirchspiel im heutigen Sowjet-Wolhynien

benannt ist. Als Kriegsflüchtige waren sie nach Deutschland gekommen, waren dann 1926 nach Brasilien weitergezogen, um auf den Kaffeepflanzungen von São Paulo sich so viel zu ersparen, um sich in dem fruchtbaren Parana eigenen Grund und Boden zu verschaffen. Zu den ersten Häusern, die diese leidgeprüften Rußlanddeutschen erbauten, gehört die deutsche Schule, der bald auch das erste eigene Kirchlein folgte. Als fleißige Kolonisten war es den Wolhyniendeutschen nicht schwer, die fruchtbaren „Terra roxa“ (rote Erde), die ohne Düngung beste Erträge lieferte, mit dem Anbau von Mais, Soja, Baumwolle, Bohnen, Rizinus und Weizen neben Obst und Viehzucht zu Ansehen und Eigentum zu bringen.

In der Nähe der Staatshauptstadt Curitiba finden wir heute eine Reihe rußlanddeutscher Mennonitenfamilien, Flüchtlinge des großen Auswandererstromes von 1929, die ursprünglich auf dem Stolz-Plateau in St. Catharina angesiedelt wurden, von dort aber bald weitergezogen, weil ihnen ihre wirtschaftliche Existenz nicht sicher genug erschien.

In dem südlichsten brasilianischen Staat Rio Grande do Sul ließen sich vereinzelt wolhyniendeutsche Auswanderer schon in den achtziger Jahren nieder und widmeten sich hauptsächlich dem Ackerbau und der sehr erträglichen Schweinezucht. Sie gelten hier ebenso wie die nach ihnen eingewanderten Schwarzmeer- und Polendeutschen als fleißige und strebsame Kolonisten. Nach dem Weltkrieg schlossen sie, bzw. ihre Söhne, sich dem Zug nach dem Nordwesten des Staates an, nach dem oberen Uruguaystrom, wo auch die katholischen und lutherischen Flüchtlingsfamilien sich ansiedelten, die 1929 von Moskau aus über Deutschland und durch Sibirien über Charbin sich nach Südamerika retten konnten.

Die erste geschlossene rußlanddeutsche Kolonie in dem dritten der brasilianischen Südstaaten, in Sta. Catharina, ist das schon 1880 angelegte Brüdertal, das heute mit 1200 Seelen nach der Loslösung von der Herrenhuter Brüdergemeinde der deutsch-lutherischen Synode angehört, der sich auch die meisten Rußlanddeutschen im übrigen Sta. Catharina und Parana angeschlossen haben. 1927 siedelte sich eine geschlossene rußlanddeutsche Kolonistengruppe in Dona Emma in Hansa Harmonia an; auch sie hatten sich auf paulistaner Kaffeepflanzungen die Mittel erspart, mit denen sie sich in Sta. Catharina eigenen Boden kauften. Die jüngsten Ansiedlungen Witmarsum, Waldheim und Gnadental am Rio Krauel und Luhagen auf dem Stolz-Plateau, sind schon jetzt blühende Ortschaften, die ein stolzes Zeugnis von dem Fleiß und den kolonialisatorischen Fähigkeiten der Rußlanddeutschen ablegen. Was diese bodenständigen Menschen über das Meer trieb, war keine Abenteuerlust, sondern das tiefe Verlangen, freie Bauern auf eigenem Grund und Boden zu sein. Dieses urdeutsche Verlangen war so stark, daß ein großer Teil von ins Reich gelangten Rußlanddeutschen es auch hier nicht aushielten, weil ihnen das Dasein als Landarbeiter auf ostdeutschen Gütern nicht zusagte; so zogen sie über Rotterdam nach São Paulo weiter und bildeten hier das jüngste Rußlanddeutschtum in Brasilien. Ihr Dasein als Kaffeepflanzungsarbeiter betrachten sie selbst nur als Übergang. Ziel und Inhalt ihres Strebens ist der Eigenbesitz, der Bauernhof.

Die Gesamtzahl der aus allen Teilen des früheren russischen Reiches nach Brasilien eingewanderten Deutschen und ihrer Nachkommen beträgt schätzungsweise 250 000. Die bange Frage, die an das Rußlanddeutschtum wie an das übrige bodenständige Deutschtum in Brasilien gestellt wird, ist die: wird es

innerlich so stark und volksbewußt sein, daß es sich gegen die systematische Entvölkerungspolitik chauvinistischer Regierungskreise behaupten kann, und wird es mit dem Verschwinden ihres deutschsprachigen Schulwesens, das die brasilianischen Schulgesetze anstreben, nicht auch allmählich ihr angestammtes deutsches Ahnenerbe preisgeben? Lang und leidvoll ist der Weg dieser in Brasilien ansässig gewordenen Rußlanddeutschen; überall aber haben sie ihre überlieferte Art und Gesittung hochgehalten und bewahrt, und so ist zu erwarten, daß Brasilien für sie eine Ausnahme bildet.

Das Rußlanddeutchtum in Uruguay

Nach Uruguay, dem typischen Lande der Viehzucht, sind die ackerbautreibenden Rußlanddeutschen erst 1914, also verhältnismäßig spät, gekommen. Bei der einstigen, fast ausschließlichen Viehwirtschaft in diesem Lande fehlte für die ständig wachsende Bevölkerung immer mehr das Brotgetreide. Die Regierung griff deshalb selbst ein, um den Getreidebau zu fördern und sich so von der Wehl-einfuhr allmählich unabhängig zu machen. Große Verdienste um die Förderung des Ackerbaues in Uruguay hat sich der deutsche Gelehrte Professor Dr. Albert B o e r g e r als Leiter des Instituto Fitotécnico in La Estanzuela erworben.

Als im Jahre 1913 die von der uruguayischen Regierung eingerichtete Kolonie 19 de Abril, bei der Station Porvenir, etwa 30 Kilometer genau östlich von Paysandú, nicht recht vorangehen wollte, weil die jüdischen Kolonisten für die primäre Arbeit des Ackerbaues sich nicht eigneten, machten einige rußlanddeutsche Kolonisten, die sich unter den Juden befanden, ihre Landsleute in dem benachbarten Entre-Ríos auf diese Siedlungsmöglichkeit aufmerksam. Infolgedessen kamen kurz vor Kriegsausbruch einige Rundschaffter aus den Entre-Ríos-Gemeinden Ramirez, Lucas Gonzalez und Aldea Protestante unter Führung von Heinrich L u s t (Water) nach Montevideo, um dort auf dem Banco Hipotecario, der staatlichen Siedlungsbank, wegen des Landkaufes zu verhandeln und den Ramp zu besichtigen. Ihre Berichte sind gut ausgefallen und haben den ersten Einwanderungsstrom aus Argentinien hervorgerufen. Obgleich diese Wanderung in ein anderes Land wechselte, trägt sie doch mehr den Charakter einer Binnenwanderung. Es gilt ja nur den Uruguay-Strom zwischen Concepción del Uruguay in der Provinz Entre Ríos und Paysandú in Uruguay zu überqueren. Zu den bereits erwähnten vier rußlanddeutschen Kolonisten Jakob Weiß, Georg Schneider, Wilhelm Braun und Karl Kieger, die gleich bei der ersten Besiedelung durch die Juden sich daselbst niedergelassen hatten, kamen in den folgenden Jahren immer mehr Rußlanddeutsche aus Entre-Ríos nach dem Oriental, besonders in den Jahren 1919/20, als weitere Chacras durch Rückwanderung ihrer Inhaber nach dem jüdisch-kommunistischen Rußland frei wurden. Während sonst in der Regel die Abwandernden geschäftliche Verluste zu verzeichnen haben, war es hier umgekehrt. Die Juden ließen sich von den neuankommenden Rußlanddeutschen ihre Rechte auf die Chacras recht gut bezahlen und zogen mit einem guten Gewinn von dannen. Den Rußlanddeutschen aber fehlte das grade beim Anfang so nötige Kapital, was den Aufschwung der Kolonie verzögerte.

Außer der Colonie 19 de Abril entstanden weitere neue Ansiedlungen im Dep. Paysandú, nämlich Perseverancia, Montadon, Piedras Coloradas, Nin y Silva, Constanca und andere. Diese Kolonien konnten sich aber nicht halten

und wurden wieder aufgelöst, teils wegen Missernten, teils wegen Mißwirtschaft in der Verwaltung. Dem deutschen Teil der Staatskolonie 19 de Abril gaben die Rußlanddeutschen am 80. Geburtstage des deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. Oktober 1927 einen deutschen Namen, nämlich *U l m e n a u* in Erinnerung an ihre Ahnen, die einst aus der Gegend von Ulm nach Rußland gezogen waren.

Das vierte Heft des Deutsch-Uruguayischen Führers „Kolonistenleben“ befaßt sich ausführlich mit diesen Kolonien und enthält auch ein erstes Verzeichnis der daselbst wohnenden Siedler. Die Lehrer der Deutschen Schule in *U l m e n a u*, besonders Herr *Max Schleiffer*, haben dieses Verzeichnis beständig vervollständigt. Es bildet den Grundstock des von Herrn *Alfred von Mezen* angelegten Stammbuches der deutschen Familien von *U l m e n a u* und Umgebung, das in seiner Art wohl einzig am *La Plata* besteht.

Die Einwanderung von Rußlanddeutschen aus Argentinien ist in den Jahren 1923/24 zu einem gewissen Abschluß gekommen. *U l m e n a u* wurde der Mittelpunkt dieses rußlanddeutschen Volkssplitters. Die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwandten die Kolonisten dadurch, daß sie, zusammengehalten durch die Bande des Blutes und des Glaubens, die Sorgen miteinander teilten. Allmählich nahm dann aber ihre wirtschaftliche wie kulturelle Entwicklung immer festere Formen an. Die Mitglieder derselben Religionsgemeinschaften bildeten ihre Gemeinden: die deutsch-evangelische, deutsch-katholische, baptistische und adventistische. Aberbrückt werden diese religiösen Teilgemeinschaften in kultureller Beziehung durch den im Jahre 1926 gegründeten *D e u t s c h e n S c h u l v e r e i n* und seit der deutschen Erhebung durch die Gliederungen der *P a r t e i*, auf wirtschaftlichem Gebiet durch eine *Cooperativ-Gesellschaft für Einkauf und Verkauf*. Der soziale Fortschritt ist bedeutend: Knechte wurden Halbpächter, Halbpächter Ganzpächter und Unternehmer und schließlich Besitzer. Und dieser soziale Fortschritt ist es besonders, der den *A s s i m i l a t i o n s p r o z e ß* der wirtschaftlich Erstarkenden b e g ü n s t i g t, während andererseits die wirtschaftlich Schwachen sich ihr deutsches Volkstum länger von den reichsdeutschen Volksgenossen erhalten lassen.

Die Stellung der uruguayischen Behörden den Rußlanddeutschen gegenüber ist eine absolut korrekte. Alle Schwierigkeiten, die sich trotz alledem hier zeigten, half der Beschützer, Freund und Führer der Rußlanddeutschen, Herr *Alfred von Mezen*, *Estancia La Sanducera*, *Est. Duebracho*, *Dep. Paysandú*, überwinden. Sein Wirken hat im Verein mit der Arbeitskraft und Arbeitslust der Rußlanddeutschen es hier vermocht, daß zerstäubendes deutsches Volkstum sich hier wieder zusammengefunden hat und sich aufbaut zur neuen Blüte.

Besonders zeigte sich das bei dem zweiten großen Einwandererstrom von Rußlanddeutschen, welcher nach dem Kriege aus Rußland über Brasilien hierher geflossen ist. Ein großer Teil dieser Volksgenossen war in Sibirien ansässig, und verhältnismäßig spät hatte sie der Bolschewismus von Haus und Hof vertrieben. Sie lebten vor den Toren Moskaus, sie fanden Unterkunft in den Lagern von *Hammerstein* und *Mölln*, sie wurden von der Deutschen Regierung ausgerüstet und erhielten Freifahrt nach Brasilien. Sie wurden in den Urwaldkolonien *Trazema* und *San Carlos* von *Ruß-Culmey* am oberen Uruguaystrom angesiedelt, wo sie sich als Steppenbauern aber nicht einleben konnten und wollten. Als sie von der Einrichtung der Kolonie *Nueva-Mehlem* bei *Fray Ventos* hörten, mochten die einstigen Insassen des Lagers bei *Mölln* dieses

wohl als ein verheißungsvolles Zeichen angesehen haben. Zwanzig Familien entschlossen sich sofort, dahin zu fahren. Aber dieser Schub von 20 Familien mit über 100 Köpfen war erst der Anfang des zweiten Einwandererstromes von Brasilien. Im Laufe der Jahre 1931 bis 1933 trafen noch verschiedene kleinere Gruppen in Porvenir ein. Paysandú, Esperanza, Almenau, Piedras Coloradas, Guichó, Arroyo Negro, San José, Sanducera, Buruayupi, San Antonio, Arroyo Malo, Hervidero, Casas Blancas und Young sind die Orte, in welchen die 102 Familien der ersten und die 108 Familien der zweiten Einwanderung in größeren und kleineren Gruppen jetzt wohnen. Deutsche Schulen bestehen in Almenau, Burucayupi und San José. Drei weitere sind in Bildung begriffen, nämlich in Rivas, Hervidero und Paysandú. Dort ist sogar ein Centro Cultural Germano-Uruguayo gegründet worden, welches das Rückgrat der Schule werden soll.

Im ganzen betrachtet befindet sich das rußlanddeutsche Volkstum, das, losgerissen von seinem heimatlichen Boden, nach jahrelanger Wanderung hier zur Ruhe gekommen ist, in Sammlung und Aufstieg begriffen, ein rassisch und biologisch wertvolles Reis deutsch-völkischen Stammes, das, wo immer es auch gepflanzt wird, nach Menschengedenken noch recht lange grünen und blühen wird.

Aber das Verhältnis der Rußlanddeutschen zu dem Gastland Uruguay und seiner reichsdeutschen Kolonie ist folgendes zu bemerken:

1. Die Rußlanddeutschen wurden seit jeher als zu den Deutschen gehörig angesehen. Nur während der Deutschen Republik machten sich einige Stimmen bemerkbar, die sie von uns absondern wollten. Der Nationalsozialismus sieht sie als Volksgenossen an und hat in ihrer Mitte einen Stützpunkt, nämlich Paysandú.

2. In wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung haben die Rußlanddeutschen in Uruguay ihre Beziehungen selbstverständlich nach der Departementshauptstadt Paysandú und der Landeshauptstadt Montevideo. Ihre freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen dagegen gehen nach Entre-Ríos und neuerdings nach Brasilien, den Ländern ihrer Herkunft.

3. In kirchlicher Beziehung stehen die Evangelischen unter ihnen über Entre-Ríos mit der Deutschen Evangelischen La-Plata-Synode in Verbindung. Herr Pastor Riffel aus Lucas González bedient die evangelischen Rußlanddeutschen in Almenau und Umgebung.

4. Literatur über die Rußlanddeutschen im Litoral findet sich auf Seite 343 des Buches „Deutschtum in Uruguay“, ferner in Heft IV „Kolonistenleben“ des Deutsch-Uruguayischen Führers. Auch bringen die Jahrgänge des „Nachrichtenblattes für Uruguay“ und der „Deutschen Wacht“ mancherlei Berichte.

Der Bericht über die Rußlanddeutschen in Uruguay kann nicht geschlossen werden, ohne der rußlanddeutschen Volksgenossen zu gedenken, die in der Hauptstadt Montevideo leben. Sie stammen zum Teil ebenfalls aus den rußlanddeutschen Kolonien, aber doch auch schon teilweise aus den russischen Städten. Sie sind daher sowohl Landleute wie Bauhandwerker. Beide werden gern in Arbeit genommen, weil man sie und ihre Arbeit schätzt. Auch in der Großstadt Montevideo wohnen sie in Gruppen in den Vororten Dr. Bosch, Peñarol und Villa del Cerro. Sie werden dort von den Organisationen der NSDAP. überall erreicht.

Im Lande zerstreut wohnen keine Rußlanddeutschen. Einzelgänger unter ihnen sind in der Regel für das Deutschtum verloren. Ihr Gemeinschaftsinn ist fest und stark, ebenso ihre Religion.

Wilhelm Ne l k e.

Die wirtschaftliche Lage des Rußlanddeuschturns in Argentinien

Bei der Ausgedehtheit Argentinien (das Land ist etwa 6mal so groß wie Großdeutschland) und bei der Zerstreuung der Rußlanddeutschen in diesem riesigen Gebiete ist eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Rußlanddeutschen und ihrer Nachkommen auf den wenigen Seiten, die zur Verfügung stehen, nur möglich, wenn man sich darauf beschränkt, das Typische herauszugreifen und Querschnitte zu geben. Es können zudem nur die Verhältnisse in den drei wichtigsten rußlanddeutschen Siedlungsgebieten berücksichtigt werden: also Entre Rios, das zwischen dem Paraná und dem Uruguay gelegene Zweistromland Argentinien, dann jenes Gebiet, das wir die Pampa nennen wollen, und das besteht aus weiten Strecken im Süden der Provinz Buenos Aires und jenem Oststrand des Territoriums Pampa, der gerade noch für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar gemacht werden kann; und schließlich jene westliche Zone des argentinischen Chaco, mit dessen Besiedlung vor 20 Jahren begonnen wurde.

Auf einer anderen Ebene liegt eine weitere Unterscheidung, die stets im Auge behalten werden muß und die allgemeine Geltung hat, ebenso also für die Rußlanddeutschen wie für die Siedler anderer Herkunft, eine Unterscheidung, mit der zudem auf das dringlichste volkswirtschaftliche Problem Argentinien hingewiesen wird: Es ist ein Unterschied zu machen zwischen den Rußlanddeutschen, die als Eigentümer auf ihrem Lande sitzen, und denen, die als Wanderpächter in Argentinien herumnomadifizieren. Und schließlich muß im Auge behalten werden, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte (im wesentlichen Weizen) außerordentlich schwanken, und daß die Ernteergebnisse viel unsicherer sind als in Europa: Mißernten sind außerordentlich häufig, und auf Grund der vielerlei Schädlinge (Heuschrecken in erster Linie) und infolge häufig auftretender ungünstiger Witterungseinflüsse (vor allem verheerende Trockenperioden) liegt der durchschnittliche Ernteertrag weit unter dem europäischen Durchschnitt (mit einem Ertrage von 8 Doppelsentnern vom Hektar ist der Kolonist in Argentinien schon sehr zufrieden).

Es ist ohne weiteres erklärlich und bedarf daher keiner eingehenden Begründung, daß es jenen rußlanddeutschen Familien — oder deren Nachkommen —, die als die ersten einwanderten, durchschnittlich bei weitem am besten geht: Im Jahre 1878, und auch noch im folgenden Jahrzehnt, waren die Landpreise in Argentinien außerordentlich niedrig; man bekam damals eine Chacra (so heißen die Bauernstellen in Argentinien) von rund 100 Hektar zu einem Preise, für den man heute nicht einen Hektar anbauwürdigen Landes kaufen könnte. Die Kornpreise waren zudem verhältnismäßig gut und einigermaßen stabil. — Man trifft somit in den ursprünglichen rußlanddeutschen Siedlungsgebieten, also im Westen der Provinz Entre Rios im Hinterlande von Diamante, in weiten Zonen des Südostens und Südwestens dieser Provinz, sowie im Zentrum der Provinz Buenos Aires, etwa im Bezirk von Coronel Suarez, viele rußlanddeutsche Familien, die auf großen, mit allem nötigen Gerät reichlich ausgestatteten Höfen leben, die vor allem auf eigenem Grund und Boden sitzen. In den Jahren des Weltkrieges sind viele dieser Familien schwer reich geworden; es gab einige gute Ernten hintereinander, und der Weizenpreis kletterte auf unbekannte Höhen. Von diesem in Kriegs- und Inflationszeit angesammelten

Reichtum ist wenig übriggeblieben. Gewiß, viele jener Kolonisten haben in dem Glauben, es ginge nun so weiter, ihr Geld in sinnloser Weise verwirtschaftet; viele sind infolge ihrer Gutgläubigkeit oder Unwissenheit von jüdischen Händlern um Vermögen und Hof gebracht worden.

Entscheidend aber sind diese Dinge nicht, und die Lage auch der alteingesessenen rußlanddeutschen Familien hätte sich auch dann wesentlich verschlechtert, wenn es weder jene Konjunkturgewinne noch Konjunkturverluste gegeben hätte. Entscheidend wurde für jeden Kolonisten das Problem, wie er die Zukunft seiner Kinder sicherstellen sollte.

Kinder wuchsen auf jedem Hofe eine ganze Anzahl heran. Heute noch gelten 8 Kinder in einer rußlanddeutschen Familie als durchaus normal, 10 bis 12 Kinder sind keine Seltenheit. Es war selbstverständlich, daß der rußlanddeutsche Einwanderer danach trachtete, für einen jeden seiner Söhne gleichfalls eine „Chacra“ zu erhalten. Was in den 80er Jahren leicht möglich war, wurde bald zu einem unlösbaren Problem: die Landpreise stiegen in kurzem auf das 100- bis 300fache an — die Kornpreise jedoch nur um ein geringes. Zudem war und ist heute noch in Argentinien das beste Land seit langem im Besitz einiger hundert großer alter Familien, wobei zu bedenken ist, daß für die Landwirtschaft nutzbar zu machendes Land in Argentinien überhaupt in viel geringerem Maße zur Verfügung steht, als jemand, der etwa an mitteleuropäische Verhältnisse gewöhnt ist, beim Betrachten der Landkarte Argentinien zu glauben geneigt sein wird. In dem für Getreidebau geeigneten Landstrichen kostete nun der Hektar 100 bis 300 Pesos und mehr; da auf Grund der Bodenverhältnisse usw. Getreidebau sich erst zu lohnen beginnt, wenn man eine Chacra von 50 bis 100 Hektar hat, so sahen sich die Väter, die für ihre Söhne Land kaufen wollten, vor oftmals unlösbare Probleme gestellt. Für einen Sohn, vielleicht für zwei, konnte der Vater schließlich sorgen, wenn er gut gewirtschaftet hatte. Aber was wurde aus den anderen: was wurde überhaupt aus den Söhnen, wenn in erreichbarer Entfernung kein Land käuflich abgegeben wurde?

In Europa gehen im allgemeinen die zweiten und dritten Bauernsöhne in die Stadt, in die Fabriken. Dieser Ausweg ist in Argentinien praktisch versperrt: die Industrie kann nur verhältnismäßig wenige aufnehmen; zudem ist der rußlanddeutsche Bauernjunge dem aus Europa eingewanderten Industriearbeiter hoffnungslos unterlegen.

Es blieben und bleiben zwei Möglichkeiten, gegen die erdrückende Landnot anzugehen: Entweder mußten die Söhne weiterwandern in Zonen, die bisher als für die Landwirtschaft ungeeignet oder als zu weit abgelegen noch nicht besiedelt worden waren, und mußten versuchen, ob sie sich auf dem neuen Lande als Bauern behaupten konnten; oder sie mußten versuchen, ob sich in den eigentlichen Getreidezonen vielleicht Land pachten ließ.

Beide Wege sind die Söhne der Rußlanddeutschen — und mit ihnen die Söhne der Einwanderer aus mancherlei anderen Völkern — gegangen.

Der erste jener Wege führte im Süden in die Pampa hinein, in Gebiete, die bis dahin nur eine ganz extensive Viehzucht kannten und in denen der Getreidebau (andere Feldfrüchte kommen aus den verschiedensten Gründen nicht in Frage) zu einem Lotteriespiel wurde. Trockenheit, Sandstürme und andere Unbilden lassen dem Kolonisten vielleicht, wenn er Glück hat, alle drei, vier Jahre eine bescheidene Ernte; manches Jahr ist er froh, wenn er die Ausaat wieder herausholt; und in manchem Jahre lohnt sich die Erntearbeit nicht: so dünn, so niedrig stehen die Halme auf dem sonnenverbrannten Lande.

Der Weg nach dem Norden führte in den Chaco. Mancher, der während einer jener Trockenperioden in der Pampa sein Letztes verlor, versuchte im Chaco einen neuen Anfang. Freilich, hier wuchs kein Getreide mehr, höchstens, wenn ein günstiges Jahr war, etwas Mais; hier brachte die Erde überhaupt nichts Erhabenes hervor, hier konnte einzig Baumwolle gebaut werden. Das Gesamtergebnis ist — soweit man auf Grund zwanzigjähriger Erfahrungen urteilen kann — im großen und ganzen nicht anders als in der Pampa: wirtschaftlich vorangekommen ist kaum ein Kolonist. Wer nicht gut wirtschaftete, hat zugefesselt oder Schulden machen müssen, deren Abtragung mehr als Kopfzerbrechen macht. Denn nicht nur, daß der Preis für die Baumwolle in den letzten Jahren derartig gefallen ist, daß dem Kolonisten praktisch kaum noch ein Gewinn bleibt: trockene Jahre, Heuschrecken, schlechtes Wasser, Schädlinge haben das ihre getan, um den Kolonisten zu zermürben. Es wird von den Kolonisten in jenem westlichen Teil des Chaco — ebenso wie von denen am Rande der Pampa — heute allen Ernstes die Frage erörtert, ob es überhaupt noch Sinn hat, auf dem Lande, das man einst urbar gemacht, auszuharren, noch einige Male zu versuchen, ob es nicht einmal Ernten gibt, deren Ertrag es ermöglicht, die Schulden zu zahlen und etwas zu tun für die Erziehung der Kinder — ein im Chaco besonders schwer zu lösendes Problem, das manche deutsche Familie schon zur Verzweiflung gebracht hat.

Es braucht nach all dem Gesagten nicht erst auseinandergesetzt zu werden, daß und warum die wirtschaftliche Lage der Siedler in der hinteren Pampa und im westlichen Chaco alles andere als rosig ist. —

Die zweite der Möglichkeiten, mit der Landnot fertig zu werden, liegt, wie bereits angedeutet, darin, von den Großgrundbesitzern Teile von deren Ländereien zu pachten. Von den sich hier bietenden Möglichkeiten haben unzählige Rußlanddeutsche Gebrauch gemacht bzw. Gebrauch machen müssen. So hat sich in Argentinien ein ländlicher Stand herausgebildet, den es wohl nirgendwo in der Welt gibt: ein Wanderpächtertum, das in allzu vielen Fällen einem landwirtschaftlichen Nomadentum verzweifelt ähnlich sieht und mit einem gesunden Bauerntum nichts mehr zu tun hat. Anfangs war es leicht, zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen Land zu pachten. Man bebaute es einige Jahre mit Weizen und hatte es dann dem Landeigentümer gewöhnlich mit Luzerne besät zurückzugeben. Der Estanciero, der seinen Betrieb einzig auf Viehzucht eingerichtet hatte, jedoch eine Mastweide für sein Jungvieh nicht entbehren mochte, kam so auf die bequemste Art und Weise zu seinem Ziel. Und der Pächter, wie es schien, zunächst auch.

Aber je schlechter die Jahre wurden, je niedriger die Weizenpreise, je größer aber auch die Zahl derer, die sich als Pächter durchzuschlagen suchen mußten, desto weniger kamen diese Kolonisten auf ihre Rechnung — dieses Wort in seinem primitivsten Sinne gebraucht. Die Pachtpreise wurden immer höher, die Bedingungen schwerer zu erfüllen. Heute suchen in Argentinien bereits Hunderte von Familien vergeblich nach Pachtland. Sie fristen als Knechte ein mehr als kümmerliches Leben und sinken immer mehr herab.

Schlimmer noch als die wirtschaftlichen Schattenseiten dieses Pächterdaseins sind die ethischen oder kulturellen Anzulänglichkeiten eines solchen Daseins zu ertragen. Alle paar Jahre muß der Wohnplatz gewechselt werden. Es wäre also sinnlos, sich einen Garten, ein gemütliches Haus oder einen über das Unentbehrlichste hinausgehenden Hausrat zuzulegen. Den Kindern eine einigermaßen sorgsame Erziehung oder Schulbildung angeeignen zu lassen, ist sowieso unmög-

lich. Und da die Pächter — von den etwa 135 000 Rußlanddeutschen in Argentinien sind sicherlich weit mehr als die Hälfte Pächter — auf ihrem jeweiligen Pachtlande zu wohnen haben, muß auf all die unanschätzbaren Werte, die eine Dorfgemeinschaft in sich birgt und aus sich heraus entwickelt, gleichfalls verzichtet werden.

Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn von der Landbevölkerung in Argentinien eine großzügige Agrarreform als das dringlichste aller argentinischen Probleme bezeichnet wird.

Wilhelm Lütge.

Rußlanddeutsche in Paraguay

Der größte Teil der Rußlanddeutschen in Paraguay nimmt auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1921, in dem ihnen weitgehende Selbstverwaltung auf religiösem, kulturellem und administrativem Gebiet zugesichert wurde, eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Volksgruppe in Paraguay ein. Zwar spricht das Gesetz nur von Angehörigen der mennonitischen Gemeinschaft; es sind aber fast ausschließlich Rußlanddeutsche, die auf Grund ihres Bekenntnisses das Gesetz in Anspruch nehmen können. Diese Rußlanddeutschen haben in Paraguay ein Gemeinwesen geschaffen, das weitgehend auf das Vorbild der Kolonien und Organisationen ihrer alten Heimat zurückzuführen ist.

Die Verwaltung wurde nach dem Schulzen- und Oberschulzensystem eingerichtet. In den Dörfern tagen noch immer die „Schuldebotts“ nach herkömmlicher Weise unter dem Vorsitz des Dorfschulzen. Von Zeit zu Zeit finden auch Bezirksversammlungen für die ganze Kolonie statt, zu denen jedes Dorf seine Zehntmänner als Vertreter entsendet. Hier wird unter dem Vorsitz des Oberschulzen über das Wohl und Wehe der ganzen Ansiedlung entschieden. An der Spitze der großen rußlanddeutschen Kolonien in Paraguay stehen gegenwärtig folgende Männer: 1. die Kolonie Fernheim wird seit August 1938 von dem Oberschulzen Julius Legien geleitet; 2. die Kolonie Friesland steht seit ihrer Gründung im Jahre 1937 unter der Leitung des Siedlers Heinrich Kempe; und 3. in der Kolonie Menno liegt die Verwaltung schon seit Jahren in den Händen des Siedlers Jakob Braun.

Bis vor kurzem wurden die Rußlanddeutschen beim verwaltungsmäßigen Aufbau ihrer Kolonien von seiten der Landesregierung nicht gehindert. Die Regierung vertrat den Standpunkt, daß sie sich solange nicht in die inneren Angelegenheiten dieser Kolonien mischen werde, als die Siedler selbst nicht Anlaß zum Einschreiten geben würden. Dieselbe Einstellung zeigte sie in bezug auf das Schulwesen. Der in dem erwähnten Gesetz garantierte muttersprachliche Unterricht konnte ohne jede Einschränkung erteilt werden. Die meisten Schulen arbeiten nach dem Programm der reichsdeutschen Grundschule. Spanisch als Landessprache wurde in den Kolonien Fernheim und Friesland von Anfang an freiwillig eingeführt, obwohl zunächst keine Veranlassung dazu bestand. Das Schulwesen zeigt in seinem Aufbau ebenfalls große Ähnlichkeit mit dem ehemaligen deutschen Schulwesen in Rußland. Der Lehrer wird von der Dorfgemeinde immer wieder auf ein Jahr „gemietet“; der Schulrat besucht von Zeit

zu Zeit die einzelnen Schulen; die Lehrer halten monatlich Konferenzen ab; auch eine Zentralschule wurde nach dem alten Vorbilde eingerichtet.

Seit etwa einem Jahr machen sich nun aber auch in Paraguay immer stärkere Nationalisierungsbestrebungen bemerkbar, die auch vor der durch das erwähnte Gesetz garantierten Sonderstellung der Rußlanddeutschen nicht haltmachen. So hat die Militärbehörde im Chaco in ihren Kolonien bereits eine Polizeistreife eingerichtet, die für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Im April 1938 stellte dieselbe Behörde auch die Forderung, daß die Bestimmungen des Privatschulgesetzes von 1923 in den Schulen der Rußlanddeutschen zu berücksichtigen seien: Unterricht der Landessprache und der Landesfächer (Geschichte, Geographie und Staatsbürgerkunde), alljährliche Vorlegung des Unterrichtsprogramms zur Genehmigung, Hisfen der Nationalflagge usw. Ob die verschärften Bestimmungen des neuen Privatschulgesetzes vom 8. September 1938 auch auf die Schulen der Rußlanddeutschen Anwendung finden sollen, werden erst die Ausführungsbestimmungen zeigen. Das Schuljahr 1939 wurde noch unter den früheren Bedingungen begonnen. Das neue Privatschulgesetz zeigt schon sehr deutlich Nationalisierungstendenzen.

Wenn die Rußlanddeutschen bis jetzt auch noch nicht sonderlich in ihrem völkischen Eigenleben bedrängt wurden, so müssen die Aussichten für die Zukunft im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung in Südamerika doch als wenig hoffnungsvoll bezeichnet werden. Eine große Gefahr droht diesen rußlanddeutschen Kämpfern von der wirtschaftlichen Seite her. Die wirtschaftliche Lage ist vollständig unzulänglich und hemmt den kulturellen Aufstieg. Sie wird schließlich zum Zerfall des Gemeinschaftslebens führen, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren eintritt. Die wirtschaftliche Lage ist auch die Ursache der dauernden Binnenwanderung. Viele Familien haben innerhalb von neun Jahren schon drei- bis viermal den Siedlungsplatz gewechselt. Daß sich unter diesen Umständen kein Heimatbewußtsein entwickeln kann, ist verständlich. Der Gedanke einer Rückkehr in die alte Heimat nach Rußland ist darum unter diesen volksdeutschen Wanderern auch sehr lebendig.

Friedrich Kliever.

Nordschleswig

Deutscher Wahlerfolg — Schulungsarbeit der deutschen Jugend — Ein schwerer Verlust für das deutsche Schulwesen — Deutsche Erinnerungsfeier auf Düppel —
Deutsch-Nordschleswig grüßt den Führer

Am 3. April fand im gesamten dänischen Staatsgebiet die Neuwahl zum dänischen Reichstag statt. Mit besonderer Spannung sah alles an diesem Tage dem Wahlausfall in Nordschleswig entgegen. Von dänischer Seite war nichts unterlassen, um die Vorbedingungen für einen dänischen Wahlsieg zu schaffen. Dänische Parteien hatten Wahlbündnisse geschlossen, und die Kommunisten hatten sogar die Parole ausgegeben, für die von ihnen sonst stets bekämpften Sozialdemokraten zu stimmen. Von dänischen Vereinen wurden kurz vor der Wahl in freigebiger Weise dänische Fahnen und Fahnenstangen ausgeteilt, um auf diese Weise das ganze Land in ein dänisches Gewand zu kleiden. Alle diese Maßnahmen waren getroffen, um auf jeden Fall ein weiteres Anschwellen der deutschen Stimmen zu verhindern. Aber auch diesmal wieder wurden alle dänischen Berechnungen über den Haufen geworfen. Die deutsche Stimmenzahl stieg in Nordschleswig von 12 617 (im Jahre 1935) auf 15 134. Das bedeutete einen Stimmenfortschritt von 20 Prozent. Um diesen Stimmenfortschritt zu würdigen, muß man bedenken, daß das Deutschtum keinen Zugang von außen erhält, denn die Grenze nach dem Süden ist hermetisch abgeschlossen, und was von Norden ins Land hineinwandert, ist dänisch, bedeutet also eine Stärkung der dänischen Parteien. Auch der natürliche Nachwuchs fehlt oft der deutschen Volksgruppe, da die Existenzmöglichkeiten für junge deutsche Menschen in Nordschleswig sehr beschränkt sind. Der Zuwachs, den die deutsche Partei errang, stammt hauptsächlich aus den Kreisen deutschstämmiger Arbeiter, die bisher sozialdemokratisch gewählt hatten, und aus den Kreisen unentschiedener Wähler auf dem Lande, die bisher zu der großen Partei der Nichtwähler gehört hatten. Alle nordschleswigischen Städte konnten einen schönen Stimmenzuwachs verzeichnen. So stiegen die deutschen Stimmen in Apenrade von 1236 auf 1496, in Sonderburg von 1123 auf 1374, in Sadersleben von 1448 auf 1562 und in Sondern von 1167 auf 1209. Auf dem Lande erzielten die Kreise Apenrade und Sonderburg den stärksten Stimmenzuwachs.

Die Wahl war zugleich ein schöner Vertrauensbeweis für den Parteiführer der NSDAP. Nordschleswig, Dr. Möller, der die deutsche Liste führte. Von allen deutschen Stimmen wurden über 6000 auf Dr. Möller persönlich abgegeben. Er erhielt die höchste persönliche Stimmenzahl von allen in Nordschleswig aufgestellten Kandidaten. Der an 2. Stelle aufgestellte Bauer Wilhelm Deigräber erhielt 2500 persönliche Stimmen. Nur die starke dänische Wahlbeteiligung (bis zu 94 Prozent) verhinderte die Wahl eines zweiten deutschen Abgeordneten. Von jetzt ab wird also Dr. Möller-Gravenstein die deutsche Volksgruppe im dänischen Reichstag vertreten.

Die deutsche Jugend Nordschleswigs hat die Ostertage zu einer intensiven Schulungsarbeit benutzt. Die Führerinnen der Deutschen Mädchenschaft Nordschleswig versammelten sich auf dem Knivsberg und die Führer der Deutschen Jungenschaft Nordschleswig in dem vor kurzer Zeit errichteten Heim in Wennemoos bei Tondern. In der Nähe von Hadersleben, in Erleff, konnte am 2. Ostertag ein Heim der deutschen Jugend eingeweiht werden. Es wurde nach dem scheidenden Kreisführer, der in diesen Tagen ins Reich zurückgekehrt ist, „Hans-Harz-Heim“ genannt.

Auch in der obersten Spitze der Jugendführung ist eine Änderung eingetreten. Der bisherige Landesjugendführer Carl T ö n d e r ist durch den Parteiführer von seinem Amt entbunden worden, um andere Aufgaben innerhalb der Partei zu übernehmen. Gleichzeitig hat der Parteiführer Carl T ö n d e r seinen Dank ausgesprochen dafür, daß er während der Zeit der inneren Auseinandersetzungen die Einheit der Jugend aufrecht erhielt. Zum Landesjugendführer wurde Josef B l u m e - S e t h ernannt, der bisher bereits die Deutsche Jungenschaft Nordschleswig führte. Die Leitung der Deutschen Mädchenschaft Nordschleswig liegt in Händen von Christine J a k o b s e n - T i n g l e f f.

*

Das deutsche Schulwesen Nordschleswigs erlitt am 15. April einen schweren Verlust durch den Tod Rektor Wilhelm R o o p m a n n s. In rastloser Arbeit hatte Rektor Koopmann seit dem Jahre 1920 in Nordschleswig ein musterhaftes deutsches Schulwesen aufgebaut. Er war der Typ des unerschrockenen Volkstumskämpfers, der es ernst mit seiner Aufgabe nahm und der auch einen Strauß mit den dänischen Behörden nicht fürchtete, wenn es galt, das deutsche Recht durchzuführen. Aus ganz kleinen Anfängen schuf er ein Netz von 53 deutschen Privatschulen, denen etwa 30 deutsche Kommunal Schulen zur Seite stehen. Ganz plötzlich wurde er aus seiner Arbeit herausgerissen. Nachdem er noch am Nachmittag des 15. April den neuen deutschen Lehrer in Tostlund eingeführt hatte, wurde er plötzlich von einem Unwohlsein befallen und starb ein paar Stunden später an einer Gehirnblutung. Die Trauerkundgebungen der deutschen Volksgruppe und die herzliche Mittrauer von ganz Schleswig-Holstein haben gezeigt, was Nordschleswig an diesem Mann verloren hat, der am 20. April in T i n g l e f f zur letzten Ruhe bestattet wurde.

*

Anläßlich der 75. Wiederkehr des Sturmes auf die Düppeler S c h a n z e n fand am 16. April eine deutsche Feier auf den Höhen von Düppel statt, die von dem Verband ehemaliger deutscher Soldaten veranstaltet war. Ein stattlicher Zug, an dem sich alte deutsche Soldaten, die Partei und die Jugend mit ihren Fahnen beteiligten, marschierte von Sonderburg den nur 2 Kilometer langen Weg nach Düppel hinauf. Vor dem preussischen Denkmal wurde eine schlichte Gedenkfeier veranstaltet. Hier legte Konsul L a c h m a n n - A p e n r a d e im Namen des Deutschen Reiches einen Kranz nieder. Kameradschaftsführer R o l o f f - A p e n r a d e legte einen Kranz für die ehemaligen deutschen Soldaten nieder. Außerdem wurde das Grab der deutschen und der dänischen Gefallenen mit je einem Kranz geschmückt.

*

Am 20. April, dem 50. Geburtstag des Führers, fanden in Nordschleswig viele Kundgebungen statt, die einen Beweis ablegten von der Verehrung, die dem Führer auch aus dem abgetrennten Nordschleswig ent-

gegenströmt. Der 20. April war wieder einmal ein Tag, an dem sich die deutsche Volksgruppe Nordfchleswigs eins fühlte mit dem ganzen deutschen Volk, indem sie dem Führer dankte für sein großes Werk. So vereinigte sich die deutsche Bevölkerung Nordfchleswigs in großen Kundgebungen in Hadersleben, Apenrade, Rinkeniss, Sonderburg, Lügumkloster, Tondern und Hoyer. Auch die nordfchleswigschen Frauen gedachten in besonders feiner Weise dieses Tages, indem sie eine Adolf-Hitler-Spende zusammengestellt hatten, die dem Führer zu seinem Geburtstag überreicht wurde.

Eupen-Malmedy

Das Wahlergebnis vom 2. April — Die Gegner der Heimatfront — Lügen und Gewissensdruck zugunsten der Union — Heimattreue Selbstbehauptung — Was die Wahlziffern ausagen

Es war der schärfste Wahlkampf, den die Bewohner des abgetrennten deutschen Grenzlandes im Westen bisher im belgischen Staatsverbannde zu bestehen hatten. Alle belgischen Parteien standen der Heimattreuen Front gegenüber; so sehr sie sich untereinander im altbelgischen Gebiet befehdeten, in Eupen-Malmedy-St. Vith kannten sie nur einen Feind: das bodenständige, volksverbundene Deutschtum.

Die eigentliche Auseinandersetzung vollzog sich wie immer im wesentlichen zwischen der Heimattreuen Front, als der berufenen Hüterin der Heimatrechte, und der Katholischen Union, die im deutschen Grenzland die eigentliche Kernzelle des Probelgiertums und der Assimilierung bildet. Kein Mittel war den Unionisten und Probelgiern zu schlecht, um es nicht in Anwendung zu bringen. In Versammlungen und Flugblättern wurden die heimattreuen Führer auch rein persönlich schändlich verunglimpft und die größten Lügen verbreitet. Auch die „große Politik“ wurde an den Haaren herbeigezogen, um darzutun, seit der reichsdeutschen Erklärung vom Oktober 1937 gebe es keine Frage Eupen-Malmedy mehr, und die Eupen-Malmedyer täten daher gut daran, ihr Selbstbestimmungsrecht an den Nagel zu hängen und sich schleunigst assimilieren zu lassen. Vor allem aber griff wieder der Bischof von Lüttich persönlich in den Wahlkampf ein und ließ von den Kanzeln herab verlesen, daß ein guter Katholik eine Partei wie die Heimattreue Front nicht wählen könne.

So hatte sich die Heimattreue Front nicht nur offensichtlicher Lügen zu erwehren, sie sah sich auch genötigt, klarzustellen, daß das Deutsche Reich zwar nicht daran denke (und niemals gedacht habe), die belgischen Staatsgrenzen unter Anwendung von Gewalt zu ändern, dieser Tatbestand aber keineswegs ausschließe, ein Unrecht, das in Versailles begangen wurde, dem Wunsche der Betroffenen entsprechend wiedergutzumachen, und die Eupen-Malmedyer zudem nach wie vor auf ihrem Selbstbestimmungsrecht beharrten. Sie sah sich ferner genötigt, gegen den ungeheuerlichen Gewissensdruck zu protestieren, den die belgische Kirche durch den Mund des Bischofs ausübte, gegen ein Verfahren, das das religiöse Bekenntnis der Wähler zugunsten einer belgischen Partei zu vergewaltigen suche, die nicht die Partei des bodenständigen Volkstums sein kann, weil sie die Grundrechte des Volkstums mißachtet.

Das Ergebnis der Wahl: die Heimattreue Front wies sich erneut in jedem der drei Kreise Eupen, Malmedy und St. Vith als die stärkste Partei aus. In Eupen erhielt sie 3217, in Malmedy 2441 und in St. Vith 2074, zu-

fammen 7732 Stimmen. Die Union erhielt in Eupen 2524, in Malmédy 2056 und in St. Vith 1958, zusammen 6538 Stimmen. Gegenüber den Wahlen des Jahres 1936 bedeutet dies Ergebnis einen Rückgang der heimattreuen Stimmen und einen Zuwachs der Stimmen der Union; bei den damaligen Kammerwahlen wurden insgesamt 8882 heimattreue Stimmen (Provinzialratswahlen: 8676) abgegeben, während die Union 4989 (3663) erhielt. Selbstverständlich erklärte denn auch die Union nach der Wahl, sie habe einen „gewaltigen Sieg“ errungen.

Diese Behauptung wie das Wahlergebnis selbst sehen nun ganz anders aus, wenn man die Wahlziffern näher untersucht. Bei den Kammerwahlen von 1936, die, wie bekannt, im Zeichen des Protestes gegen das Ausbürgerungsgesetz und den Prozeß Dehottay stattfanden, wurde von heimattreuer Seite die Parole ausgegeben, weiße Protestzettel abzugeben. Auch bei den gegenwärtigen Wahlen fanden sich 675 Wähler, die weiße oder ungültige Zettel abgaben; sie sind zweifellos der Heimatfreien Front zuzurechnen, da sie durch die Abgabe weißer Zettel wohl bekunden wollten, sie lehnten überhaupt belgische Wahlen ab (in Belgien besteht Wahlpflicht). Ferner ist zu berücksichtigen, daß rund 20 000 **Altbelgier** im deutschen Grenzgebiet leben und wählen, die zum allergrößten Teil unionistisch gestimmt haben dürften. Andererseits werden von den 1155 Stimmen, die die radikale Rexpartei in Eupen-Malmédy aufbrachte, eine beträchtliche Anzahl von Leuten stammen, die an sich gut heimatreu gesinnt sind, jedoch auf die Wahlversprechungen der Rexisten hereinsielen, weil sie von dieser radikalen belgischen Gruppe noch immer eine Gesamtänderung des belgischen Staates erhoffen. Und wertet man nunmehr noch die Agitationsmittel der Heimatfeinde, insbesondere den kirchlichen Gewissensdruck, so ergibt sich, daß es mit der „Niederlage“ der Heimatfreien Front und dem „Sieg“ der Union wenig auf sich hat. Zwar schickt die Union ihren Vertreter, den St. Vith Bürgermeister Freres, als Abgeordneten nach Brüssel, aber dieser „Sieg“ wurde nur mit Hilfe der Stimmen erkochten, die im benachbarten altbelgischen Bezirk von Verviers für die unionistische Liste abgegeben wurden.

Zusammengefaßt: die Heimatfreie Front behauptete sich gut unter schwierigen Bedingungen! Sie ist nicht nur die stärkste Partei im deutschen Grenzgebiet geblieben, sondern vertritt nach wie vor auch die **absolute Mehrheit** der bodenständigen Bevölkerung.

Was zeigte das Wahlergebnis noch? Die Sozialdemokraten hatten es bei den Kammerwahlen von 1936 noch auf 1175 Stimmen gebracht (Senatswahlen: 1088); diesmal erhielten sie nurmehr 694 Stimmen: der **Verrat** an der Heimat, der sie brandmarkt, führte zu weiterer Einschumpfung. Die Rexpartei wurde bereits erwähnt. Sie zog bei den Kammerwahlen von 1936 2452 Stimmen auf sich, bei den Senatswahlen des gleichen Jahres waren es sogar 2965 Stimmen; auch sie befindet sich also im deutschen Grenzland, mit ihren gegenwärtig noch 1155 Stimmen, in schwerstem Rückgang und hat hier, ähnlich wie in Altbelgien selbst, in weitgehendem Maße die Hoffnungen verscherzt, die sich an ihre Versprechungen und Propaganda knüpften. Die Liberalen und Kommunisten zählen überhaupt nicht. Die ersteren erhielten 626, die letzteren ganze 82 Stimmen, und man braucht beide Gruppen, die natürlich, jede für sich, erbitterte Gegner der Heimatfreien Front sind, nur insoweit zu erwähnen, als sie die Stimmenzersplitterung erhöhten. Eine Parlamentswahl ist ja keine Volksbefragung; je mehr Parteien vorhanden sind, um so mehr besteht die Gefahr, daß der Wähler verwirrt wird und sich verlocken läßt. Auch unter

diesem Gesichtspunkte ist das Wahlergebnis vom 2. April zugunsten der Heimat-treuen Front zu bewerten.

Es war dabei nicht zuletzt von Interesse, wie sich die altbelgischen Parteien, insbesondere die Union, gegenüber den Rechten des Volkstums verhielten. Man vermied es peinlich, sich als das zu zeigen, was man in Wirklichkeit ist: der Feind des Volkstums. Man suchte vielmehr mit großen Worten nachzuweisen, daß man die Heimatrechte gar nicht antasten wolle, ja daß einem nichts höher stehe als das „Wohl der bodenständigen Bevölkerung“. Gerade die Union konnte sich nicht genug daran tun, ihre „Liebe zur Heimat“ zu verkünden und immer wieder zu erklären, wie sehr sie bemüht sein werde, in Brüssel für Eupen-Malmedy-St. Vith einzutreten.

Zweierlei offenbarte sich aus dieser verlogenen Propaganda: einmal, daß die Heimatfeinde mit allen Mitteln bestrebt waren, die Wähler zu täuschen, und zum anderen, daß sie sich bewußt waren, diese nur mit heimtückischen Argumenten fördern zu können. Man darf daher auch gespannt darauf sein, wie der St. Vither Bürgermeister als Abgeordneter seine Wahlversprechungen erfüllen wird. Denn als Unionist ist er der Gesangene seiner Partei, die, trotz aller schönen Worte, nur ein Ziel will: die Unterdrückung der Volksrechte, die Mundtotmachung wahrer Heimateure, die Belgisierung, die Assimilation.

Lettland

Verstärkte Volkstumsarbeit — Die Ausstellung „Deutsches Kulturschaffen in Lettland“ — Fünfzehn Jahre „Deutsches Schauspiel“ in Riga — Aus der deutschen Jugendarbeit — Überflüssige Pressehehe — Ein rechtspolitisches Fehlurteil — Das neue Grenzschutzgesetz und der deutsche Bodenbesitz

Nach der im Herbst vorigen Jahres erfolgten Neuordnung in der führenden deutschen Volkstumsorganisation in Lettland, der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland“ — die seit dem 17. März d. J. in „Deutsche Volksgemeinschaft in Lettland“ umbenannt worden ist — standen die ersten Monate dieses Jahres im Zeichen verschärfter sachlicher Arbeit. Sichtbaren Ausdruck deutscher Volkstumsarbeit gaben eine Reihe von Leistungsschauen.

Am 29. Januar wurde im Schwarzhäupter-Haus zu Riga unter starker Beteiligung des gesamten Rigaer Deutschtums und in Anwesenheit von Vertretern der Deutschen Gesandtschaft und lettischer Behörden eine Schau „Deutsches Kulturschaffen in Lettland“ eröffnet. Die Schau, die vom Kulturamt der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“ durchgeführt wurde, vermittelte einen Gesamteindruck ersten wissenschaftlichen und künstlerischen Strebens und lebendigen Kulturwillens der deutschen Volksgruppe in Lettland. Besondere Beachtung verdiente das wissenschaftliche Schrifttum des Herder-Instituts, der ihm angeschlossenen wissenschaftlichen Forschungsstellen, der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften in Lettland und einzelner baltendeutscher Wissenschaftler. Im einzelnen seien hier nur erwähnt die Mitteilungen und Sitzungsberichte der „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde“, des „Naturforscher-Vereines“, die „Rigasche Zeitschrift für Rechtswissenschaft“ als Organ der deutschen Rechtswahrer in Lettland, die „Baltischen Monatshefte“, sowie ein umfangreiches wissenschaftliches Schrifttum. Neben den Werken baltendeutscher Maler und Graphiker waren auch hochkünstlerische Porzellanarbeiten, Keramiken und Metalltriebarbeiten ausgestellt.

Die Schau „Deutsches Kulturschaffen in Lettland“ fand im Zuge einer in ganz Lettland durchgeführten „Kulturwoche“ statt. In Ergänzung zu dieser Schau deutschen Kulturschaffens brachte das führende Blatt der deutschen Volksgruppe, die „Rigasche Rundschau“, laufend umfangreiche Übersichten über die deutschen Kulturleistungen im Lande in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Den Abschluß dieser kulturellen Veranstaltungen der deutschen Volksgruppe bildete eine Morgenfeier im Deutschen Schauspiel zu Riga am 6. März, auf der u. a. das Drama eines baltendeutschen Dichters, „Nach dem Neunten Thermidor“ von Karl von Freymann, zur Aufführung gelangte.

In gleicher erfreulicher Weise entwickelt sich auch die deutsche Kulturarbeit in den Provinzstädten des Landes. So konnte insbesondere das Kulturamt in der Ortsgruppe L i b a u auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Die Besucherzahl deutscher Veranstaltungen in Libau ist in den letzten vier Jahren im ständigen Ansteigen begriffen. Die einzelnen Unterabteilungen des Libauer Kulturamtes: „Vortrag und Bildung“, „Fest und Feier“, „Musik und Konzert“ sowie „Tanz und Spiel“ kennzeichnen den Tätigkeitsrahmen dieser Arbeitsstelle der Libauer Ortsgruppe der „Deutschen Volksgemeinschaft“. Auch in den anderen Provinzstädten ist eine regere deutsche Kulturarbeit feststellbar, die z. B. von der Zentralstelle in Riga, dem Kulturamt der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“ angeregt und mitgestaltet wird. In einer besonders eindrucksvollen Feier gedachte das Deutschtum in Mitau am 18. März des 20. Jahrestages der Befreiung Mitaus von der Bolschewistenherrschaft durch die reichsdeutschen und baltendeutschen Freiwilligentruppen.

Am 7. Februar d. J. konnte das Deutsche Schauspiel in Riga auf sein fünfzehnjähriges Bestehen zurückblicken. Nachdem das in der Vorkriegszeit hochentwickelte deutsche Theaterleben in Riga durch den Weltkrieg und die nachfolgenden Kämpfe mit ihren schweren Auswirkungen für das Baltendeutschtum ein Ende gefunden hatte, wurde in der Nachkriegszeit aus bescheidenen Anfängen heraus ein neues Deutsches Schauspiel aufgebaut. Mit der Aufführung von Hauptmanns „Hanneles Himmelfahrt“ am 7. Februar 1924 begann es seine Tätigkeit. Heute ist es zu einem wesentlichen Kulturfaktor für die gesamte deutsche Volksgruppe und darüber hinaus zur Trägerin deutschen Kulturschaffens in Nordosteuropa geworden. Unter der Leitung des gegenwärtigen Intendanten Dr. Hermann G r u s s e n d o r f f, ist es gelungen, die Organisation der Theatergemeinden so auszubauen, daß heute das Deutschtum in Riga fast in seiner Gesamtheit erfaßt ist. Durch Intensivierung des Ensemblespiels und technische Vervollkommnung gelang es, die Gesamtleistung des Schauspiels planmäßig zu steigern und eine Hochwertigkeit des Spielplanes zu erreichen, so daß das Deutsche Schauspiel heute auf dem besten Wege ist, ein deutsches Volkstheater zu werden.

Eine weitere beachtliche Leistung des Kulturamtes der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“ bildete die vom 19. bis 24. März d. J. im Schwarzhäupter-Haus zu Riga veranstaltete bevölkerungskundliche A u s s t e l l u n g „F a m i l i e, S i p p e, V o l k“. Rasse- und vererbungskundliche Grundgesetze wurden durch Schaubild und Zeichnung dem Besucher verdeutlicht, um die Bindung des einzelnen durch seine Sippe an die große Blutsgemeinschaft des Gesamtvolkes lebendig werden zu lassen. Eine mit der Schau verbundene Buchausstellung brachte einschlägiges Schrifttum zur Erbpflege, Bevölkerungs- und Rassenkunde und zur Familiengeschichte.

Auch auf dem Gebiet des Sports ist in der deutschen Volksgruppe in den letzten Monaten eine Neubelebung eingetreten. Das Sportamt der „Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland“, das gleichfalls eine personelle Umbesetzung erfahren hat, wird organisatorisch zum lebendigen Mittelpunkt des deutschen Sports in Lettland ausgebaut und soll den persönlichen Kontakt zwischen den von ihm erfassten Organisationen aufrechterhalten. Der Aufbau einer Fachbücherei und eines Zeitschriftentisches für Fachzeitschriften, der Aufbau eines Sportarchivs und einer Sport-Pressezentrale, die Durchführung von sportlichen Veranstaltungen und die Betreuung der Turnlehrer und Übungsleiter der einzelnen Vereine sind Teile des umfangreichen Aufgabengebietes, dessen sich das Sportamt unter seinem neuen Leiter Erich Faber anzunehmen hat und das es bereits mit Erfolg zur Durchführung bringen konnte.

Die Jugend der deutschen Volksgruppe in Lettland, in ihrer zentralen Organisation „Verband deutscher Jugend in Lettland“ zusammengeschlossen, hat gleichfalls mit einer Reihe von Veranstaltungen einen Einblick in ihre Tätigkeit gegeben und den Wert ihrer umfangreichen Volkstumsarbeit unter Beweis gestellt. Großveranstaltungen, auf denen deutsche Marschlieder und Märsche vorgetragen wurden, wechselten mit dem Einsatz im Dienste der Volksfürsorge ab. Einen Gesamtüberblick über die Arbeit der deutschen Jugend in Lettland vermittelte eine am 13. April d. J. in den Räumen des deutschen „Rigaer Turnvereins“ eröffnete große Leistungsschau „Jugend am Werk“. Neben einem Überblick über den organisatorischen Aufbau der deutschen Landjugend in Lettland und den allmählichen Entwicklungsgang bis zur heutigen, umfassenden deutschen Jugendorganisation vermittelte die Schau auch ein Bild von den einzelnen Fachgebieten der Arbeit der deutschen Jugend. Gesundheitspflege und Leibeserziehung bildeten zwei wichtige Abteilungen der Schau und gaben Zeugnis von den hier erzielten Leistungen und Erfolgen. Die Abteilung „Fahrt, Lager und Heimdienst“ vermittelte ein Bild von diesem bedeutungsvollen Bereich der Jungenschaftsarbeit. Die Abteilung „Kulturschaffen der deutschen Jugend“ war im Stil eines deutschen Jugendheimes gehalten, mit einer Leseecke und einem Stand, der einen Einblick in die Musikarbeit der im Dienste dieser Aufgabe stehenden Sondereinheiten der deutschen Jungenschaft und Mädchenschaft gab. Unter dem Wahlspruch „Wir Mädels schaffen“ wurde ein Bild von der Kulturarbeit der deutschen Mädel vermittelt; Werkarbeiten der Mädchenschaft, Schattenspielfiguren, verschiedenartiger Festschmuck und zahlreiche Bildtafeln zeigten, daß auch baltendeutsche Mädel am Werk sind, um alle ihre Lebensäußerungen jenem neuen Stilgefühl unterzuordnen, das aus den Lebensgesetzen der deutschen Weltanschauung erwächst. Die Abteilung „Landdienstwerk“ gab Rechenschaft von dieser vielleicht wichtigsten Einsatzmöglichkeit der deutschen Jugend in Lettland, die Arbeit im Dienste des völkischen Sozialismus bedeutet. Schließlich gab die Abteilung „Jugend im Beruf“ ein Bild vom Schaffen der deutschen Jugend im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Handel, in der Industrie und in den akademischen Berufen. Bilder, Tafeln, Tabellen und Diagramme zeigten dabei die Möglichkeiten und Aussichten der einzelnen Berufe für die deutsche Jugend auf.

Die Eröffnung der Leistungsschau „Jugend am Werk“ gestaltete sich zu einer besonders eindrucksvollen Rundgebung des Deutschtums in Lettland. Im Mittelpunkt der Eröffnungsfeier, der neben einem Vertreter der Deutschen Gesandtschaft der bekannte Vorkämpfer für die völkische Erneuerungsbewegung im Baltendeutschtum, Dr. Erhard Kroeger, sowie zahlreiche führende

Männer der deutschen Volksgruppe und der reichsdeutschen Kolonie beiwohnten, stand eine Ansprache des deutschen Jugendführers Otto Kraus. In dieser für die gesamte deutsche Jugendarbeit in Lettland bestimmenden Ansprache bezeichnete der Landesjugendführer die deutsche Jugendorganisation als die Werkstatt, in der das Material gehärtet und geformt wird, das den Fortbestand der Volksgruppe gewährleistet. Unter Erwähnung der einzelnen Aufgabengebiete hob Kraus besonders die Leibeserziehung hervor. Die Worte Adolf Hitler vom Vorrang der körperlichen Ertüchtigung in der völkischen Erziehung seien auch für die baltendeutsche Jugend bestimmendes Ziel. Zäh wie Leder, hart wie Kruppfahl, und schnell wie ein Windhund zu sein — danach strebe auch sie. Er wies auch auf das eine hin, das die Ausstellung allerdings nicht zeigen könne: der kleine zähe Einsatz des Einheitsführers und der einzelnen Kameraden in den Formationen, ihr treues Durchhalten und die wirklich mächtige Arbeitslast, die heute auf so manchem jungen Menschen laste und die er dennoch gerne trage. Abschließend erklärte der Landesjugendführer Kraus: „Es hat viele Mißverständnisse gegeben um unsere völkische Jugenderziehung. Viele meinten, sie sei gefährlich, weil sie politisch sei. Ich kann nur eines sagen: unsere einzige Politik ist die, deutsch zu sein und unsere deutschen Jungen und Mädchen deutsch zu erziehen. Das ist gut und anständig, und ich glaube nicht, daß jemand dagegen etwas ernstlich einzuwenden hat. Daß aber diese Erziehung nur in einem Geist erfolgen kann, im Geiste der deutschen Weltanschauung, ist selbstverständlich. Denn eine Gemeinschaft müssen wir sein, um uns behaupten zu können, und einen Willen müssen wir haben. Eine Gemeinschaft aber ist nur da, wo das Denken gleichgerichtet ist, und eine Kraft ist nur da, wo ein einziger Wille. Daß wir die Gemeinschaft und den Willen im Zeichen unserer Zeit und dem stolzen Aufbruch unseres Volkes finden müssen, ist klar und kann nicht anders sein. Es wäre schmachlich, wenn wir nicht den Gleichtritt finden würden zum Schritt der ganzen Jugend unseres Volkes.“

Das Verhältnis zwischen der deutschen Volksgruppe und dem Lettentum hat in den letzten Monaten durch verschiedene Maßnahmen der lettischen Behörden eine weitere Belastung erfahren. Ein wesentliches Kapitel bildet die von der lettischen Regierung zum mindesten geduldete Deutschenheze der lettischen Presse. Ähnlich wie in den Tagen der Septemberkrise ergoß sich nach der Errichtung des Protektorats in Böhmen und Mähren die lettische Presse in den Berichten ihrer zahlreichen Auslandskorrespondenten in übelsten Beschimpfungen Deutschlands und des deutschen Volkes. Durch diese von der Regierung gedulbete Presseheze wurde der lettische Mob wieder einmal zu Ausschreitungen gegen einzelne Angehörige der deutschen Volksgruppe veranlaßt und eine sich gegen die deutsche Volksgruppe auswirkende, vergiftete Atmosphäre geschaffen. Wie völlig verfehlt auch heute noch offensichtlich die Einstellung der zuständigen lettischen Stellen zu den Fragen des Deutschtums in Lettland ist, enthüllte ein offiziell inspiertierter Leitartikel im lettischen Regierungsblatt („Brihwa Seme“ Nr. 36 vom 13. Februar 1939) „Lettisch-deutsche Fragen“ mit dem Nebentitel: „In jedem Staat kann es nur einen Nationalismus geben.“ In völliger Verkennung und bewußten Verfälschung der deutschen Geschichte im Lande wird der Versuch gemacht, der deutschen Volksgruppe das Recht auf ein völkisches Eigenleben im Lande abzuspochen. Allein die groteske Behauptung: „... Ein freies Volk (d. h. die Letten) aber kennt keine Rache, und in all den Jahren des Bestehens von Lettland haben unsere Deutschen nicht gefühlt,

daß sie in diesem Lande jemand unterdrücken wollte ...“ kennzeichnet die innere Verlogenheit, die aus dieser von maßgeblichen lettischen Kreisen vertretenen Auffassung spricht. Das lettische Blatt versucht außerdem der reichsdeutschen Presse das Recht abzuspochen, sich um die Lage der deutschen Volksgruppe in Lettland zu kümmern (was als unzulässige Einmischung in innere lettländische Angelegenheiten angesehen wird) und gipfelt in der Behauptung, daß das Vorhandensein der deutschen Volksgruppe in Lettland das einzige Hindernis für freundschaftliche und normale Beziehungen zwischen dem deutschen und dem lettischen Volk bilde.

Diese anmaßende Erklärung des lettischen Regierungsblatts hat seitens der reichsdeutschen Presse die verdiente Zurückweisung erfahren. Es sei hier insbesondere auf die Erwiderung der „Berliner Börsen-Zeitung“ (vom 15. Febr. 1939) hingewiesen. Nach der Feststellung, daß die vom lettischen Regierungsblatt vertretenen Auffassungen dieselben seien, die man schon von Schuschnigg und Benesch her kenne, schreibt die „Berliner Börsen-Zeitung“: „... Das lettische Blatt scheint auch noch nicht begriffen zu haben, daß heute der Nationalsozialismus schlechthin die Lebensform des Deutschen ist, wo immer er seiner Deutschtum sich bewußt geblieben oder wieder bewußt geworden ist. Auf den Poststellen der Polizeibehörden wird über diese Fragen nicht entschieden. Sich aber heute noch einzubilden, man könne am lettländischen Deutschtum vorübergehen, wenn man zu einer positiven Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten kommen will, würde ein ebenso bedauerlicher wie unrentabler Irrtum sein ...“ — Die sonst polemikfreudige lettische Presse hat es vermieden, auf diese klare deutsche Stellungnahme weiter einzugehen.

Eine weitere bezeichnende lettische Maßnahme stellt die Aufhebung der in volksgruppenrechtlicher Hinsicht wichtiger Entscheidung der Administrativabteilung des Rigaer Bezirksgerichts durch das Administrativdepartement des lettländischen Senats dar. Im November vorigen Jahres (vgl. Deutschtum im Ausland, Heft Februar/März 1939, S. 109/110) hatte sich die Administrativabteilung des Rigaer Bezirksgerichts in ihrer Entscheidung eines konkreten Falles zu dem Grundsatz bekannt: Für die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volkstum ist das eigene Bekenntnis ausschlaggebend. Diese Entscheidung, die sich eine deutsche Frau mit einem lettisch klingenden Mädchennamen gegen den Versuch einer lettischen Behörde erkämpft hatte, die ihr im Zuge der Lettifizierungsbestrebungen ihr Deutschtum streitig machen wollte, wurde Mitte Februar von der Administrativabteilung des lettländischen Senats umgestoßen. Damit wird den Lettifizierungsbestrebungen der unteren lettischen Behörden weitgehend Tür und Tor geöffnet.

Schließlich sei noch eine Maßnahme der lettischen Regierung erwähnt, deren Auswirkungen im vollen Umfange nicht zu erkennen sind, sich jedoch als eine weitgehende Gefahr für die Bodenständigkeit des bereits durch den bekannten Landraub äußerst geschwächten Deutschtums auf dem Lande hinstellen. Durch ein Gesetz vom 10. März d. J. hat sich die lettische Regierung weitgehende Eingriffsmöglichkeiten beim Eigentumsübergang von Grund und Boden auf dem flachen Lande gesichert. Angeblich sollen diese Eingriffsmöglichkeiten der lettischen Regierung sich nur auf eine 50 Kilometer breite Zone längs den Land- und Wassergrenzen Lettlands „beschränken“, praktisch werden jedoch etwa acht Zehntel der Gesamtfläche Lettlands davon betroffen. Die lettische Presse selber spricht in diesem Zusammenhang von einer zweiten „Agrarreform“, welche Bezeichnung allein schon die lettischen Hintergedanken erkennen läßt.

Polen

Polen im Fahrwasser der Einkreisungsmächte — Hemmungslose Deutschfeindlichkeit — Werbewoche des Polnischen Westverbands mit offizieller Beteiligung — Deutsche flüchten nach Danzig! — Verbote und Beschlagnahmungen — Unwahre Darstellungen der Lage der Deutschen in Oberschlesien

Die Neugestaltung des mitteleuropäischen Raumes hat in Polen zu einer Stimmung geführt, die für das ansässige Deutschland eine schwere Gefährdung seiner Existenz bedeutet. Im polnischen Sejm wurde erklärt, daß die politische Lage des polnischen Staates als gefährlich bezeichnet werden muß. Besonders von nationaldemokratischer Seite wurde systematisch auf die angeblich von dem westlichen Nachbarn drohende Gefahr hingewiesen. Auf derselben Linie liegt aber auch die Wandlung der offiziellen polnischen Außenpolitik, die in dem englisch-polnischen Beistandspakt ihren Ausdruck findet. Diese radikale Schwenkung der polnischen Außenpolitik brachte es mit sich, daß heute zwischen den Maßnahmen der Behörden und dem Ton der Regierungspresse auf der einen und den überspitzten Forderungen des nationaldemokratischen Chauvinismus auf der anderen Seite keine wesentlichen Unterschiede mehr bestehen. Es ist z. B. soweit gekommen, daß das Warschauer Regierungsorgan „Cypresz Poranny“ und der berüchtigte Westverband sich in Annektierungsplänen überbieten. Das Blatt schreibt, jeder polnische Bürger müsse in seinem Herzen jene Landkarte Polens tragen, die angibt, wie die Grenze Polens eigentlich verlaufen sollte. Damit knüpft das Blatt an die Hirngespinnste polnischer Phantasten an, die Danzig und Ostpreußen annectieren und die polnische Grenze an die Ober verlegen wollen. Es heißt dann wörtlich weiter: „Niemand darf das vergessen und jeder muß auf den Augenblick warten, bis sich diese Grenze aktiv ziehen läßt, nicht durch die Gnade Gottes, sondern durch die ersehnte Gelegenheit.“ Wenn man solche Äußerungen liest, so kann man der Versicherung Polens, daß es sich nicht der Einkreisungsfront gegen Deutschland anzuschließen gedenkt und daß das polnisch-englische Bündnis rein defensiv aufgefaßt werden müßte, wenig Glauben schenken. Um die in Polen heute herrschende Stimmung ganz verstehen zu können, muß noch eine Aktion genannt werden, die der inneren Vorbereitung der polnischen Bevölkerung auf einen angeblich demnächst mit Sicherheit zu erwartenden Krieg mit Deutschland dienen soll. Diese Aktion verfolgt, wie es die „Poliska Zbrojna“, das polnische Militärblatt, fordert, das Ziel, dem polnischen Volk den Glauben an sich selbst zu geben und in ihm angesichts der einschneidenden Veränderungen an Polens Grenzen ein Gefühl der Selbstsicherheit zu wecken und zu erhalten. Die polnischen Blätter veröffentlichen zu diesem Zwecke Artikel, in denen die Kriegsbereitschaft Polens unterstrichen wird. Während man sich zu Beginn dieser Aktion noch etwas Zurückhaltung in der Bezeichnung des Landes auferlegte, gegen das die „Psyche des polnischen Volkes militarisiert werden sollte“, nennen heute die verschiedensten Artikel diesen Gegner beim Namen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die von höchster Seite betriebene Militarisierung der polnischen Psyche sich gegen das deutsche Volk richtet, wobei die Methode in der Herabsetzung des deutschen Volkes und seines Heeres die größte Rolle spielt.

Die neue außenpolitische Linie Polens und die sich daraus ergebende offizielle deutschfeindliche Orientierung hat bewirkt, daß die bis zur

Siedehitze gesteigerte Erregung sich in allerletzter Linie in hemmungslöser Weise gegen das Deutschtum in Polen entlädt. Dabei trifft der Hassfeldzug gegen alles, was deutsch ist, fast nirgends auf Widerstände, der Ton der Regierungspresse gegenüber dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk bedeutet eher noch eine Ermunterung für die Rädelsführer. Außerdem sieht der einzelne Pole ja schließlich, auf welche Weise die Behörden selbst gegen das Deutschtum vorgehen und muß daraus seine Schlüsse ziehen.

Das Deutschtum ist wehrlos. Das muß sich jeder sagen, der die Behandlung der deutschen Volksgruppe in Polen mit objektivem Blick verfolgt. Bedeutet es etwa nicht eine Ermunterung zu weiteren Überfällen auf Deutsche, wenn das Gericht, wie das in dem Prozeß gegen die des Sturmes auf die Wohnung des Senators Wiesner Angeklagten geschah, zu einem Freispruch kommt, weil die Angeklagten wegen ihres angetrunkenen Zustandes „unzurechnungsfähig“ betrachtet werden? Daselbe gilt auch für die vielen Verhaftungen von Deutschen, die vielfach unter geheimnisvollen Umständen und ohne Angabe von Gründen erfolgen. Die Bevölkerung sieht, wie die Deutschen gleich Schwerverbrechern unter starker Polizeibedeckung in Handschellen abgeführt werden, und wenn sich dann auch in manchen Fällen nach oft monatelanger Untersuchungshaft die Behörden zur Freilassung entschließen, so ist damit doch der beabsichtigte Eindruck der Polizeiaktion zumindest bei der polnischen Bevölkerung noch nicht aufgehoben.

*

Der berüchtigte Westverband läßt sich bei dieser neuerlichen gegen das Deutschtum gerichteten Verfolgungswelle wiederum von niemandem überbieten. Vom 15. bis zum 22. April rief er zu einer Großaktion in ganz Polen auf, für welche die Devise ausgegeben wurde: „Nicht nur Kampf mit der Waffe, sondern Kampf überall!“ Die Großaktion beabsichtigt „Aufklärung über die Deutschen in Polen“ zu geben. Zum Programm der Woche gehören öffentliche Kundgebungen, Verteilung von Flugblättern, Straßensammlungen, Boykottaktionen gegen Deutsche und andere satzsam bekannte „Befriedigungs- und Verständigungsarbeiten“. In dem Werbestflugblatt für Pommerellen heißt es: „In Groß-Pommerellen müssen wir immer wachsam sein, wir müssen hier in ewiger Kampfbereitschaft stehen. Die pommerellische Bastion muß unüberwindlich ausgebaut werden. Denke an die polnischen, vom Mutterlande abgetrennten Gebiete: Marienburg, das Ermland, an die Masuren, an die Raschubei, an das Posener Grenzgebiet und an das Oppelner Schlesien!“ Besonders bemerkenswert ist es, daß die Namensliste des „Ehrenkomitees“ eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter allein acht aktive Generale umfaßt. Neben dem unter solchen Aufrufen bereits bekannten schlesischen Wojewoden Grazynski finden wir den Vizeministerpräsidenten Rwiattkowsky, den Kriegsminister General Rasprzycki, den Bischof Bursche, den obersten Staatsanwalt Bniniski, den Pöpliner Bischof Dkoniewski u. a. m. Auch daraus ist zu ersehen, daß diese „Großaktion“ des Westverbandes als eine offizielle Angelegenheit gewertet werden muß.

Für das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien wurde die Westverbandswoche mit einer Kundgebung auf dem Rattowitzer Ring eröffnet. Die Besucher der Kundgebung waren in der Hauptsache verhezte chauvinistische Elemente, Jungauständische und Angehörige polnischer Jugendverbände, die sich in der letzten Zeit wiederholt durch Ausschreitungen gegen friedliebende Angehörige der deutschen Volksgruppe hervorgetan haben. Nach den üblichen Heß-

reden und dem Absingen des deutschfeindlichen Hezliedes, der „Rota“, formierte sich dann ein Zug, der durch die Straßen von Rattowitz marschierte. Dabei ertönten dauernd Rufe wie „Raus mit den Deutschen“ u. a. m.

Auch die Nationaldemokraten lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, um auch ihrerseits einen Beitrag zur Deutschenheze zu leisten. Sie verbreiteten neuerdings ein Flugblatt, in welchem in gleichem Atemzuge zum Boykott der Juden und der Deutschen aufgerufen wurde. Es bedeutet einen Gipfelpunkt des nationaldemokratischen Zynismus, wenn hier Juden und Deutsche auf eine Stufe gestellt werden. Das Flugblatt stroht von unwahren Behauptungen und endet mit der Forderung, die deutschen Geschäfte zu meiden.

*

Die von allen Seiten geschürte Heze gegen das Deutschtum hat vor allem tägliche Exzesse und Überfälle zur Folge. Es ist unmöglich, sie alle zu registrieren, weil das im Rahmen eines Länderberichtes nicht einmal raummäßig möglich ist. Außerdem erfährt in vielen Fällen die breitere Öffentlichkeit schon deshalb nichts, weil die polnische Zensur Meldungen über tatsächlich stattgehabte Ausschreitungen einfach nicht durchläßt und gegen die deutsche Presse im Falle der Berichterstattung mit Beschlagnahmungen und anderen Strafen vorgeht. Wir geben daher nur einen verhältnismäßig kleinen Ausschnitt aus der Fülle der täglichen Gewaltakte wieder. So wurden im Heim des Deutschen Volksbundes in Laurahütte drei Fensterscheiben eingeschlagen. Die Polen hinterließen am Tatort den Zettel mit der Aufschrift: „Der Deutsche, der Hund und das Schwein gehören zu einer Familie.“ — „Raus mit den deutschen Hunden aus Schlesien.“ — „Tod den Verrätern.“ Nach einer Versammlung des Regierungslagers der Nationalen Einigung in Rybnik in Ost-Oberschlesien wurden an den Häusern und Wohnungen der Deutschen Platate mit ähnlichem Wortlaut angeklebt. Das deutsche Volksheim in Erzyniec im Olsagebiet wurde durch Steinwürfe schwer beschädigt. Täglich erfährt man von Überfällen auf Deutsche, die nur aus dem einzigen Grunde erfolgen, weil die Überfallenen deutsch sprechen. In Bielitz wurden sogar Kinder nur deshalb blutig geschlagen, weil sie sich in der unter dem Schutz der Verfassung stehenden Muttersprache unterhielten. In Bromberg wurden in einer Nacht alle deutschen Geschäfte mit Teerfarbe beschmiert und vielfach mit der Aufschrift: „Hier wohnt der Feind“ versehen. Während die blindwütigen Verfolger der weißen Strümpfe im Sudetenland längst der Lächerlichkeit anheimgefallen sind, werden in Polen fast täglich Deutsche überfallen, die weiße Strümpfe tragen. Selbst die Behörden scheinen nicht aus der Geschichte gelernt zu haben und steuern durch die Auserlegung von Strafmandaten ebenfalls ihren Teil zu dem lächerlichen Feldzug gegen die weißen Strümpfe bei.

In Eggertshütte und in einigen anderen dicht an der Danzig-polnischen Grenze gelegenen Ortschaften nahmen die Überfälle auf Deutsche erschreckende Ausmaße an. Die Deutschen wurden von mit Knüppeln bewaffneten Polen, die sich in der Abermacht befanden, überfallen. Die Fenster, Türen und Wohnungseinrichtungen bei den meisten deutschen Bauern wurden demoliert. Diese hemmungslosen Ausschreitungen, die Leben und Eigentum der Deutschen gefährdeten, haben zu einer Fluchtbewegung auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig geführt. Nahezu hundert deutsche Familien, vor allem Frauen, Kinder und Greise waren gezwungen, Haus und Hof zu verlassen, um wenigstens

ihre Leben in Sicherheit zu bringen. Auf Danziger Gebiet wurde alles getan, um den Flüchtlingen zu helfen. Allerdings sind die Frauen vielfach in Sorge um das Schicksal der Männer, die in Polen zurückbleiben mußten. Bevor sie flüchteten, waren die Frauen und Kinder zur Nacht in die Grenzdörfer auf der Danziger Seite gegangen, um sich vor den Überfällen zu schützen, die ja vor allem in der Nacht erfolgten.

Die fortdauernden Überfälle verheerter Polen auf Deutsche haben zu einer erschütternden Tragödie geführt. Das Gut Dabrowken im Kreise Graudenz wurde nachts von einer größeren Zahl Polen überfallen, und das Wohnhaus des deutschen Gutbesizers Förster ununterbrochen mit Steinen bombardiert. Die Inneneinrichtung des Hauses wurde dabei vollständig demoliert. Als der deutsche Gutbesizer sich nicht mehr zu helfen wußte, warnte er die Angreifer, daß er schießen würde, falls sie sich nicht sofort entfernten. Die Warnung blieb fruchtlos, denn die Polen setzten zum Sturm auf das Haus an. Daraufhin war der Überfallene gezwungen, von seinem Recht der Notwehr Gebrauch zu machen und schoß auf die das Haus stürmende Horde, wobei sieben Polen verletzt und einer getötet wurde. Das Gutshaus Dabrowken wurde von der sofort erschienenen Polizei von jedem Verfehr mit der Außenwelt abgeschnitten und sämtliche Bewohner des Hauses verhaftet.

7

*

Von den Behörden werden in verstärktem Umfang Maßnahmen ergriffen, die das Deutschtum in seiner Bewegungsfreiheit einengen und zu den in der Verfassung garantierten Rechten in offenem Widerspruch stehen. In Gnesen sind minderjährige Mädchen im Alter von 15—19 Jahren verhaftet worden. Wie die polnische Presse meldet, ist ihnen jetzt die Anklageschrift zugestellt worden, die ihnen die Gründung einer Geheimorganisation „Bund deutscher Mädel“ zur Last legt. Drei von den hauptangeklagten minderjährigen Mädchen befinden sich seit ihrer Festnahme in Untersuchungshaft, während die anderen bis zum Termin der Gerichtsverhandlung freigelassen wurden. In Lessen, Kreis Graudenz, sollte ein Kameradschaftsabend der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung stattfinden. Der Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung in Bromberg, Bruno Tefmer, der den Abend leiten sollte, wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Lessen verhaftet. Er wurde in das Polizeigefängnis nach Graudenz gebracht. Zwölf Mitglieder der Ortsgruppe, die sich zu dem Abend begeben wollten, wurden bei der Fahrt angehalten und von dem Polizeibeamten wieder nach Hause geschickt. Dabei wurden die Personalien dieser Deutschen aufgenommen. In Nordpommern sollte eine von der Jungdeutschen Partei für Polen unter der Schirmherrschaft des Landesleiters Senator Wiesner stehende „Leistungsschau des deutschen Handwerks und Handels“ stattfinden. 52 Aussteller aus ganz Nordpommern hatten ihre Erzeugnisse an den Ausstellungsort gebracht. Die Ausstellung war bereits am 26. November 1938 ordnungsgemäß bei der Wojewodschaft in Thorn angemeldet worden. Mehrfach war bei der Wojewodschaft angefragt worden, es wurde jedoch versichert, daß ein Verbot nicht in Frage käme. Trotzdem wurde in letzter Stunde, als die Ausstellung fertig aufgebaut war, das Verbot ausgesprochen. Die deutschen Organisationen werden auf diese Weise in ihrer Tätigkeit fast vollständig lahmgelegt. Die Abhaltung von größeren Veranstaltungen stößt fast immer auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Wie wir bereits in dieser Zeitschrift berichteten, wurde der deutsche Wanderlehrer H. Reinpold vom Verband der Deutschen Katholiken am 17. Januar d. J. ohne Angaben von Gründen verhaftet. Da damals über seinen Verbleib keine näheren Angaben gemacht wurden, tauchte die Vermutung auf, Wanderlehrer Reinpold sei in das Konzentrationslager von Bereza Kartuska gebracht worden. Diese Annahme hat sich inzwischen bestätigt, wie das Lemberger „Ostdeutsche Volksblatt“ nach polnischen Blättermeldungen berichtet. Als Begründung zu dieser Maßnahme wird von der polnischen Presse angegeben, Wanderlehrer Reinpold hätte „unerlaubte Beziehungen zu ukrainischen Kreisen“ unterhalten. Diese unerhörte Maßnahme muß vor allem auch deshalb festgenagelt werden, weil es sich hier um den ersten Fall der Verschickung eines Deutschen in das Konzentrationslager handelt!

Die Beschlagnahme deutscher Zeitungen in Polen haben einen beispiellosen Umfang angenommen. Es liegen sogar Fälle vor, daß ein Presseorgan innerhalb einer Woche beinahe täglich beschlagnahmt worden war. Grund für diese Maßnahmen erblickte man regelmäßig in der Berichterstattung über polnische Ausschreitungen gegen deutsche Volksgenossen. Der von Bibliothekar Viktor Rauder, Rattowiz, herausgegebene Bildband „Das Deutschland in Polen“ ist auf Antrag des Staatsanwaltes vom Rattowitzer Landgericht beschlagnahmt worden. Es handelt sich um ein Buch, in welchem die bisher in Broschürenform erschienenen Bildberichte über das Deutschtum in den einzelnen Teilgebieten zusammengefaßt und von Prof. Ruhn-Breslau mit einer geschichtlichen Einführung versehen worden waren.

In Gliniszce in Wolhynien ist der geplante Bau einer ein-klassigen deutschen Schule für über 60 Kinder abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Schule nicht notwendig sei, weil alle schulpflichtigen deutschen Kinder in den staatlichen polnischen Schulen der Umgebung untergebracht werden können!

Die Entlassungen in Ostoberschlesien gehen weiter. Allein in der Charlottengrube in Rydułtau ist 80 deutschen Arbeitern gekündigt worden. Die Entlassungen erfolgen in der Mehrzahl deswegen, weil die Arbeiter ihre Kinder in die deutsche Schule schicken. Im Olsagebiet wurde zu einem ganz großen Schlage gegen das Deutschtum ausgeholt. Auf sämtlichen Gruben in Karwin, Orlau, Dombrau und Lazy wurden fast 90 v. H. der deutschen Angestellten entlassen, sowohl Ingenieure und Steiger, als auch Büroangestellte. Die Entlassung erfolgte ohne Angabe von Gründen. Das gleiche Vorgehen der polnischen Werksleitungen gegen die deutschen Beschäftigten wurde auch in den Eisenwerken von Trzyniec und in den Oderberger Betrieben festgestellt. Die Industrie des Olsagebietes ist aber ebenso ein deutsches Aufbauprodukt, wie die Industrie Ost-Oberschlesiens.

*

Wenn man an die wirkliche Lage der Deutschen in Polen denkt, so berühren die Auslassungen einzelner polnischer Persönlichkeiten besonders merkwürdig. Der polnische Senator Katelbach sprach im Namen der Regierungspartei von einem „Mystizismus“, der die Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit fördere. Er befürchte, daß dieser mystische Glaube der deutschen Minderheit die Idee von einer besonderen Mission in Osteuropa eingebe und diese sich als Vorposten im polnischen Staate betrachte. Den Höhepunkt des Zynismus stellte ein Interview dar, das der polnische Wojewode in Rattowiz, Dr. Gra-

zynski, der polnischen Presse gab, um die Meldungen der deutschen Presse über die Lage des Deutschtums zu entkräften. Dr. Grazyński stellte zunächst fest daß das Deutschtum in Oberschlesien nur noch einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung ausmache, wobei er aber verschwie, daß gerade seine Methoden behauptete, daß es dem Deutschtum in Polen glänzend ginge, das Schulwesen, sowohl das öffentliche wie auch private, wäre gut entwickelt, und die polnischen Behörden ließen alle deutschen Kinder in deutsche Schulen gehen. Nun ist ja bekannt, daß gerade in Oberschlesien zahlreiche Schulstreiks ausgebrochen sind, die den deutschen Eltern Geld- und Freiheitsstrafen einbrachten und die ein beredtes Zeugnis vom Kampf um die Freiheit des Bekenntnisses zum Deutschtum ablegen. Das Deutschtum hätte auch genügend Vereine und Organisationen für alle Zweige seines öffentlichen Lebens — behauptet Grazyński. Die Deutschen sollen sogar nach Meinung des Wojewoden im Besitze von Privilegien sein, während es den Polen im Reich ungemein schlecht ginge.

*

Die Haltung der schwergeprüften deutschen Bevölkerung läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß sie sich weder durch Überfälle verheerter Banden, noch durch Polizeiaktionen einschüchtern läßt. Der Ernst der Lage darf dabei aber nicht verkannt werden. Der oben geschilderte Fall des Gutsbesizers Förster, der von seinem Notwehrrecht Gebrauch machen mußte, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Gefahren, denen der einzelne Deutsche heute in Polen ausgesetzt ist. Das Bekenntnis zum Deutschtum und zum Nationalsozialismus ist jedoch der deutschen Volksgruppe auch nicht durch Gewalt zu rauben. Wenn auch am 20. April keine großen Feiern stattfinden konnten, so hat doch der Geburtstag des Führers die innerste Anteilnahme der deutschen Volksgruppe in Polen hervorgerufen. Der Landesleiter der Jungdeutschen Partei für Polen hat im Namen der JDP. an den Führer ein Glückwunschtelegramm gerichtet. Der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung, Dr. Kohnert, hat zusammen mit anderen Volksgruppenvertretern dem Führer persönlich die Glückwünsche der Deutschen in Polen überbringen dürfen.

Ungarn

Genehmigung der Satzungen des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ — Sammlung „Deutsche für Deutsche“ bewilligt — Errichtung eines „Deutschen Hauses“ in Budapest auf dem Wege der Verwirklichung

Im Leben der deutschen Volksgruppe in Ungarn zeigen sich Anzeichen einer Verbesserung der bisherigen trostlosen Lage. Die Regierung Teleki ist zu der Einsicht gelangt, daß die Lösung des Volksgruppenproblems in Ungarn von ausschlaggebender Bedeutung für die Konsolidierung des Staates sein wird. Aus dieser Einsicht heraus hat der kgl. ungarische Innenminister die Satzungen des am 26. November 1938 begründeten „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ genehmigt.

Die Genehmigung erfolgte auf Grund des ungarischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1879. Es ist bedauerlich, daß eben dieses Gesetz für nichtmadjarische Volks-

gruppen lediglich eine kulturelle Tätigkeit im Rahmen eines Vereines ermöglicht, und alle anderen wichtigen Gebiete der Volkstumsarbeit für die volksdeutsche Führung verschließt. Es ist demnach nur allzu klar, daß die Genehmigung der Satzungen des Volksbundes lediglich einen Anfaß zur neuen ungarischen Volksgruppenpolitik bedeuten kann. Die soziale und wirtschaftliche Betreuung des deutschen Volkes bleibt auch weiterhin ein verbotenes Gebiet und vollends muß die deutsche Volksjugend bis zu ihrem 18. Lebensjahr unerfaßt bleiben.

Wenn auch die Genehmigung der Satzungen des Volksbundes vorderhand vorwiegend akademischen Wert besitzt, so ist eine erfreuliche Tatsache in Verbindung mit diesem Schritt festzustellen: Die ungarische Regierung hat nun endlich eingesehen, daß das ganze deutsche Volk in Ungarn geschlossen hinter der volksdeutschen Kammeradschaft und ihrem Führer, Dr. Franz Basch, steht. Damit ist aber auch gleichzeitig ein Urteil über den Angarländischen Deutschen Volksbildungsverein gefällt, dessen Leiter heute weder von amtlichen ungarischen Kreisen, noch von der ungarischen öffentlichen Meinung in weiterer Zukunft als Sprecher des deutschen Volkes in Ungarn betrachtet werden können.

Die legislatorischen Lücken der ungarischen Gesetzgebung in bezug auf die Volksgruppen müssen je eher je besser ausgefüllt werden. Durch den Gebietszuwachs nach München ist die Nationalitätenfrage in Ungarn wieder einmal akut geworden. Es ist mit Recht anzunehmen, daß die verantwortlichen ungarischen Staatsmänner auf Grund der Erfahrungen aus dem vorkriegszeitlichen Ungarn die Behandlung der Volksgruppen auf neue Grundlagen stellen, auf Grundlagen, die dem heutigen Zeitgeist entsprechen, und dem durchaus nicht staatsgefährlichen Volkstumsgedanken Rechnung tragen. Die zentripetalen Bestrebungen der Nationalitäten haben ihre Ursache eben darin gefunden, daß der Staat ihnen früher ein völkisch-eigenständiges Leben abgeprochen hat und die nicht-madjarischen Volksteile zwecks Erhaltung ihres Volkstums die Verbundenheit mit dem staatsbildenden Volk lockerten. Will also der heutige ungarische Staat sich selbst der Beifügung solcher Wunden enthalten, so muß vor allem in großzügiger Weise und nach den Geistesströmungen unseres Jahrhunderts die Volksgruppenpolitik auf eine verständnisvolle und breite Basis gelegt werden.

Dies voraussetzend, kann die deutsche Volksgruppe einer besseren Zukunft entgegensehen. Sie ist zahlenmäßig und kulturell die bedeutendste Volksgruppe in Ungarn und hat im Laufe der Jahrhunderte ungarischer Geschichte stets ihre Staatsstreue bewiesen. Es ist demnach nur recht und billig, wenn in aller kürzester Zeit die elementarsten Volkstumsrechte des deutschen Volkes in Ungarn berücksichtigt werden und die ungarische Regierung jene gesetzlichen Voraussetzungen schafft, die ein völkisches Eigenleben ermöglichen.

Mit starker Verspätung wurde auch die Sammlung „Deutsche für Deutsche“ bewilligt. Es handelt sich hierbei um die Unterstützung jener notleidenden deutschen Volksgenossen, die durch den Rückschluß des Oberlandes und des Karpatenlandes an den ungarischen Staat zurückfielen.

Bedeutungsvoll ist auch die Zusage der ungarischen Regierung, in allernächster Zeit die Sammlung zwecks Errichtung eines „Deutschen Hauses“ in Budapest zu bewilligen. Die deutsche Volksgruppe in Ungarn hat ein eigenes Heim in der Vergangenheit stets vermisst, und nun soll diesem Mißstand abgeholfen werden. Ebenso wie alle ungarischen Volksgruppen in Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei ihre eigenen „madja-

rischen Häuser“ haben, die selbst vom Mutterland eine tatkräftige Unterstützung erhalten, kann es auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit der deutschen Volksgruppe in Ungarn nicht verwehrt werden, gleich allen anderen Volksgruppen Europas Eigenheime zu schaffen. Sie sind nicht nur äußerlich, sondern im wahren Sinne des Wortes das Bollwerk des Volkstumsgedankens.

Auf Grund der genehmigten Satzungen des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ wurde inzwischen im Rahmen einer großen Volksversammlung der Auftakt zur Tätigkeit auf dem flachen Lande vorgenommen. Mit großer Erwartung blickt man in die zukünftige praktische Tätigkeit des Volksbundes. Wohl hat die ungarische Regierung eine Volkstumsarbeit im Rahmen des Volksbundes bewilligt, doch bedeutet dies in Ungarn noch bei weitem nicht eine reibungslose und ungehinderte Arbeit in den deutschen Dörfern. Die volksdeutsche Führung ist sich nur allzusehr bewußt, daß Provinzpotentaten aus freien Stücken eine erspriessliche Volkstumsarbeit stets zu behindern bestrebt sind. Hier wird sich dann der Wille zur ehrlichen Lösung der deutschen Volksgruppenfrage in Ungarn seitens der Regierung erweisen. Wird das allzusehr bekannte, Anschuld vortäuschende Achselziehen des Grafen Stefan Bethlen wiederholt und greift die ungarische Regierung nicht energisch ein, so bedeutet dies soviel, daß die Genehmigung der Satzungen des Volksbundes bloß der Ausfluß der aus augenblicklichen politischen Notwendigkeiten entstandenen Erwägungen war und eine endgültige Lösung immer noch in Frage steht. Dieses bange Gefühl soll jedoch vorderhand weggeschleudert werden. Man muß gezwungenermaßen soviel realpolitischen Sinn bei den ungarischen verantwortlichen Politikern voraussetzen, daß sie durch ein Hinausschieben dieser brennendsten ungarischen Frage lediglich einen weiteren Anruhezustand im mittleren Donaubekken zeitigen, der unter keinen Umständen für den Bestand und das Gedeihen des ungarischen Staates zweckdienlich erscheint.

Im deutschen Erziehungswesen in Ungarn sind gar keine Fortschritte zu verzeichnen. Man hat den Eindruck, als wäre hier sogar ein Rückgang festzustellen. Es mag wohl sein, daß auf die Schulverhältnisse zufolge der überwiegenden Mehrheit konfessioneller Schulen die volkstumsfeindlichen klerikalen Kreise ungünstig Einfluß nehmen, doch dürfte der ungarischen Regierung soviel Tatkraft zugeschätzt werden, daß der Behinderung der Durchführung der Schulverordnung vom Jahre 1935 Riegel vorgeschoben werden. Die volksdeutsche Bewegung hat die Durchführung dieser Schulverordnung in der Hoffnung betrieben und gefordert, weil sie darin den Abergang zu jenem Schultypus anzunehmen glaubte, der im Endergebnis zur volksdeutschen Schule führen wird. Jedenfalls ist die Schulfrage der wundeste Punkt des Deutschtums in Ungarn, und Zugeständnisse auf diesem Gebiete würden die Absichten der ungarischen Regierung hinsichtlich der zukünftigen Volksgruppenpolitik in ein klares und helles Licht stellen.

Die oppositionellen jüdisch-liberalen und klerikalen Presseorgane treiben noch immer ihr deutschfeindliches Unwesen. Diese deutschfeindliche Propagandatätigkeit ist geeignet, die ungarische öffentliche Meinung gegen die friedfertigen Bestrebungen der deutschen Volksgruppe zu stimmen. Als unmittelbare Folge sind Abergriffe gegen einzelne Volksgenossen zu verzeichnen. Man muß sich doch die Frage stellen, weshalb die Regierung Teleki diesem Tun und Treiben kein Ende bereitet. Die Antwort ist nicht leicht zu geben. Die spezifisch madjarischen politischen Traditionen sind es zum Teil, die ein durchschlagendes Eingreifen vorderhand unmöglich machen. In ungarischen politischen Kreisen weist man auch darauf hin, daß im Augenblick die politischen Parteiverhältnisse

durchaus uneinheitlich und unübersichtlich sind, weshalb die Regierung *Teleki* auch Parlamentswahlen ausgeschrieben hat, um in dieser Richtung Klarheit zu schaffen. Wie verlautet, soll durch das Fallenlassen vieler alter Politiker eine homogene, neue Regierungspartei aus den Wahlen siegreich hervorgehen, auf welche sich stützend die ungarische Regierung in der politischen Linienführung auch im einzelnen unzweideutige Grundsätze niederlegen wird. Wie weit dies gelingt, wird die Zukunft zeigen. Eines steht fest: die ungarische öffentliche Meinung benötigt eine Aufklärung und Erziehung von allerhöchster Stelle, um endlich einmal die Wünsche des staatsstreuen Deutschland zu begreifen und als nicht staatsgefährlich hinzunehmen. Außenminister Graf *Csáky* hat in dieser Beziehung bereits den Auftakt zu einer neuen Erziehung der ungarischen öffentlichen Meinung gemacht. Leider vermißt man in seinen verschiedentlich gehaltenen Reden die klare Präzisierung jener Grundsätze, die zur Lösung der Volksgruppenfrage unumgänglich notwendig sind. In dieser Richtung ist also seitens der ungarischen Regierung und seitens amtlicher Stellen noch vieles zu tun.

In Verbindung mit den kommenden Parlamentswahlen wirft sich auch die Frage auf, in welcher Form, durch welche Personen und in wie starker Zahl das deutsche Volk in Ungarn eine politische Vertretung bekommen soll. Zur Zeit steht diese Frage vollauf offen, da über die Ausschreibung der Parlamentswahlen keine amtlichen ungarischen Regierungserklärungen vorliegen und seitens der deutschen Volksgruppe in Ungarn demnach hierzu noch keine Stellung genommen werden kann. Damit ist wohl zu rechnen, daß die Wahlbezirke erheblich ausgedehnt werden, das heißt also, daß vielerorts mehrere Wahlbezirke zu einem Wahlbezirk zusammengeschlossen werden, was unter Umständen für die deutsche Volksgruppe von großem Nachteil sein kann. Die Bekanntgabe der neuen Wahlbezirkseinteilung wird auch die Möglichkeit geben, die Tendenz in der Volksgruppenpolitik Ungarns aufzudecken.

Jugoslawien

Stellungnahme der deutschen Volksgruppe zum Regierungswechsel — Keine Regierungserklärung zur Volksgruppenfrage — Wünsche und Beschwerden der Volksgruppe — Ein zweiter deutscher Abgeordneter — Der Kulturbund nach der innervölkischen Einigung — Zehnjähriges Stiftungsfest der „Suevia“ — „Student im Volk“ — Erste Kulturtagung des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes und das Treffen donau-deutscher Dichter, Musiker und Maler in Neufas

Der im Februar erfolgte Regierungswechsel in Südslawien gab der deutschen Volksgruppe neuerdings Anlaß, ihren Standpunkt zur Frage der inneren Einrichtung des südslawischen Staates zu formulieren. Alle deutschen Presseorgane betonten, daß die Lösung der kroatischen Frage, die sich die Regierung des neuen Ministerpräsidenten *Zwetkowitz* zur Aufgabe gestellt hat, ausschließlich Angelegenheit des staatsführenden Volkes sei. Sie begrüßten diesen Schritt zur inneren Festigung des Staates und gaben zugleich ihrer Hoffnung Ausdruck, daß im Namen der innerstaatlichen Neuordnung auch die berechtigten Forderungen der deutschen Volksgruppe Berücksichtigung finden werden. Neben dem „Deutschen Volksblatt“ in Neufas nahm ins-

besondere auch der Pantchowauer „Volksruf“ in diesem Sinne Stellung. Es heißt dort (Zg. VII, Folge 7 S. 365 vom 17. Februar d. J.) u. a.: „Wir Deutsche begrüßen jede Maßnahme, die zur Stärkung des Staates und seiner Einheit führt, und wünschen daher dem Ministerpräsidenten vollen Erfolg zu seinen Bemühungen. Wir haben noch immer den Standpunkt vertreten, daß es das souveräne Recht des jugoslawischen Volkes sei, seine Regierungsform zu bestimmen. Denn es ist das Recht eines jeden Volkes, sich jene Ordnungen zu schaffen, die ihm entsprechen und in denen daher die Entfaltung seiner Kräfte am besten garantiert ist. . . Man wird uns immer auf der Seite jener finden, die für unser Vaterland das Beste wollen, und daher auch uns anerkennen, was einem jeden Volke gebührt. Wir wünschen nicht mehr und nicht weniger. In diesem Sinne können sich auf uns alle jene verlassen, die es mit den Interessen unseres Staates ernst meinen. Gebet dem Staate, was des Staates ist, und dem Volke, was des Volkes ist! Das ist die Formel, die uns heute bindet.“

Die „Deutschen Nachrichten“ in Agram (Zg. I, Folge 9 vom 18. Februar d. J.) schreiben „Zur neuen Lage“: „Ein alter Grundsatz der Deutschen dieses Landes sagt, daß die großen Probleme der jugoslawischen Innenpolitik nicht Gegenstand der Deutschen in diesem Lande sind. Es ist Sache der Serben, Kroaten und Slowenen, ihr Verhältnis untereinander festzulegen und zu ordnen. Uns Deutsche, die wir Leid und Freud in diesem Lande mit Serben, Kroaten und Slowenen teilen, muß und wird es nur freuen, wenn die innerpolitische Hauptfrage eine allgemein befriedigende Lösung findet, die zum Wohle der Gesamtbevölkerung dieses Staates gereicht.“

Den gleichen Standpunkt nimmt schließlich der in Essegg erscheinende „Slawonische Volksbote“ ein (Zg. IV, Folge 8 vom 19. Februar d. J.): „Die (slawoniendeutsche) Siedlungsgruppe stand und steht auch heute auf dem Standpunkt, daß die innere Einrichtung des Staates eine ausschließliche Angelegenheit des staatsführenden Volkes ist. Ob der Staat zentralistisch oder föderativ eingerichtet wird, und ob Serben und Kroaten zwei Stämme eines Volkes oder zwei Völker sind, sind Angelegenheiten, die Kroaten und Serben untereinander zu bereinigen und in die sich die Deutschen nicht hineinzumengen haben. Die Deutschen wollen nichts als ein gutes Verhältnis sowohl zu den Kroaten als auch zu den Serben, und vor allem zu der gesetzlichen, zwischenstaatlich anerkannten Führung des Staates und seinen Behörden, und schließlich die Anerkennung ihrer Volkspersönlichkeit bei freier, durch keinerlei Einschränkungen gehemmter Entfaltung auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und allgemein völkischem Gebiet und Unterlassungen aller auf eine Umvolkung ausgehenden Maßnahmen.“

In Slawonien wurde im Zusammenhange mit dem Regierungswechsel und mit der zu erwartenden Aenderung des innenpolitischen Kurses von gewisser Seite neuerdings versucht, gegen die Deutschen zu hetzen, weil sie bei den Wahlen für die jugoslawische Regierungsliste und nicht für die kroatisch-oppositionelle Matschek-Liste eingetreten sind. Den Vorwurf des „Verrates“ an den kroatischen Interessen weist der „Slawonische Volksbote“ entschieden zurück und führt die Gründe an, welche die slawoniendeutsche Siedlungsgruppe zu ihrer Stellungnahme veranlaßt haben. Diese Gründe sind — neben dem in einem Einheitsstaat als selbstverständlich zu erachtenden einheitlichen Auftreten der gesamten Volksgruppe — hauptsächlich darin gelegen, daß die Haltung der kroatischen Volksführung und insbesondere ihrer Bundesgenossen dem Deutschen Reich gegenüber bisher nichts weniger als positiv erschien, und daß ferner eine klare

und unmißverständliche Anerkennung der Lebensrechte der deutschen Volksgruppe kroatischerseits niemals erfolgt ist. Vielmehr wurde von dieser Seite der deutschen Volksgruppe gegenüber bisher die Taktik des Totschweigens angewendet.

Auch ist eine Stellungnahme zur Volksgruppenfrage weder in der Regierungserklärung der neuen Regierung noch im Rahmen der Staatshaushaltsausprache erfolgt, bis auf eine Erklärung des Unterrichtsministers Dr. Tschiritsch, der sich zu dieser Frage folgenderweise äußerte:

„In unserem großen Vaterlande leben außer Serben, Kroaten und Slowenen noch sogenannte Minderheiten. Ich erachte es als meine Pflicht als Unterrichtsminister, hier klar zu erklären, welchen Weg ich in dieser Richtung einzuschlagen gedenke. Ich habe meine Jugend unter dem Eindruck einer verfehlten Minderheitspolitik verlebt, einer Politik, die uns die Muttersprache in der Kehle erstickend wollte. Meine Herren Abgeordneten, ich will nicht, daß wir in denselben Fehler verfallen. Die Ehre unseres Landes und der heilige Kampf, den wir um seine Befreiung geführt haben, verpflichten uns, eine solche Volksgruppenpolitik zu betreiben, die bei unseren Minderheiten nicht das Gefühl auslöst, als hätte Jugoslawien nur die Rolle seines Vorgängers übernommen. Wir müssen die Menschenrechte und das Recht auf die Muttersprache anerkennen. In unserem Vaterlande die Mutter und nicht die Stiefmutter sehen.“

In der Aussprache zum Voranschlag des Unterrichtsministeriums sowie später des Innenministeriums ergriff der deutsche Abgeordnete Franz Hamm das Wort und wies allgemein auf die Wünsche und Beschwerden der Volksgruppe, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, hin. Er betonte, daß diese Wünsche sämtlich auf den geltenden positiven Gesetzen ruhen und erfüllbar sind.

Durch den Verzicht des in zwei Wahlbezirken gewählten Ministers a. D. Magaratschewitsch auf sein Mandat im Bezirke Palanka zog sein dortiger Stellvertreter, Prof. Dr. Josef Trischler, als zweiter deutscher Abgeordneter neben Franz Hamm ins Abgeordnetenhaus ein. Die beiden deutschen Abgeordneten haben zusammen mit Senator Dr. Graßl wiederholt Gelegenheit genommen, die Volksgruppenforderungen im einzelnen maßgebendenorts vorzutragen, so namentlich auch dem Ministerpräsidenten Zwetkowitzsch, sowie dem neuernannten Vansus der Donau-Banschaft Radivojewitsch. Den deutschen parlamentarischen Vertretern wurde eine wohlwollende Berücksichtigung dieser Forderungen, insbesondere im Hinblick auf die bestehende Beschränkung des Liegenschaftsverkehrs, in Aussicht gestellt. Wie sehr die Beschränkung des Liegenschaftsverkehrs gegen die Lebensrechte der deutschen Volksgruppe mißbraucht wird, zeigt neben der ständigen Praxis der Grundverkehrskommissionen in Slowenien besonders deutlich auch ein Beschluß des am Ugramer Appellationsgericht bestehenden Grundverkehrsausschusses II. Instanz, durch welchen ein von deutschen Bauern aus Slavonien gestellter Antrag auf Liegenschaftsübertragung mit folgender Begründung abgelehnt worden ist: „Da aus den vorgelegten Unterlagen ersichtlich ist, daß die Antragsteller deutscher Volkszugehörigkeit und Mitglieder des deutschen Kulturbundes sind und daß sie als solche besonders hervortreten, ist diese Kommission zur Überzeugung gelangt, daß die Eigentumsübertragung im gegenständlichen Falle den allgemeinen Staatsinteressen zuwiderlaufen würde (Artikel 4 der Verordnung vom 18. Februar 1938, Zahl 15860). Aus diesem Grunde ist der Antrag auf Eigentumsübertragung abzulehnen.“

Angeichts so krasser Fälle erscheint eine alsbaldige unmißverständliche Abgrenzung bzw. Abänderung der bestehenden Verordnung über die Einschränkung des Liegenschaftsverkehrs als besonders vordringlich. Trotz der erwähnten wiederholten Interventionen der deutschen parlamentarischen Vertreter ist eine solche Abgrenzung bisher nicht erfolgt. Im Finanzgesetz für das Haushaltsjahr 1939/40, § 37, Abteilung I, ist — neben der Möglichkeit einer Abänderung der bestehenden Vorschriften — im Gegenteil sogar auch deren Erweiterung und Ergänzung vorgesehen: „Der Justizminister wird bevollmächtigt, im Einvernehmen mit dem Landwirtschafts-, Innen- und Kriegsminister durch Gesetzesverordnung Beschränkungen der Veräußerung und Belastung von Liegenschaften, sowie das darauf bezügliche Verfahren vorzuschreiben und bereits bestehende Verordnungen abzuändern oder zu ergänzen.“

Nach Wiederherstellung der innervölkischen Einheit hat die Tätigkeit des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes durch Eingliederung der bisher außerhalb des Bundes gestandenen Kreise einen weiteren Aufstieg genommen. Die im gesamten Siedlungsgebiet stattgefundenen Trachtenfeste (so besonders zahlreich beschickt und eindrucksvoll verlaufen jene in Neufaz und Essegg) standen bereits im Zeichen der wiedergewonnenen inneren Einheit. Die Tätigkeit der Gawe und der einzelnen Arbeitsstellen innerhalb des Bundes konnte weiter intensiviert werden. Im Gau Slavonien wird ein Berufswettbewerb der bäuerlichen Jugend durchgeführt, an dem sich bisher 288 Jungbauern und Jungbäuerinnen aus 17 Orten in 4 Kreisen beteiligt haben.

In Slowenien, wo seit vier Jahren die vorhandenen Kulturbund-Ortsgruppen nahezu restlos der behördlichen Auflösung anheimgefallen sind, wurde die Gründungsversammlung von 32 neuen Ortsgruppen angemeldet. In Goboniz, St. Lorenzen a. Bavern, Laibach und Mitterdorf konnte die Neugründung unter zahlreicher Beteiligung im Geiste voller Einmütigkeit erfolgen. In den übrigen Orten mußten die für die Karwoche vorgesehenen Gründungsversammlungen wegen behördlicher Veranstandung der Anmeldeform zunächst verschoben werden.

Die akademische Abteilung der Belgrader Ortsgruppe des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes „Suevia“ beging Ende vergangenen Semesters die Feier ihres 10jährigen Bestandes. Durch Überwindung mancher Schwierigkeiten im Laufe ihrer Geschichte hat es die „Suevia“ verstanden, ein wertvolles Stück studentischer Erziehungsarbeit zu leisten. Wie die „Vereinigung deutscher Hochschüler“ in Agram, so hat die „Suevia“ ihre Tätigkeit in letzter Zeit immer mehr auf die Ziele der allgemeinen Volkstumarbeit abgestellt und in ihrem inneren Aufbau den Kameradschaftsgedanken zum Ausdruck kommen lassen. Das Stiftungsfest stand im Zeichen der nunmehr auch in der Belgrader deutschen Studentenschaft geschlossenen Einheit und nahm einen eindrucksvollen Verlauf.

Im März erschien in Agram die erste Folge der Zeitschrift „Student in Volk“. Vierteljahresschrift der deutschen Studentenschaft in Jugoslawien“. Im programmatischen Leitartikel des Landesstudentenführers Willi Badl, der zugleich als Herausgeber zeichnet, heißt es u. a.: „Und so wollen wir mit dieser unserer Zeitschrift zu Arbeit und Dienst am Volk aufrufen. Wenn wir aus unseren Jungkameraden Kämpfer für unsere Volksgruppe machen wollen und von ihnen unbedingtes Handeln im Sinne unserer Weltanschauung fordern, so

darf auch die Mehrzahl der Altakademiker nicht zur Seite stehen und sich um all die Fragen des täglichen Kampfes um die völkischen Lebensrechte drücken.“ Die erste Folge enthält Beiträge einer Reihe führender Männer der Volksgruppe.

Deutsche Kulturtagung in Neufas

Die durchgreifende Wirkung, die die erste Kulturtagung des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes in Neufas am 26. März d. J. erzielte, bedeutet Sammlung und geistige Wende. Ihre Bedeutung besonders für die Zukunft der schöpferisch gestaltenden Kräfte auf dem Gebiete der Dichtung und der Kunst nicht nur in der deutschen Volksgruppe Jugoslawiens, sondern darüber hinaus in allen donau-deutschen Volksgruppen des Südostens überhaupt, liegt in dem gemeinsamen Hervortreten aller Dichter und Künstler, also auch derjenigen, die in der Zeit der innervölkischen Auseinandersetzungen in den Reihen der Erneuerungsbewegung standen. Die im Schwäbisch-deutschen Kulturbund äußerlich vollzogene Einigung und Zusammenfassung aller Kräfte der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien auf dem Gebiete der national-kulturellen und sozialen Arbeit wurde damit auch auf dem Gebiete des geistig-künstlerischen Schaffens bestätigt. Schwung und Durchschlagskraft wurde diesem ersten Treffen donau-deutscher Dichter, Musiker und Maler aus Jugoslawien durch die Persönlichkeiten des donau-deutschen Dichters Karl von Möller, der aus Hermannstadt gekommen war, und des aus dem jugoslawischen Banat stammenden und in Neufas lebenden deutschen Lyrikers Bruno Kremling verliehen.

Der Bundesobmann des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes, Johann Reks, der die Tagung eröffnete, führte u. a. aus:

„Heute ist die Idee der Gemeinschaft zur lebenserhaltenden, zur verpflichtenden Tatsache unseres nationalen Lebens geworden. So dürfen auch die Kulturschaffenden die Verbindung mit der nationalen Gemeinschaft, dem Volke, dem alle kulturelle Arbeit zu gelten hat, nicht verlieren. Kein Dichter und Künstler unseres Volkes kann davon enthoben werden, diese Verpflichtung für sich selbst und sein Schaffen anzuerkennen.“

Die Vortragsfolge eröffnete der Dichter Bruno Kremling. Er las seine aus der allerletzten Zeit stammende Ballade aus der Geschichte des Südbanates: „Des Reiches fernste Feldwache“, die Tat des Bauern und Grobschmieds Hennemann im Türkenkriege 1788. Stürmischer Beifall lohnte den Dichter für seinen wirkungsvollen Vortrag.

Karl von Möller sprach, bevor er aus seinen Werken las, über seinen Weg zum Dichter. Er schilderte, wie in ihm, nachdem er im Jahre 1907 Adam Müller-Guttenbrunnns ersten Heimatroman kennengelernt hatte, der Entschluß heranreife, das Schicksal der Donau-Deutschen schriftstellerisch zu formen, wie er sich zunächst als Soldat und militärischer Führer im Weltkrieg in das Wesen der Donau-Deutschen einlebte, wie er nach dem Kriege zum politischen Kämpfer werden mußte, bis er endlich dazu gekommen sei, Ränder ihres Bewährungskampfes zu werden. In Johann Jakob Hennemann, der durch seine Tat bei Werches dem Ansturm eines ganzen Türkenheeres standhielt, sieht Möller das Vorbild des deutschen Kolonisten überhaupt. Durch seine Gestalt zeigt er den Geist des deutschen Kolonisten, den Hennemann-Geist, den er zum Mythos des Donau-Deutschen und Volksdeutschen überhaupt erhebt. Gebannt lauschten die Tagungsteilnehmer seinen aufrüttelnden Worten und der Vorlesung des letzten

Kapitels aus der „Werschezer Lat“, das in der Unterredung Hennemanns mit Kaiser Josef II. über den Sinn der deutschen Kolonisation im Südosten gipfelt.

Nach Möller und Kremling kamen die jüngeren Dichter zu Wort, die mit ihnen im völkischen und kulturellen Selbstbehauptungskampfe ringend und gestaltend zusammenfanden. Es lasen Kurzgeschichten und Gedichte: Karl Bauer aus Vulkas (Batschka), Elli Elieker, gleichfalls aus Vulkas, Hilde Merkl aus Weiskirchen (Banat), Leopold Egger aus Pantschewo (Banat), Stefan Krög aus Franztal (Syrmien), Viktor Hugo Fürst aus Ruma (Syrmien), und Johann Wurz aus Budisawa (Batschka). In der Vortragsfolge wurden auch Werke donau-deutscher SONDICHTER gesungen und gespielt, und zwar Kompositionen von Josef Linster aus Hasfeld (rumänisches Banat), von Franz Fath aus Erdewik (Syrmien), von Fritz Renger aus Werschez (Banat), von Jakob Rizmann aus Paschitschewo (Batschka), von Nikolaus Vermel-Subotiza (Batschka), und von Rudolf Niedermayer-Semlin (Syrmien).

Anmittelbar vor der Tagung wurde die „Neufascher deutsche Kunstausstellung 1939“ eröffnet. Sie übertraf alle bisherigen Ausstellungen aus dem Schaffen deutscher Maler aus Jugoslawien durch die Auslese der ausgestellten Werke von Oskar Sommerfeld, Ruma (Syrmien); Sebastian Leicht, Batschki-Brestovaz (Batschka); Karl Johannes Rorer, Agram; Paul Leopold, Batschki-Brestovaz; F. A. Seebacher, Cilli (Untersteiermark); Pipo Peteln-Marburg an der Donau; Eugen von Domansky, Subotiza; Emanuel Schifnoška, Wersches und Franz Schäffer, Gajdobra (Batschka).

In einer zweiten Rede auf dem Gemeinschaftsessen nach der Kulturtagung stellte Möller die Bedeutung dieses ersten donau-deutschen Dichter- und Künstlertreffens in die richtige gesamtdeutsche Verbindung. Die Leistungen der Kulturtagung, sagte er, legten Zeugnis ab von der Kraft und dem Wert des donau-deutschen Volkstums, aus dem und für das sie geschaffen wurden. Diese Leistungen müßten stets gesteigert werden, um den Donau-Deutschen im Rahmen des gesamten deutschen Volkes jene Geltung zu erringen, die ihnen zukommt. Die Donau-Deutschen des jugoslawischen und rumänischen Banates, der Batschka, der schwäbischen Türkei und Ungarns stellen einen eigenen deutschen Volksstamm von über anderthalb Millionen dar, die siedlungsgeschichtlich durch die Gemeinsamkeit ihres Kampfes und ihres Blutes eine Gemeinschaft sind, wenn sie auch in verschiedenen Staaten, denen sie als gute Bürger die Treue halten, leben. Dieser Tatsache und der Verbundenheit der Donau-Deutschen mit der groß-deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft müsse heute jedermann Rechnung tragen.

Möller erwähnte auch den von Professor Anton Valentin in Temeswar zur Erörterung gestellten Plan der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Dichter, Musiker, Maler und Gelehrten aus den donau-deutschen Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens und Ungarns.

Rumänien

Der Deutsch-Rumänische Wirtschaftsvertrag — Versammlungsrecht der Deutschen grundsätzlich anerkannt — Jahresbericht des Rumänisch-Deutschen Kulturinstituts — Der Besuch des Saarpfälzischen Landestheaters

Das deutsch-rumänische Verhältnis hat neue und bessere Wege eingeschlagen. Der Anfang dazu ist durch den deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag gemacht worden, den die Deutschen Rumäniens mit großer Freude begrüßt haben. Er wird auch der Arbeitskraft des heimischen Deutschtums Gelegenheit zur Betätigung geben und auch uns der reichsdeutschen Wirtschaft um ein bedeutendes näherbringen, als es bisher der Fall war. Noch ist er freilich erst auf dem Papier, und es sind mancherlei Kräfte am Werk, nicht zuletzt die der Judenenschaft Rumäniens, die Durchführung des Vertrages zu hintertreiben. Erfreulicherweise regt sich aber auch in der rumänischen Presse schon die richtige Erkenntnis dessen, daß sich Rumänien wirtschaftlich und politisch eng an das Deutsche Reich anschließen müsse. Ganz besonders tut sich in dieser Beziehung das große Buzarester Blatt „Curentul“ hervor, dessen Leiter, Pamfil Scheicaru, unzweifelhaft der hervorragendste politische Schriftsteller des Rumänentums ist.

Die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Rumänentum und den übrigen Volksgruppen des Landes, vor allem dem Deutschtum, geht zwar sehr langsam, aber doch stetig vorwärts. Als einen Schritt nach dieser Richtung kann es angesehen werden, daß die Anfang April hinausgegebenen Steuergesetze eine rechtswidrige Bestimmung fallen lassen, die vor einigen Jahren in Kraft getreten war, daß nämlich Wirtschaftsbetriebe, die ihre Bücher in einer anderen als der rumänischen Sprache führen, eine erhöhte Steuer zu zahlen haben. Eine freundliche Geste ist es auch, daß seit Anfang April Versammlungen, die von der Deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien und deren Untergliederungen in geschlossenem Raum einberufen werden, nicht mehr der polizeilichen Erlaubnis bedürfen, sondern nur einfach angemeldet werden. Praktisch ist dies besonders für Landgemeinden von Bedeutung, wo die kleinen Machthaber sich bisher häufig darin gefielen, harmlose Versammlungen deutscher Leute zu verbieten, auch waren die Genehmigungsgesuche mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden. Begreiflicherweise ist es noch nicht gelungen, alle Abergriiffe untergeordneter Beamter hintanzuhalten, doch führen Beschwerden an höherer Stelle in der Regel zu einem Ergebnis. Erwähnenswert ist in dieser Hinsicht ein Verbot der großen staatlichen Maschinenfabriken in Reschiza im Banat, das den Gebrauch einer anderen als der rumänischen Sprache in den Betrieben unterdrücken wollte. Hiedurch wurde Tausenden deutscher Arbeiter, die dort beschäftigt sind, ein natürliches Recht geschmälert, das doch von der Staatsführung wiederholt anerkannt worden ist; selbstverständlich wurde hiegegen von deutscher Seite sofort mit Erfolg eingeschritten. Der frühere Minister des Äußeren, Strate Nicescu, sieht es auch weiterhin als ein patriotisches Verdienst an, die Advokatenkammer seines Bezirkes, der Hauptstadt und ihrer Umgebung, von „Fremden“ zu säubern; es werden hierdurch die Deutschen zwar nur in geringem Ausmaß betroffen, aber doch in ihrem Recht grundsätzlich. Die früher einmal gegebene Zusage, daß in den Landgemeinden an den Zuwendungen der dortigen Verwaltung für die Volksschulen auch die Schulen der Minderheiten in gerechtem Verhältnis beteiligt werden sollen, ist erneuert worden; es wird

sich in dieser Zeit, wo die Gemeindevoranschläge fertiggestellt werden, zeigen, wie weit die Zusage eingehalten wird. — In einem Ende März in sämtlichen größeren deutschen Zeitungen des Landes erschienenen Aufsatz, der von einem führenden Mitglied der bisherigen innervölkischen Opposition verfaßt wurde, wird in sachlicher und entschiedener Weise darauf hingewiesen, daß die deutsche Volksgemeinschaft an ihren Rechten unerschütterlich festhält und in ihrer Einhaltung durch die Behörden die unerläßliche Gegenleistung gegen die staatsbürgerliche Loyalität der Deutschen sieht.

Wie vorher im Banat, so haben sich auch die Volksgenossen in Bessarabien nach Wiederherstellung des innervölkischen Friedens in großen Versammlungen zusammengefunden und ihren Standpunkt verkündet, der die Treue zum Staat und das Recht auf völkische Entwicklungsfreiheit als die zwei Pole hinstellt, um die sich das politische Leben des Deutschtums dreht.

Seit einigen Jahren besteht in Rumänien ein Rumänisch-Deutsches Kulturinstitut, an dem sich natürlich auch die heimischen Deutschen lebhaft beteiligen. Ein soeben ausgegebener Jahresbericht für das Jahr 1938/39 legt von einer lebhaften Tätigkeit Zeugnis ab, deren Zweck es ist, Deutschtum und Rumänentum in nahe kulturelle und freundschaftliche Beziehung zu bringen. Es wurden deutsche Sprachkurse veranstaltet, Vorträge über einschlägige Themen gehalten, rumänische Studenten in Deutschland unterstüzt, auf den Ausbau des Deutschunterrichts in rumänischen Mittelschulen gedrängt, eine deutsche Bücherei wurde errichtet und sonst in ähnlicher Weise auf das Ziel des Kulturinstitutes hingearbeitet.

Eine bemerkenswerte Tatsache ist, daß es gelungen ist, mit Hilfe der Nachbarschaftseinrichtung, an deren Ausbau in allen deutschen Siedlungsgebieten rüstig weitergearbeitet wird, auch das nach Zehntausenden zählende Deutschtum in der Hauptstadt Bukarest zu organisieren, ein großer Fortschritt gegen früher, wo die hauptstädtischen Deutschen nur zum kleinen Teil miteinander in Berührung standen und nur zu oft im fremden Volkstum Bukarest aufgingen.

Ende März und Anfang April konnten die Deutschen verschiedener Städte zwei reichsdeutsche Theatergesellschaften in ihrer Mitte begrüßen, Dorothea Wieck und das Saarpfälzische Landestheater; was die Leistungen der erstgenannten Künstlerin anbelangt, waren sie zwar blendend, es mißfiel aber allgemein, daß sie nichts anderes zu bieten hatte, als ein literarisch wertloses und nur zur Entfaltung schauspielerischen Virtuositentums geeignetes englisches (!) Lustspiel. Besser diente dem Zwecke, das hiesige Deutschtum mit der Kunst des Mutterlandes in Verbindung zu bringen, die saarpfälzische Theatergesellschaft. Es zeugt allerdings von einer gewissen Verkenning der Lage, wenn reichsdeutsche Blätter über die Aufführung der „Minna von Barnhelm“ unter dem Titel berichten: „Das Deutschtum Rumäniens erlebt Lessing.“ Nun, wir dürfen sagen, daß uns Lessing auch bisher nicht ganz unbekannt gewesen ist, kurz vorher hatte beispielsweise unsere heimische Theatergemeinschaft die „Emilia Galotti“ aufgeführt. Und Lessing wird an unseren höheren Schulen seit einem Jahrhundert und mehr sehr lebhaft gepflegt.

Am 20. April beging eine heimische Volksdichterin, Anna Schuller geb. Schullerus ihren 70. Geburtstag. Sie hat in zahlreichen Erzählungen sowie in Volksstücken, in siebenbürgisch-sächsischer Mundart und hochdeutsch, das Dorfleben der Siebenbürger Sachsen geschildert und vor allem die Poesie des evangelisch-sächsischen Pfarrhauses in reizvoller Weise dargestellt.

Südafrikanische Union

Antisemitismus in der Union — Wertvolle Arbeit des „Deutschen Lehrervereins für Südafrika — Pflege des deutschen Volksliedes — Deutsche Jugendarbeit im Aufbau — Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft — Frits Reuter 90 Jahre alt — Deutsche Forschungsarbeit

Su den indirekten Bundesgenossen, die wir im Ausland bei unserem Kampf gegen das Judentum gefunden haben, gehört das Burentum der Südafrikanischen Union. Wie in so vielen Staaten erfolgte auch in Südafrika nach dem Weltkrieg ein nationales Erwachen. Die bis dahin politisch ziemlich rückständige burische Bevölkerung wurde sich ihres Volkstums und ihrer nationalen Aufgaben bewußt. In der ersten Zeit war ihre nationale Aktion ausschließlich gegen das Engländerium gerichtet, doch in den letzten Jahren wendet sie sich auch und zwar in immer steigendem Maße gegen das Judentum. Schwer ist dieser antisemitische Kampf, erfolgt er doch in einem Lande, das heute, abgesehen von Palästina, den größten Prozentsatz an Juden besitzt und in dem die jüdischen Minenmagnaten fast ausschließlich die Presse, den Rundfunk und das staatliche und wirtschaftliche Leben beherrschen. Träger der judenfeindlichen Bewegung war zuerst die Greyshirts und ist nach deren Auflösung die im Mai vorigen Jahres neu entstandene, von Dr. Malan geführte nationale Oppositionspartei.

Ihr Abgeordneter Eric Louw hat für die jetzige Sitzungsperiode des Parlaments in Kapstadt einen Gesetzesentwurf eingereicht, der schärfste Maßnahmen gegen die jüdische Einwanderung und Kenntlichmachung der jüdischen Geschäfte, Handelsfirmen und Gesellschaften vorseht.

Auch den zur Zeit im Gang befindlichen Wahlkampf sichts die nationale Malan-Partei ganz offen unter antisemitischer Parole durch. Die bisherigen Wahlergebnisse lassen annehmen, daß sie aus diesem Kampf mit noch größerem Erfolge als im Vorjahr hervorgehen wird, zumal die Jahrhundertfeier des großen Burentreks, die für alle volksbewußten Buren ein tiefgehendes Erlebnis war, sich im nationalen und politischen Leben Südafrikas nachhaltig auswirkt.

Daß das nationale Burentum unserem Kolonialanspruch nicht ablehnen d gegenübersteht, zeigt erneut der Pressedienst der Greyshirts, der sich gegen die jüdischen Quertreibereien in der deutschen Kolonialfrage wandte. Er schreibt: „Warum müssen wir die Rolle spielen, die den Juden paßt? Wir können wohl verstehen, daß das Judentum, das Südafrika zu seiner nationalen Heimstätte machen möchte, von dem Gedanken nicht erbart ist, vielleicht Deutschland zum Nachbarn zu bekommen. Aber gerade, weil alle Gewerkschaften, kommunistischen Organisationen und jüdischen Verbände laut proklamieren: Keine Kolonien für Deutschland, deshalb sagen wir: Jawohl, Deutschland muß Kolonien haben, und zwar je eher, desto besser.“ Der Artikel schlägt weiter vor, Südafrika solle aus dem Völkerbund ausscheiden und sich wegen des Schicksals von Südwest mit Deutschland direkt in Verbindung setzen.

Daß die Buren heute die jüdische Gefahr erkannt haben, zeigte gerade die Rede, mit der der nationale Abgeordnete Louw dem Parlament den anti-jüdischen Gesetzesentwurf seiner Partei in zweiter Lesung vorlegte und in der er sich auch mit den Bindungen zwischen Judentum und Kommunismus beschäftigte. Für Südafrika sei, so führte er aus, der Kommunismus besonders gefährlich, weil er die Grenzen zwischen Weißen und Schwarzen

verwischen wolle und damit zum Untergang der weißen Rasse im afrikanischen Erdteil führen müsse.

Im Zusammenhang damit ist beachtenswert, daß in Kapstadt kürzlich eine Versammlung der Farbigen am Kap die Gründung einer Einheitsfront aller Nichtweißen und eines „Kampffonds für Freiheit und Gleichheit“ beschlossen hat!

Die englisch-jüdischen Zeitungen Südafrikas laufen Sturm gegen das deutsch-südafrikanische Warentauschabkommen. Die Ausführungen von „Sunday Times“ und „Sunday Express“, den Hauptorganen der großen Goldjuden vom „Rand“, lassen mit ihren Warnungen vor dem Abkommen als „einer Gefahr für den Gebrauch von Gold“ deutlich erkennen, daß es nicht die Besorgnis um eine gesunde Wirtschaftsführung, sondern die Angst vor der Entthronung ihres Goldes als Wertmesser ist, die diese jüdischen Minenmagnaten zu ihren deutschfeindlichen Angriffen bestimmt. Minister Pirow, Dr. Steyn, der wirtschaftliche Beirat des Unionsministeriums für Handel und Industrie, und Mr. Gerard Bekker, der bekannte Wollfachmann und Abgeordnete, haben energisch dagegen Stellung genommen und amtlich mündlich und schriftlich dargelegt, daß das deutsch-südafrikanische Handelsabkommen die notleidende Wollfarmerschaft vor dem Untergang gerettet und den südafrikanischen Wollmarkt vor dem Zusammenbruch bewahrt hat.

Die englisch-jüdischen Heßblätter Südafrikas, die sich zu der Behauptung versteigen, deutsche Waren und deutsches Material seien teuer und schlecht, werden von der nationalen südafrikanischen Presse Lügen gestraft, die zum gleichen Zeitpunkt die hervorragende Leistungsfähigkeit deutschen Flugzeugmaterials herausheben. Der Flugzeugpart der südafrikanischen Handelsluftfahrt setzt sich zum großen Teil aus deutschen Junkers-Flugzeugen zusammen. Eine der südafrikanischen Junkers-Zu-86-Maschinen hat kürzlich mit mehreren Fluggästen in 8000 Meter den höchsten Punkt Afrikas, den Kilimandscharo, überflogen und damit die erste Überfliegung dieses tropischen Eisriesen durch ein Verkehrsflugzeug getätigt. Zur Zeit verkehren in Südafrika 11 Flugzeuge Typ Junkers-Zu-52 mit je 14 Sitzplätzen. Ferner stehen 15 Junkers-Flugzeuge Zu-86 mit je 10 Sitzplätzen zur Verfügung. Zwei weitere Flugzeuge dieses Modells, sowie zwei 40sitzige Junkers-Zu-90-Großraum Verkehrsflugzeuge, sind bestellt.

Seit wenigen Jahren nimmt der „Deutsche Lehrerverein für Südafrika“ zum Schuljahreschluß freiwillige Deutschprüfungen vor. Nicht nur, daß das Ergebnis dieser deutschen Prüfungen von Jahr zu Jahr besser wird, sondern der Deutschunterricht an den Schulen der Provinz Natal erhält dadurch ein immer einheitlicheres Gepräge und steckt seine Ziele immer höher.

Der „Deutsche Lehrerverein für Südafrika“ befindet sich noch im Aufbau. Sein Ziel, die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller volks- und reichsdeutschen Lehrkräfte Südafrikas ist zunächst erst in der Provinz Natal verwirklicht. Von dem Education Department Natal's ist dieser Verband als Instanz für den gesamten Deutschunterricht in den Nataler ländlichen Volksschulen, die eine starke volksdeutsche Schülerzahl aufweisen, anerkannt worden und hat die Genehmigung erhalten, den Deutsch-Lehrplan für diese Schulen festzulegen.

Die gesetzlich festgesetzten Unterrichtssprachen sind englisch und afrikaans, die auch als Prüfungsfächer für die jährlichen Versetzungen gelten. Deutsch ist nur Fachunterricht der bei der Versetzungsprüfung nicht gewertet

wird. Um einen Ausgleich zu schaffen und um Lehrer und Schüler anzuspornen, von der Erlaubnis der Erteilung des Deutschunterrichts recht regen Gebrauch zu machen, richtete der Deutsche Lehrerverein für das 6., 7. und 8. Schuljahr besondere jährliche Deutschprüfungen privaten Charakters ein, denen sich freiwillig fast alle deutschen Schüler Natal's unterziehen. Es muß festgestellt werden, daß die deutschen Lehrer Natal's, die durch den dreisprachigen Unterricht (englisch, afrikaans, deutsch) schon sehr beansprucht sind und mehr leisten als ihre englischen und burischen Kollegen, mit diesen Deutschprüfungen freiwillig und ohne Vergütung der deutschen Sache zuliebe eine große Mehrarbeit auf sich nehmen.

Ferner hat der Deutsche Lehrerverein noch einen Singwettbewerb zur Pflege des deutschen Volksliedes in den Nataler Land-schulen eingerichtet. Er trägt aber nicht, wie die Deutschprüfungen, privaten Charakter, sondern wird von der Regierung als Prüfungsfach anerkannt und gewertet und untersteht der Aufsicht des Musikinspektors im Nataler Education Department.

In Erkenntnis der Tatsache, daß der deutsche Unterricht nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn genügend Lehrernachwuchs aus volksdeutschen Familien Südafrikas vorhanden ist, hat der Deutsche Lehrerverein einen S t i p e n d i e n s o n d s geschaffen, aus dem er Spenden gibt an begabte deutschstämmige Kinder zwecks Ausbildung derselben als Lehrkräfte. Mit der Annahme des Stipendiums ist die Verpflichtung verbunden, sich später als Lehrkraft in den Dienst der deutschen Sache zu stellen.

Der Umbruch in Deutschland hatte auch die deutsche Jugend Südafrikas aufhorchen lassen und in ihnen den Wunsch nach Zusammenschluß geweckt. Pfadfinder- und Mädelsgruppen haben sich inzwischen gebildet in Transvaal (Johannesburg, Pretoria und Kroondal) und am Kap (Kapstadt, Blakke und Paarl). Das Jahr 1938 hat das Ziel, eine alle volks- und reichsdeutschen Jungen und Mädchen Südafrikas umfassende deutsche Jugendorganisation zu bilden, einen großen Schritt näher gebracht. Auf dem Julitreffen in Lourenco Marques, zu dem die deutschen Jugendverbände von Transvaal und vom Kap gemeinsam aufgerufen hatten und zu dem sich rund 200 Jungen und Mädchen aus allen Teilen Südafrikas eingefunden hatten, wurden die ä u ß e r e n Formen für die zentrale Zusammenfassung zur neuen und größeren D.S.A. (Deutsche Jugend Südafrika) und aus den ersten Ansätzen zur i n n e r e n Einheit die Richtlinien für deren weiteren Ausbau gefunden. Leibesübung, Geländespiel, Volkstumsarbeit wurde im Lager getrieben. Die Schulung brachte nur für die Jüngeren Vorträge über „Deutschtum in Südafrika“ und über „Auslandsdeutschtum im allgemeinen“, für die Älteren Vorträge und Arbeitsgemeinschaften über das Thema „Rasse“ in seinen Auswirkungen auf Familie und Volk. Aus dem Bericht über dieses erste große Treffen der deutschen Jugend Südafrikas entnehmen wir folgendes: „Zu Beginn des Lagers schienen die Gegensätze noch unüberwindbar; es waren ja Bauern und Städter, Reiche und Arme, Arbeiter, Schüler und Studenten, Reichsdeutsche und Volksdeutsche, — alles durcheinander in e i n e m Lager. Dazu kommt noch, daß sich die deutschen Gemeinden Südafrikas in den verschiedenen Gegenden verschieden entwickelt haben. Klima und Umgebungseinflüsse (bei dem einen burisch, bei dem anderen englisch) haben ihre Spuren auf die Jugend zurückgelassen. Am schärfsten prallen die Gegensätze der verschiedenen Einwanderungen aufeinander: die Nachkommen der älteren deutschgebliebenen Einwanderer, deren Vor-

eltern als Bürger der vorbismarckischen Kleinstaaten ausgewandert waren, haben ein einiges Deutschland nur vom Hörensagen erlebt. Andere tragen das wilhelminische Zeitalter noch im Blut. Der Jugend der jüngsten Einwanderung hat das Erlebnis des Krieges und der Nachkriegszeit, das die anderen auch nur vom Hörensagen kennen, ihr Wesen aufgeprägt. Diese letzteren tragen das Wesen des neuen Deutschland in reiner Form in sich, stehen dagegen der hiesigen Natur und Landschaft vielfach fremd gegenüber. Den ersteren ist das reine deutsche Wesen schon in großem Maße abgegangen, dagegen ist ihnen dieses Land, das ihr Geschlecht schon bald für ein Jahrhundert bewohnt, mit seiner Landschaft und seinen Menschen ganz zur Heimat geworden. Diese natürlichen Gradunterschiede werden immer bleiben, sie brauchen aber nicht zu Gegensätzen zu werden, sondern können, wie sich das im Laufe des Lagers zeigte, sich e r g ä n z e n. Bei dieser Ausrichtung können wir erreichen, was wir wirklich wollen, deutsche Volkstumsgruppe in Südafrika werden, die das deutsche Wesen in reiner Form lebt und trotzdem verwachsen ist mit dem südafrikanischen Raum und Boden!

Die Richtlinien für die zukünftige Arbeit der D.S.A. sehen vor: Nachdem sich Kapland und Transvaal gefunden haben, sollen Natal, Freistaat und Kaffraria, wo einzelne Anlaufpunkte bereits bestehen, weiter erfaßt werden. Durch Treffen und Lager der einzelnen Kreise und besonders durch den neu einzuführenden Jugend a u s t a u s c h zwischen den Kameraden der verschiedenen Provinzen soll die Einheit nach innen weiter ausgebaut werden.

Die Schlussfeier des Lagers klang in dem Bekenntnis aus:

„Wir glauben, daß wir diesem Lande, das wir lieben und von dem wir unser Brot haben, am besten dadurch dienen können, wenn wir innerhalb des Südafrikanischen Staates eine fruchtbringende lebenskräftige d e u t s c h e V o l k s g r u p p e werden.“

Wir glauben auch, daß wir zur großen deutschen Volksgemeinschaft gehören. Ihr gegenüber haben wir die Verpflichtung, nicht nur von der deutschen Kultur zu zehren, sondern von uns aus, aus diesem Boden heraus etwas Eigenes zum Aufbau dieser deutschen Kultur beizutragen!

In gleichem Sinne sprach sich der Führer der „Boortrekker“, der burischen Jugendbewegung, Dr. van der Merwe, in Pretoria bei der Jahrhundertfeier des großen Burenkriegs aus. Die deutschen Jugendgruppen von Johannesburg, Pretoria und Kroonstad nahmen zum Gedenken an die tapferen Vorväter des heutigen Burenvolkes, in dessen Reihen auch so viele Deutsche mitgekämpft hatten, an der großen historischen Feier der Grundsteinlegung zum Boortrekkerdenkmal teil und folgten tags darauf einer Einladung der Boortrekkerjugend zum kameradschaftlichen Beisammensein im Boortrekkerlager. Die Abschiedsworte des Boortrekkerführers an die deutsche Jugend lauteten: „Ihr deutschen Jungen und Mädel, haltet fest an eurer Sprache, Sitte und Gebrauch. Bleibt eurem deutschen Volkstum treu. Doch wir verlangen von euch diesem Lande gegenüber Loyalität, dann werdet ihr als Bürger dieses Landes stets herzlich willkommen sein. Wir werden euch auch zu jeder Zeit in der Erhaltung eures Volkstums unterstützen!“

Die D.S.A. hofft, daß dieses Beisammensein aus der Anerkennung der von beiden Jugendverbänden geleisteten Arbeit zu gegenseitiger Achtung führen wird und ein Anfang sein wird zu einer Verständigung und Freundschaft zwischen der südafrikanischen und deutschen Jugend.

Beim Überblick über das vergangene Jahr gilt es zweier deutscher Männer zu gedenken, die das Deutschtum im fremden Lande besonders würdig und ehrenvoll vertreten haben.

Am 22. August 1938 beging Herr Fritz Reuter in körperlicher und geistiger Frische seinen 90. Geburtstag. Er lebt seit nunmehr 55 Jahren in Südafrika, zur Zeit als Missionar der Berliner Mission im Ruhestande in Nordtransvaal auf der Berliner Missionsstation Medingen. Im ganzen Bezirk ist er bekannt unter dem Namen „Der Alte vom Berge“ und wird wegen seines Charakters und der von ihm geleisteten Arbeit hochgeschätzt. Aus einem Bergöbldland hat er einen mustergültigen Wirtschaftsbetrieb aufgebaut. Er ist ein treu deutscher Mann, in dessen Familie nur deutsch gesprochen wird, dessen Lebensarbeit neben der Missionierung der Schwarzen auch stets der Betreuung der deutschen Farmfamilien seines Bezirkes gegolten hat. Noch heute nimmt er bei seinem hohen Alter lebhaften Anteil an dem Neuaufbau des deutschen Vaterlandes. Zu seinem 90. Geburtstag wurde ihm auch eine Ehrung durch den Führer zuteil. Herr Fritz Reuter hat im Krieg 1870 bis 1871 an dem Todesritt von Mars-la-Tour teilgenommen und ist einer der beiden noch einzig Überlebenden der Mars-la-Tour-Reiter.

*

Professor Dr. Fischer, Johannesburg, hat mit der Veröffentlichung seines Buches „Unter der Geißel der Schlafkrankheit“ das deutsche Schrifttum über Afrika um ein Standardwerk bereichert. Im Jahre 1907 trat Prof. Fischer als Oberarzt in die Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika ein, wurde bei seiner wissenschaftlichen Neigung und Begabung wegen aber bald von der Truppe zu jener Organisation abkommandiert, die auf Anregung von Prof. Robert Koch zur Erforschung und Bekämpfung der Schlafkrankheit eingesetzt worden war und lernte dabei auch die Schlafkrankheitsgebiete von Kamerun, Nord-Rhodesien, Belgisch-Kongo und Spanisch-Guinea kennen. Er trug mit seiner Arbeit wesentlich zur Herstellung des „Germanin“ bei. Im Jahre 1925 legte Professor Fischer in London das englische medizinische Staatsexamen ab und siedelte sich in Johannesburg an, wo er heute das Forschungslaboratorium der „Rand Mines Ltd.“ leitet. Seit 1930 ist er Vorsitzender des Deutschen Klubs in Johannesburg.

In dem Vorwort zu seinem Buch schreibt Professor Fischer u. a.: „Deutschland hat allen Grund, stolz zu sein auf die erste Epoche seiner Kolonialgeschichte. Keine Kolonialmacht kann sich rühmen, mehr für das Wohl ihrer Schutzbesohlenen gesorgt zu haben, als wir es einst getan haben. Auf dem Gebiete, das meine Schülereignungen behandeln, hatte die deutsche tropenmedizinische Forschung die Führung und hat sie bis zum heutigen Tage behalten.“

Unsere Toten

Rektor Koopmann, Tingleff †

Als Dänemark im Jahre 1920 Nordschleswig übernahm, wurde zunächst das blühende höhere Schulwesen der Nordmark mit insgesamt 1000 Schülern zerstört. Das alte Gymnasium in Hadersleben, die Oberrealschule in Sonderburg, die Realschulen in Hadersleben, Apenrade, Sondern mußten verschwinden. An statt der 298 deutschen öffentlichen Volksschulen mit 26 000 Schülern gibt es noch 28 deutsche Gemeindeschulen mit etwa 2200 Schülern. Aber diese öffentlichen deutschen Volksschulen bieten keine Gewähr für eine Erziehung im deutschen Geiste, da an diesen Schulen auch Lehrer unterrichten, die wohl die deutsche Sprache beherrschen, aber dänische Gesinnung im Herzen tragen. Daher haben die Deutschen Privatschulen gegründet, die ganz im deutschen Geiste geleitet werden. Im Jahre 1920 gab es 2 deutsche Privatschulen, heute sind es 53 mit etwa 1900 Schülern. Diese deutschen Privatschulen sind das Werk Rektor Koopmanns. Er hat die einzelnen Schulen gegründet, zum Teil nach Überwindung großer Schwierigkeiten. Er hat die Lehrer ausgesucht und in ihr Amt eingeführt. Noch an seinem Todestage hat Rektor Koopmann am Nachmittag den deutschen Lehrer in Tostlund in den Amt eingeführt. Jede Ein-

weihung einer neuen deutschen Privatschule war eine deutsche Kundgebung, bei der Rektor Koopmann die Festrede hielt. Mit unermüdblicher Eifer hat er in Wort und Schrift sich für die deutschen Schulforderungen eingesetzt und in langen Verhandlungen mit den Vertretern der dänischen Regierung die deutschen Interessen verteidigt. Es war eine große Genugtuung für Rektor Koopmann, daß noch kurz vor seinem Tode die wichtigsten deutschen Schulforderungen, in erster Linie die eigenen deutschen Schulkommissionen durchgesetzt wurden. Dann hat Koopmann in den verschiedenen Städten Deutschlands über die Nordmark gesprochen und das Deutschtum der Nordmark weiten Kreisen nähergebracht. Bei seiner leidenschaftlichen Liebe zu seiner engeren Heimat Nordschleswig gelang es ihm überall, Verständnis und Interesse für das Deutschtum der Nordmark zu erwecken.

Mit ihm ist dem Deutschtum einer seiner eifrigsten, tapfersten und kenntnisreichsten Führer entzogen, für den es nicht leicht sein wird, einen Ersatz zu finden. Die Deutschen Nordschleswigs und alle Freunde der Nordmark werden Rektor Koopmann, Tingleff, stets ein dankbares Andenken bewahren. Professor Dr. Hans Meyer sah m, Kiel.

Dr. Ernst Schnell, Kronstadt †

Am 21. April starb in Kronstadt der Rechtsanwalt Dr. Karl Ernst Schnell im 74. Lebensjahr, ein um Volk und Kirche verdienter Mann, der bis vor wenigen Jahren in führender Volksstellung war. Von 1928 bis 1933 war er Vorsitzender des Deutsch-sächsischen Volksrates und leitete in dieser Eigenschaft den letzten sog. Sachsentag. Auch in kirchlichen

Körperschaften leistete er jahrzehntelang dem Deutschtum wertvolle Dienste. Er war der letzte deutsche Bürgermeister von Kronstadt, 1911 bis 1926, bis er den von rumänischer Seite gegen ihn gespannenen Kämpfen weichen mußte. Am 23. April wurde Schnell unter außerordentlicher Teilnahme des Deutschtums Kronstadts zu Grabe getragen.

Dr. Jakob Flammer, Rischineff †

Am 2. Januar d. J. starb in Rischineff (Bessarabien) der deutsche Arzt Dr. Jakob Flammer, ein um Volk und Kirche verdienter Mann, im hohen Alter von 77 Jahren. Er war 1861 in der Kolonie Glückstal in Rußland geboren. Mit 10 Jahren kam

er in das russische Gymnasium nach Rischineff, von wo er 1882 die Universität in Dorpat bezog. Anfangs Theologe, ging er dann zur Medizin über und promovierte 1889 zum Doktor der gesamten Heilkunde. In Berlin spezialisierte er sich für Zahnheit-

kunde und ließ sich 1898 in Odesa als Zahnarzt nieder. Hier war er bis 1920 einer der gesuchtesten Zahnärzte. Nach der Flucht aus Rußland lebte er in Kißineff. Schon seit 1902 war er Mitglied des Kirchenrats der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in Odesa. 1906 wurde er dessen Präsident. 1907 wurde er zum Ehrenkurator der St. Pauli-Realschule gewählt. Nach seiner Übersiedlung nach Kißineff wurde er 1923 Präsident des dortigen Kirchenrats und von 1927 bis

1930 Präsident des Bezirkskonsistoriums Tarutino. Er war der erste Präsident dieses Bezirkskonsistoriums nach dem Zusammenschluß zur evangelischen Landeskirche U. B. in Rumänien. Durch seine Wahl sah er sich mitten in den Kirchenstreit gestellt, der nach der Ausschlußerklärung die Synode entzweite. Seiner geschickten Führung und seiner Beliebtheit ist es zu danken, daß schon nach einigen Jahren die Einigkeit im Kirchenleben wiederhergestellt wurde.

Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

Verleihung des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1939

Am 7. Mai fand im „Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland“ die Verleihung des Volksdeutschen Schrifttumspreises der Stadt der Auslandsdeutschen statt. Der Feier wohnten zahlreiche Ehrengäste bei, u. a. Landeskulturwalter Gaupropagandaleiter Mauer, 44-Oberführer Peter, Kreisleiter Fischer, der Leiter des MZ., Dr. Esaki, sowie Vertreter aus Kunst und Wissenschaft, Mitglieder des Schwäbischen Dichterkreises, ferner sämtliche Rats Herrn und Beigeordnete der Stadt Stuttgart. Im Mittelpunkt der Feierstunde, die von Musikvorträgen der Kammermusikvereinigung des Landesorchesters Gau Württemberg-Hohenzollern umrahmt war, stand die Ansprache von Oberbürgermeister Dr. Strölin, der die Verleihung des Preises vornahm. Er führte u. a. aus, daß gerade der Volksdeutsche Schrifttumspreis, der für eine überragende dichterische Leistung aus dem Lebenskreis des Deutschstums im Ausland alljährlich am Todestage Friedrich von Schillers verliehen wird, eines der Mittel sei, auf dem Gebiete der volksdeutschen Kulturleistung anregend zu wirken. Er stellte fest, daß auch in diesem Jahr zahlreiche volksdeutsche Dichtungen aus

fast allen europäischen Volksgruppen sowie aus Übersee vorgelegen hätten. Im Einverständnis mit den Preisrichtern habe er sich entschlossen, den Volksdeutschen Schrifttumspreis der Stadt der Auslandsdeutschen 1939 dem Rats Herrn der Stadt Stuttgart, Karl Göß, für sein Buch „Brüder über dem Meer“ zu verleihen, das in seinem volksdeutschen und künstlerischen Gehalt die übrigen Werke weit übertreffe und gerade in der Auseinandersetzung mit dem heute in Amerika herrschenden Geist von Bedeutung sei. Die Verleihung des Preises an Karl Göß wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an die Verleihung las Heinz Laubenthal vom Reichsförder Stuttgart aus dem preisgekrönten Werk vor.

Nach der Feier fand auf Einladung der Stadt Stuttgart in den Festräumen der Villa Berg ein Empfang statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Strölin auch die Teilnehmer der Tagung der Volksdeutschen Mittelstelle in Stuttgart und die Vertreter des Deutschen Landestheaters in Rumänien, die er gleichzeitig zu einer Fahrt durch Württemberg einlud, begrüßte.

Eröffnung der Reichsgartenschau 1939 in Stuttgart

Am 22. April wurde in Stuttgart in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, unter ihnen Reichsminister Reichsbauernführer Darré und Gauleiter Reichsstatthalter Murr, die Reichsgartenschau 1939 eröffnet. Nach der Begrüßungsansprache von Oberbürgermeister Dr. Strölin, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß in Stuttgart die erste

Reichsgartenschau des Großdeutschen Reiches abgehalten werde und der allen jenen, die zu ihrem Gelingen beigetragen hatten, danke sprach Gauleiter Reichsstatthalter Murr, der die Reichsgartenschau als Zeugnis des nationalsozialistischen Kulturwillens würdigte. Anschließend ergriff Reichsminister Darré das Wort, der in grundsätzlichen Ausführ-

rungen auf die Zukunftsaufgaben des deutschen Gartenbaus hinwies und vor allem einen Appell an die städtische Jugend richtete, sich mehr als bisher dem Gartenbau zur Verfügung zu stellen. Mit dem Wunsch, daß jeder deutsche Volksgenosse, vor allem der Erwerbsgartenbauer und der Gartenfreund, von dieser gewaltigen Schau wertvolle Anregungen erfahre, eröffnete der Reichsbauernführer die Reichsgartenschau 1939.

Er betonte, daß die Reichsgartenschau etwas Einmaliges sei und mit einer Rühnheit des Planens durchgeführt worden sei, die größte Beachtung verdiene.

Gastspiel des Deutschen Landestheaters in Rumänien

Das Deutsche Landestheater in Rumänien, das zu einem Gastspiel im Stuttgarter Schauspielhaus verpflichtet wurde, traf am Sonntag, dem 30. April, in Stuttgart ein und wurde am 2. Mai im Ratskeller-Saal von der Stadt Stuttgart empfangen. Im Auftrag des dienstlich verhinderten Oberbürgermeisters begrüßte Stadtrat Dr. Rönckamp die Gäste und betonte,

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß volks- und auslandsdeutsche Besucher der Reichsgartenschau eine Preisermäßigung genießen. Es gilt folgende Regelung:

1. In das an auslands- oder volksdeutsche Besucher zur Ausgabe kommende Gutscheinheft wird je ein Gutschein über RM. 0.40 eingeleistet.

2. Dieser Gutschein wird bei Lösung einer Eintrittskarte an der Kasse der Reichsgartenschau in Zahlung genommen.

wie sehr sich gerade Stuttgart freue, daß das erste Gastspiel dieses großen volksdeutschen Theaters im Reich in der Stadt der Auslandsdeutschen seinen Anfang nehme.

Am Freitag, dem 5. Mai, erlebte das siebenbürgische Singspiel „Mädel aus dem Kofeltal“ im Stuttgarter Schauspielhaus seine reichsdeutsche Uraufführung, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Mitteilungen des DAI.

Neue Gemeinschaftsräume für die DAI-Gefolgschaft

Für alle Gefolgschaftsmitglieder des Deutschen Ausland-Instituts bedeutete es eine freudige Überraschung, als ihnen bei der im großen Saal des DAI abgehaltenen Feier des 1. Mai in den Ansprachen des Betriebszellenobmanns Pg. Platten und des Betriebsführers Dr. Esli mitgeteilt wurde, daß die bereits seit langem geplante Kantine fertiggestellt sei und an diesem Abend eröffnet werde. Nach der Ergrüfung zweier Gefolgschaftsmitglieder, denen die Leitung des Instituts für ihre zehnjährige Mitarbeit eine Ehrennadel überreichte und eine RdF-Reise nach Norwegen zum Geschenk machte, versammelte sich die Gefolgschaft in den neuen Räumen. Als Vertreter des Präsidenten des DAI, Oberbürgermeister Dr. Strölin, begrüßte Stadtrat Dr. Rönckamp die Mitarbeiter des DAI,

in der Kantine, in der sie sich zusammen mit den bei ihnen zu Gast weilenden Mitgliedern des zur Zeit im Stuttgarter Schauspielhaus gastierenden Deutschen Landestheaters in Rumänien in Wärme heimisch fühlten. Die Kantine selbst, die in dem nach der Wilhelm-Murr-Straße zu gelegenen Teil des Hauses des Deutschtums untergebracht ist, besteht aus einer Reihe zweckmäßig und geschmackvoll eingerichteter Räume, deren Einrichtung und Ausstattung ein schönes Ergebnis einer Gemeinschaftsleistung der Ausstellungsabteilung des DAI ist. So besitzt nunmehr auch das DAI, in seinen neuen, schönen und behaglichen Gemeinschaftsräumen eine Stätte der Erholung und Ausspannung für seine Gefolgschaft, in denen sie vor allem auch ein warmes Mittagessen einnehmen kann.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Köhm, Stuttgart-S, D. A. I. B. 39: 4857. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: W. Köhhammer, Stuttgart-S, Urbanstraße 12-16.

Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.



Pastor Schmidt-Wodder,
der Vorkämpfer des Deutschtums in Nordschleswig,
vollendete am 9. Juni sein 70. Lebensjahr

USA-Deutsche ehren George Washington



Mit einer eindrucksvollen Kundgebung befahte sich am 20. Februar 1939 zu Newyork der „Amerikadeutsche Volksbund“ zu den Idealen des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Washington.



Die von über 20 000 Personen, darunter vielen nationalgesinnten Amerikanern, besuchte Kundgebung klang aus in das Gelöbniß, treu dem Vermächtniß Washingtons Amerika fernzuhalten von europäischen Konflikten.